

ARBEITSBERICHTE



Geographisches Institut, Humboldt-Universität zu Berlin

Charlotte Räuchle, Isabella Stingl, Henning Nuissl

**Migrantische Ökonomien als Potential für die Stadt- und
Regionalentwicklung**

Heft 193

Berlin 2017

Arbeitsberichte
Geographisches Institut
Humboldt-Universität zu Berlin
Heft 193

Charlotte Räuchle, Isabella Stingl, Henning Nuissl:

**Migrantische Ökonomien als Potential für
die Stadt- und Regionalentwicklung**

Berlin 2017

ISSN 0947 - 0360

Geographisches Institut
Humboldt-Universität zu Berlin
Sitz: Rudower Chaussee 16
Unter den Linden 6
10099 Berlin
<http://www.geographie.hu-berlin.de>

Vorwort

Die öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussionen zu Migration und Integration werden seit 2014/15 von der Zuwanderung von Geflüchteten geprägt. Dabei ging es besonders um die Bewältigung kurzfristiger Herausforderungen. Erst allmählich rücken wieder die langfristigen Perspektiven der Migration in den Vordergrund. Die zentrale Frage lautet, wie man eine gleichberechtigte Teilhabe von Migrant_innen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ermöglichen kann. In diesem Zusammenhang ist auch der Zugang von Personen mit Migrationshintergrund zum deutschen Arbeitsmarkt ein wichtiges Thema. Eine Möglichkeit stellt hier die selbstständige Erwerbstätigkeit von Migrant_innen dar. Aber auch aus einer nutzenorientierten Perspektive geraten „migrantische Ökonomien“ bzw. migrantisches Unternehmertum verstärkt in den Blick. Insbesondere auf kommunaler Ebene geht es um die Frage, wie Migrant_innen als Unternehmer_innen zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung von Städten beitragen können. Nicht umsonst weisen Studien auf das Potential hin, das in migrantisch geführten Unternehmen für Wirtschaft und Gesellschaft liegt.

Migrantisches Unternehmertum ist in der Forschung schon relativ intensiv untersucht worden, allerdings vornehmlich im angloamerikanischen Raum. Im Vordergrund stehen dabei Fragen nach den Ursachen und Anlässen migrantischer Unternehmensgründungen, wobei nicht zuletzt die unterstützenden sozialen Netzwerke der Gründer_innen in den Blick genommen werden. Erst allmählich richtet sich das Interesse nicht allein auf die migrantischen Betriebe selbst, sondern auch auf deren Verankerungen im jeweiligen räumlichen Kontext, d.h. in lokalen oder regionalen Wirtschaftsnetzwerken und kommunalen Politiken. Damit wird ein potentialorientierter Blick auf Migration als urbane Ressource verknüpft.

Vor diesem Hintergrund widmet sich das Projekt „Migrantische Ökonomie als Potential der Stadt- und Regionalentwicklung“ (MiPoStaR) (Laufzeit 2014 bis 2017) dem Zusammenhang zwischen migrantischer Ökonomie und räumlicher Entwicklung. Der vorliegende Bericht stellt wichtige Ergebnisse dieses Projekts vor.

Danksagung

Unser Dank geht zunächst an die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die dieses Projekt finanziert hat. Darüber hinaus möchten wir uns besonders bei unseren Interviewpartner_innen in den IHK-Regionen Braunschweig und Rostock bedanken. Ohne ihre Bereitschaft zur Mitarbeit wäre die Durchführung des Projekts nicht möglich gewesen! Schließlich geht unser herzlicher Dank an Marie-Sophie Deuter, die das Layout des vorliegenden Berichts übernommen hat.

Inhalt

Vorwort.....	1
Danksagung.....	2
Inhalt	3
Abbildungsverzeichnis.....	4
Tabellenverzeichnis.....	4
1 Einleitung.....	5
2 Forschungsstand	8
3 Untersuchungsdesign.....	14
4 Profile von Braunschweig und Rostock.....	19
5 Migrantische Ökonomien im Spiegel statistischer Erhebungen.....	26
6 Kommunale Unterstützungsstrukturen und -maßnahmen.....	40
7 Wahrnehmungen lokalpolitischer Akteure.....	52
8 Wahrnehmungen migrantischer Unternehmer_innen und ihrer Unterstützer_innen.....	61
9 Vergleich der Wahrnehmungen	71
10 Exkurs: Polnische Unternehmer_innen in Braunschweig (Piotr Sosinski).....	74
11 Exkurs: Migrantisches Geschäftsmilieu im Westlichen Ringgebiet? (Valeska Mildenerger).....	80
12 Fazit und Ausblick	86
Literaturverzeichnis.....	89
Anhang.....	99

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Funktionen migrantischer Ökonomien für Stadtentwicklung	9
Abb. 2: Gewerbeanmeldungen in Braunschweig nach Staatsangehörigkeit.....	29
Abb. 3: Gewerbeanmeldungen in Rostock nach Staatsangehörigkeit	30
Abb. 4: Bestand aller deutschen und ausländischen Gewerbe in Braunschweig	32
Abb. 5: Bestand aller ausländischen Gewerbe in Braunschweig nach Staatsangehörigkeit	33
Abb. 6: Vergleich deutscher und ausländischer Gewerbe in Braunschweig.....	34
Abb. 7: Vergleich deutscher und ausländischer Gewerbe in Braunschweig.....	34
Abb. 8: Vergleich deutscher und ausländischer Gewerbe in Braunschweig nach Geschlecht.....	35
Abb. 9: Vergleich von Gewerben in Braunschweig nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit....	35
Abb. 10: Bestand aller deutschen und ausländischen Gewerbe in Rostock.....	36
Abb. 11: Bestand aller ausländischen Gewerbe in Rostock nach Staatsangehörigkeit.....	36
Abb. 12: Vergleich deutscher und ausländischer Gewerbe in Rostock nach Tätigkeitsbereich ...	37
Abb. 13: Vergleich deutscher und ausländischer Gewerbe in Rostock nach Tätigkeitsbereich ...	37
Abb. 14: Vergleich von deutschen und ausländischen Gewerben in Rostock nach Geschlecht...38	
Abb. 15: Vergleich von Gewerben in Rostock nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit	38
Abb. 16: Gründungen und Schließungen von polnischen Unternehmen in Braunschweig.....	76
Abb. 17: Kartierung der Ökonomien im Westlichen Ringgebiet Braunschweig	83

Tabellenverzeichnis

Tab 1: Sample von geführten Interviews	15
Tab. 2: Teilnehmer_innen der Gruppendiskussionen in Braunschweig und Rostock	16
Tab. 3: Demografische und wirtschaftliche Kennzahlen.....	18
Tab. 4: Gewerbean- und abmeldungen in Deutschland nach Staatsangehörigkeit.....	28
Tab. 5: Gewerbean- und abmeldungen in Braunschweig nach Staatsangehörigkeit.....	29
Tab. 6: Gewerbean- und abmeldungen in Rostock nach Staatsangehörigkeit	30
Tab. 7: Gewerbeanmeldungen in Braunschweig nach Staatsangehörigkeiten und Branche.....	31
Tab. 8: Gewerbeanmeldungen in Rostock nach Staatsangehörigkeiten und Branche	31
Tab. 9: Größte Ausländer_innengruppen in Braunschweig.....	75
Tab. 10: Größte Gruppen von Personen mit Migrationshintergrund in Braunschweig	75
Tab. 11: Tätigkeiten der polnischen Unternehmer_innen in Braunschweig	76
Tab. 12: Kartierung migrantischer und nicht-migrantischer Ökonomien.....	82

1 Einleitung

„Deutschland ist ein Einwanderungsland“ – das ist eine mittlerweile auch von Politik und Öffentlichkeit kaum mehr bestrittene Tatsache. Allerdings wird die Anwesenheit einer großen Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund ambivalent diskutiert. Zum einen gibt es Stimmen, die die mangelnde Integrationsbereitschaft von Migrant_innen ebenso beklagen wie die Kumulation sozialer Problemlagen in migrantisch geprägten urbanen Teilräumen (z.B. BBR 2008, 2009) oder gar die Verfestigung migrantischer Milieus zu sogenannten „Parallelgesellschaften“ (Gans & Horn 2006: 508). Auf der anderen Seite werden Menschen mit Migrationshintergrund immer stärker als Potential in sozialer, kultureller und vor allem wirtschaftlicher Hinsicht wahrgenommen. Unter anderem wird hervorgehoben, dass ihre Anwesenheit den Prozess der demografischen Alterung abbremst, den Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung erhöht (Woellert et al. 2009; Gans 2011; von Loeffelholz 2011), der Erosion des sozialen Gefüges so mancher Stadtquartiere entgegenwirkt (Münch & Kirchhoff 2009: 524; Staubach 2005: 210) und die internationale Positionierung von Städten verbessert (Florida 2002: 259ff.; Glick Schiller & Çağlar 2009). Nicht zuletzt rücken aus einer potentialorientierten Perspektive auf die Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund deren wirtschaftliche Aktivitäten in den Blick (Butterwegge 2009). Unter dem Begriff der „migrantischen Ökonomie“ werden dabei insbesondere solche thematisiert, die mit Selbstständigkeit in Verbindung stehen. Gerade letztere rücken zunehmend in den Fokus, wenn es um die Potentiale von Zuwanderung und Migration geht (Leicht & Langhauser 2014).

Hier setzt das DFG-geförderte Forschungsvorhaben „Migrantische Ökonomien als Potential der Stadt- und Regionalentwicklung“ (MiPoStaR) an, dessen Erkenntnisinteresse darin besteht, das Potential, das mit der migrantischen Ökonomie in Verbindung gebracht wird, aus der Perspektive der räumlichen Entwicklung zu thematisieren. Es fragt danach, inwieweit diese Potentiale für die lokale und regionale Entwicklung auf kommunaler Ebene aufgegriffen werden: *Durch welche Faktoren wird die Inwertsetzung der Potentiale migrantischer Ökonomien behindert und durch welche gefördert?* Dabei richtet sich der Blick besonders auch auf die Wahrnehmungen der migrantischen Ökonomien und ihrer Potentiale durch die unterschiedlichen Akteure bzw. Akteursgruppen. Das Projekt untersucht also vor allem die kommunalpolitische Verankerung des Themas „migrantische Ökonomie“ und weniger die migrantischen Unternehmen als solche. Im Fokus stehen Strukturen und Inhalte der politischen Steuerung migrantischer Ökonomien auf kommunaler Ebene. Als Fallstudienregionen wurden zwei außerhalb der großen Agglomerationen gelegene Stadt-Umland-Räume gewählt: die IHK-Regionen Braunschweig und Rostock. Damit wird ein Raumtyp adressiert, der in der Debatte um die migrantische Ökonomie bislang weitgehend vernachlässigt wird.¹

¹ Einschränkung muss bereits an dieser Stelle hinzugefügt werden, dass die IHK-Regionen Braunschweig und Rostock als ‚Referenzraum‘ dienen, um die institutionellen Strukturen und Förderprogramme sowie besonders vielversprechende lokale Aktivitäten zur Förderung migrantischer Ökonomien zu untersuchen. Schwerpunkte der Untersuchung lagen aber auf den Städten Braunschweig und Rostock sowie – ergänzend – Salzgitter und Stralsund, wobei auf

Gemäß einem gängigen Begriffsverständnis, dem auch hier gefolgt wird, umfasst migrantische Ökonomie die „selbständige Erwerbstätigkeit von Personen mit Migrationshintergrund“ (einschließlich deren Nachfolgegeneration) sowie die „abhängige Beschäftigung in von Personen mit Migrationshintergrund geführten Betrieben (...), die in einem spezifischen Migrantenumfeld verwurzelt sind“ (Schuleri-Hartje et al. 2005: 21). Im Folgenden werden solche Personen als Migrant_innen bzw. Personen mit Migrationshintergrund bezeichnet, die, unabhängig von ethnischen Kontexten und/oder Staatsangehörigkeit, selbst oder durch ihre Eltern eine internationale Zuwanderungsgeschichte aufweisen (Nuissl & Schmiz 2013: 182; vgl. auch Statistisches Bundesamt 2017). Generell besteht in der Migrations- und Integrationsforschung die Schwierigkeit, die im Mittelpunkt der Forschung stehenden Subjekte adäquat begrifflich zu erfassen. Denn mit der Kennzeichnung einer Gruppe von Personen und ihrer wirtschaftlich-selbstständigen Tätigkeiten als „migrantisch“ bzw. als „migrantische Ökonomie“ geht zwangsläufig die Markierung einer (ethnischen) Differenz (zum vermeintlich Normalen bzw. Nicht-Migrantischen) einher. Auf der anderen Seite, ist die Untersuchung von Migrations- und Integrationsprozessen nur schwer möglich, wenn auf solcherlei Differenzierungen gänzlich verzichtet wird. Schon an dieser Stelle kann – im Vorgriff auf die folgenden Ausführungen – allerdings festgestellt werden, dass, anders als es wissenschaftliche Definitionen versprechen, in der empirischen Forschung tatsächlich viel weniger eindeutig zu bestimmen ist, was unter migrantischer Ökonomie zu verstehen ist und was nicht.

Der vorliegende Bericht gibt einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Forschungsprojektes MiPoStaR. Er geht dabei wie folgt vor: Basierend auf einem Forschungsstandsbericht zur Rolle migrantischer Ökonomien in der Stadt- und Regionalentwicklung im Allgemeinen und zur politischen Adressierung migrantischer Unternehmer_innen in unterschiedlichen Städten im Besonderen (Kapitel 2), werden das methodische Vorgehen (Kapitel 3) sowie die IHK-Regionen Braunschweig und Rostock vorgestellt (Kapitel 4). Darauf aufbauend werden – soweit möglich – statistische Profile der migrantischen Ökonomien in den IHK-Regionen erstellt (Kapitel 5). Es folgt eine Analyse der für die Entfaltung migrantischer Ökonomien relevanten Akteure und Einrichtungen in den beiden Fallstudienregionen (Governancestrukturen) sowie der Inhalte ihrer Politiken (Kapitel 6). Die beiden folgenden Kapitel widmen sich der Wahrnehmung migrantischer Ökonomien durch lokale Akteure bzw. Akteursgruppen aus den Bereichen „Staat“, „Markt“ und „Zivilgesellschaft“ einerseits (Kapitel 7) sowie durch Vertreter_innen der migrantischen Ökonomien und ihrer Unterstützer_innen andererseits (Kapitel 8). Die übergeordnete Frage lautet hierbei, wie das Potential migrantischer Unternehmer_innen sowie die lokalen Förderstrukturen eingeschätzt werden. Die zentralen Ergebnisse dieser Analysen werden dann vergleichend diskutiert (Kapitel 9). In zwei abschließenden Exkursen werden zwei explorative Untersuchungen, die im Rahmen eines mit dem Hauptprojekt verknüpften Lehrfor-

letztere im vorliegenden Bericht nur sporadisch eingegangen wird. Auch wurde v.a. die kommunale Ebene fokussiert, während gerade für die quartiersbezogene Bedeutung der migrantischen Ökonomie sich auch ein entsprechender Stadtteilbezug der Forschung angeboten hätte (vgl. zu letzterem aber: „Exkurs 2: Ein migrantisch geprägtes Geschäftsmilieu in Braunschweigs Westlichem Ringgebiet?“).

schungsprojekts entstanden sind, vorgestellt (Kapitel 10: Polnische Unternehmer_innen in Braunschweig; Kapitel 11: Migrantisch geprägtes Geschäftsmilieu in Braunschweigs Westlichem Ringgebiet?). Der Bericht endet mit einem Fazit, das die zentralen Ergebnisse noch einmal zusammenfasst (Kapitel 13). Die Kapitel sind dabei so aufgebaut, dass jedem einzelnen eine Zusammenfassung der wichtigsten Aspekte vorangestellt wird, um einen schnellen Überblick über die jeweiligen Inhalte zu ermöglichen.

2 Forschungsstand

Zusammenfassung

- Mit migrantischen Ökonomien verbinden sich nicht nur auf nationaler, sondern gerade auch auf lokaler Ebene unverkennbar Potentiale. Diese Potentiale lassen sich untergliedern in beschäftigungspolitische, gesellschaftspolitische, ökonomische, quartiersbelebende und imagebildende. Auch statistisch ist das Potential selbstständiger Migrant_innen unumstritten belegbar. Gleichwohl ist die Förderung migrantischer Ökonomien als kommunales Handlungsfeld bislang kaum etabliert.
- Lokalpolitische Studien zur Situation migrantischer Ökonomien fordern einen Perspektivenwechsel (von der Defizit- zur Potentialorientierung) und weisen durchaus auf Möglichkeiten hin, migrantische Unternehmer_innen gezielter in lokalen Politiken zu adressieren. Inwieweit die dort vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen bereits umgesetzt worden sind, lässt sich jedoch nicht eindeutig angeben. Fraglich ist zudem, ob Förderangebote in Regelstrukturen lokaler Institutionen übergegangen sind und ob entsprechende Programme/Maßnahmen als Teil von Wirtschafts- oder Integrationspolitik begriffen werden. Insgesamt ist umstritten, ob migrantische Unternehmer_innen eher durch Regel- oder besser durch Sonderförderungsmaßnahmen adressiert werden sollten.

Potentiale migrantischer Ökonomien: Ein Überblick über den Stand der Forschung

Das Potential der migrantischen Ökonomien, zur gesellschaftlichen Wohlfahrt beizutragen, ist in der Literatur vielfach belegt (Leicht et al. 2012, 2014). Im Rahmen der seit den 1970er Jahren im angloamerikanischen Raum etablierten Forschung zum „migrant entrepreneurship“ wurden nicht nur die besonderen Hindernisse, sondern auch die besonderen Potentiale migrantischer Unternehmer_innen für gesellschaftliche Entwicklungen identifiziert (z.B. Bonacich 1973; Light 1972; Portes et al. 2002; Waldinger et al. 1990). Es zeigt sich, dass die wirtschaftliche Selbstständigkeit von Migrant_innen einen wesentlichen Beitrag zu deren gesellschaftlicher Integration leisten kann (Boissevain et al. 1990: 140; Schmiz 2011b: 165; Sommer 2012: 46). Unternehmer_innen mit Migrationshintergrund sind darüber hinaus für bedeutende Arbeitsmarkteffekte verantwortlich und verfügen über ein beträchtliches kreatives Potential (z.B. Aytar & Rath 2011; Stock 2012; Yildiz & Mattausch 2009; Tolciu & Schaland 2008). So steht außer Frage, dass migrantische Ökonomien Arbeitsplätze schaffen, die einer großen Zahl von Menschen die Integration in das ökonomische System ermöglichen (Kayser et al. 2008: 28) – ein Umstand, dessentwegen sie aus einer kritischen Perspektive allerdings auch als „ethnische Mobilitätsfalle“ charakterisiert werden (Goebel & Pries 2006).

Auch auf der lokalen Ebene verbinden sich mit migrantischen Ökonomien unverkennbar Potentiale (Berding 2007; Hussein de Araújo & Weber 2011), die allerdings in der deutschspr-

chigen Debatte noch eher selten thematisiert werden. Gleichwohl werden gelegentlich auch die konkreten Beiträge migrantischer Ökonomien zur Profilierung und zum wirtschaftlichen Erfolg von Städten und Regionen herausgestellt (z.B. Fischer 2001; Floeting 2009; Yildiz 2011). Dabei lassen sich fünf Funktionen voneinander unterscheiden, die migrantische Ökonomien für die Regional-, Stadt- und Quartiersentwicklung prinzipiell übernehmen können (Kayser et al. 2008, vgl. Abbildung 1):

- die beschäftigungspolitische Funktion, die nicht zuletzt auf der überdurchschnittlich hohen Ausbildungsbereitschaft in den Betrieben der migrantischen Ökonomien beruht (Schader-Stiftung 2011: 134) und die vielen Personen überhaupt erst einen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt eröffnet (Mestres 2010: 38f.; Rath & Eurofound 2011: 1f.);
- die gesellschaftspolitische Funktion, die sich insbesondere im beruflichen Erfolg von Unternehmer_innen mit Migrationshintergrund ausdrückt (Bericht der Unabhängigen Kommission Zuwanderung 2001: 225 f.);
- die ökonomische Funktion, die sich neben der beschäftigungspolitischen aus dem Beitrag der von Personen mit Migrationshintergrund geführten Unternehmen zur volkswirtschaftlichen Gesamtleistung (derzeit rund 50 Mrd. Euro Jahresumsatz) ergibt (Kresta 2006);
- die quartiersbelebende Funktion, die sich in vielen urbanen Teilräumen beobachten lässt, in denen es ganz überwiegend kleine Dienstleistungsunternehmen der migrantischen Ökonomie sind, die sowohl die Nahversorgung als auch eine gewisse nachbarschaftliche Kohäsion aufrechterhalten (Idik & Schnetger 2004; Rath & Eurofound 2011: 3). Darüber hinaus kann sich mancherorts auch der Immobilienerwerb durch Personen mit Migrationshintergrund als stabilisierendes Moment erweisen (Schader-Stiftung 2011: 161ff.);
- die imagebildende Funktion, die auf der ethno-kulturellen Vermarktbarkeit von migrantischen Ökonomien als Bestandteil von Imagebildungs- und Marketingstrategien von Städten beruht.

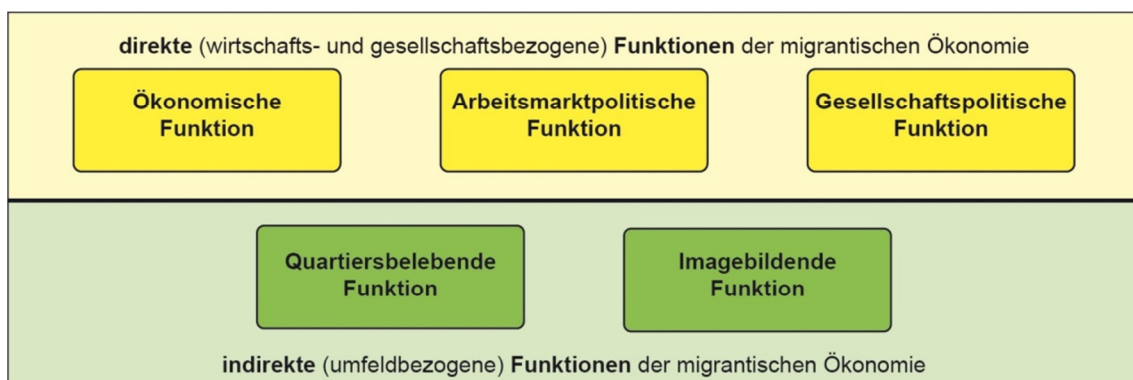


Abb. 1: Funktionen migrantischer Ökonomien für Stadtentwicklung (Quelle: Nuissl & Schimiz 2015: 27)

Auf *Bundesebene* stellen Leicht und Langhauser (2014: 6f.) fest, dass sich die Zahl selbstständiger Migrant_innen seit den 1990er Jahren annähernd verdreifacht hat und damit mittlerweile eine dreiviertel Million beträgt. Demnach hat jede sechste unternehmerisch aktive Person in Deutschland ausländische Wurzeln und die Selbstständigquote der deutschen und migrantischen

schen Erwerbsbevölkerung bewegt sich auf etwa gleichem Niveau. Mit 2,2 Millionen Beschäftigten stellen Migrant_innenunternehmen 18 % aller Arbeitsplätze in inhabergeführten (mittelständischen) Unternehmen. Dabei wird ein Wandel im Hinblick auf die Branchenstruktur migrantischer Unternehmen beobachtet. Während die Dominanz von Handel und Gastgewerbe abgenommen hat, konstatieren Leicht und Langhauser eine Zunahme im Bereich der wissensbezogenen Tätigkeiten und gehen daher von einer deutlichen Modernisierung des Leistungsspektrums migrantischer Unternehmen aus. Insgesamt sei – trotz der immer noch bestehenden spezifischen Herausforderungen wie der mangelnden Anerkennung von Qualifikationen und dem eingeschränkten Zugang zu Kapital – ein bemerkenswerter Aufschwung im migrantischen Unternehmertum zu konstatieren (Leicht & Langhauser 2014: 6).

Außerhalb Deutschlands werden migrantische Ökonomien teilweise seit Langem von kommunalen Gebietskörperschaften proaktiv gefördert. Im kanadischen Toronto beispielsweise ist es mit Hilfe des Stadtentwicklungsinstruments der „Business Improvement Areas“ gelungen, migrantisch geprägte Viertel als touristische Destinationen und weiche Standortfaktoren für die Ansiedlung der Wissensökonomie zu etablieren und zu vermarkten (Ipsen et al. 2005; Luk & Phan 2005; Zhuang 2008; Preston & Lo 2009). Ähnliche Beispiele einer erfolgreichen kommunalpolitischen Inwertsetzung sind in verschiedenen anderen Studien dokumentiert (z.B. Shaw et al. 2004; Qadeer 2007; Aytar & Rath 2011, van der Horst & Ouwehand 2012), wobei die Ambivalenz der entsprechenden Strategien zwischen einem der marktbezogenen Verwertungslogik unterworfenen „city branding“ einerseits und einer aktiven Unterstützung der die migrantische Ökonomie tragenden Personengruppen andererseits meist deutlich herausgearbeitet wird (z.B. Heckmann 1998; Kavaratzis & Ashworth 2005; Donald et al. 2009; Dinnie 2011).

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die deutschsprachige Debatte zu migrantischen Ökonomien und ihren Potentialen überwiegend großskalige gesellschaftliche und administrative Zusammenhänge adressiert und damit „räumlich implizit“ bleibt. Dies findet seine Entsprechung darin, dass es in der kommunalpolitischen Praxis eher unüblich zu sein scheint, eine gezielte Förderung und Weiterentwicklung der migrantischen Ökonomie zu erwägen (Schader-Stiftung 2011: 134; Rath & Eurofound 2011; vgl. auch Gesemann & Roth 2009). Nichtsdestotrotz lassen sich vor allem in manchen Großstädten, aber auch in einigen Bundesländern Ansätze beobachten, migrantische Ökonomien zum Gegenstand kommunalentwicklungspolitischer Strategien bzw. der Wirtschaftsförderung zu machen (vgl. z.B. auch Fischer 2001 für Duisburg; Fischer-Krapohl 2011 für Dortmund; Henn & Behling 2010 für Leipzig; Yildiz 2008 für Köln). Gänzlich unbeachtet bleiben in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten, die migrantische Ökonomie außerhalb der großen urbanen Agglomerationen als Potential der räumlichen Entwicklung aufzugreifen.

Die Adressierung migrantischer Unternehmer_innen in Städten

Den mancherorts vorzufindenden Bestrebungen, die Förderung migrantischer Ökonomien als Bestandteil raumbezogener Politiken zu etablieren, liegen zumeist mehr oder minder umfangreiche Studien zu den speziellen Charakteristika, Bedürfnissen und Potentialen von Unter-

nehmer_innen mit Migrationshintergrund zugrunde. Zwar liefern diese Studien aufgrund einer unzureichenden Daten- und Informationslage hinsichtlich der kleinräumigen Zusammensetzung und Entwicklung der migrantischen Unternehmen ‚vor Ort‘ meist nur eine eher grobe Bestandsaufnahme lokaler migrantischer Ökonomien. Nichtsdestotrotz geben sie jedoch erste Hinweise dahingehend, was beachtet werden sollte, wenn die Förderung von migrantischen Ökonomien als kommunales Handlungsfeld etabliert werden soll. Einige dieser Arbeiten, die sich auf spezifische Städte und Bundesländer beziehen, werden im Folgenden vorgestellt. Als Basis dienen Erhebungen aus Frankfurt am Main (Lüken-Klaßen & Pohl 2010), Stuttgart (Landeshauptstadt Stuttgart 2014), München (Landeshauptstadt München 2015), Sachsen (Risch & Vogel 2011) und Brandenburg (IQ Netzwerk Brandenburg 2014).²

Während es durchaus Unterschiede zwischen der Zahl, den Branchenstrukturen sowie Herkunftsländern migrantischer Unternehmer_innen in den einzelnen Bundesländern bzw. Städten gibt, gleichen sich die Studien weitestgehend hinsichtlich der den Unternehmen zugesprochenen Potentiale, die sich mit den in Kapitel 2.1 identifizierten decken. Im Ergebnis fordern die Studien die Neubewertung des ökonomischen Potentials migrantischer Unternehmungen sowie einen Paradigmenwechsel von einer eher defizitorientierten Integrationsdebatte hin zu einem potentialorientierten Entwicklungsdiskurs (vgl. u.a. Lüken-Klaßen & Pohl 2010).

Konkret fragen die genannten Studien nach den Gründen für die Selbstständigkeit von Migrant_innen, nach Besitzverhältnissen, Branchenzugehörigkeiten und Netzwerken migrantischer Unternehmen sowie nach den besonderen individuellen, qualifikatorischen, sprachlichen und kulturellen Herausforderungen, vor denen diese Unternehmen stehen. Untersucht wird zudem der institutionell-administrative Rahmen, um bewerten zu können, welche Gesetze und Politiken die Entwicklung migrantischer Ökonomien fördern bzw., ob das Angebot an Förder- und Unterstützungsstrukturen und -leistungen den Bedarfen und Herausforderungen selbstständiger Migrant_innen gerecht wird. Als Datengrundlage zur Erfassung der Zahl, der Zusammensetzung und der dynamischen Entwicklung migrantischer Unternehmen werden die Gewerbestatistik, der Mikrozensus sowie weitere Unternehmensdatenbanken und -register herangezogen. Ergänzt werden diese Informationen in der Regel durch qualitative Forschungsmethoden wie Einzel- oder Gruppeninterviews mit Unternehmer_innen sowie Expert_inneninterviews mit Vertreter_innen aus Verwaltung und Wissenschaft.

Die Frage nach den Motiven der Unternehmensgründung verweist bereits auf die spezifischen Herausforderungen, mit denen migrantische Unternehmer_innen konfrontiert sind. Für Sachsen stellen Risch und Vogel (2011: 22) fest, dass die Gründungsmotivation fast ausschließlich in der Sicherung des Lebensunterhalts für sich und die Familie und somit im Streben nach Unabhängigkeit von staatlichen Transferleistungen besteht. Dabei erfolgte jede dritte Gründung aus der Arbeitslosigkeit heraus. Der Weg in die Selbstständigkeit ist oft die einzige Option für Migrant_innen in Sachsen, da es noch keine gleichberechtigte Teilhabe am sonstigen wirtschaftlichen Leben gibt. Gründe hierfür werden u.a. in den bestehenden Zugangshürden zum Arbeits-

² Die Studien zu Brandenburg und Sachsen stellen einen ersten wichtigen Baustein der Ermittlung der Rolle und des Potentials migrantischer Ökonomien außerhalb der großen Agglomerationen dar.

markt sowie der fehlenden Anerkennung von Abschlüssen gesehen. Risch und Vogel (2011: 24) stellen zudem häufig Sprachprobleme und geringe kaufmännische Kompetenzen trotz formaler Qualifikationen fest. Darüber hinaus machen migrantische Unternehmer_innen in Sachsen weniger häufig Gebrauch von Unterstützungsleistungen als deutsche Existenzgründer_innen und sind seltener in bestehende Netzwerke und Kooperationsstrukturen eingebunden. Auch eine Befragung unter Unternehmer_innen mit Migrationshintergrund in Stuttgart fand heraus, dass nur knapp ein Fünftel der migrantischen Existenzgründer_innen öffentliche Fördermittel in der Gründungsphase in Anspruch nahm. Dies wird vor allem auf Informationsdefizite zurückgeführt. Neben der Kundengewinnung stellten insbesondere die rechtlichen und administrativen Formalitäten in der Gründungsphase die größte Herausforderung migrantischer Unternehmer_innen in Stuttgart dar (Landeshauptstadt Stuttgart 2014: 15f.).

Die in den Studien formulierten Handlungsempfehlungen reagieren somit auf die Tatsache, dass migrantische Unternehmer_innen vielfach mit spezifischen Herausforderungen konfrontiert sind. Für Frankfurt stellen Lüken-Klaßen und Pohl (2010: 43) fest, dass es zwar bereits Projekte zur Förderung gibt, diese jedoch nicht alle (potentiell) Selbstständigen mit Migrationshintergrund erreichen. Zudem äußerten befragte Unternehmer_innen explizit den Wunsch nach mehr migrant_innensensiblen Dienstleistungen und Unterstützungen. Auch die für das Land Brandenburg durchgeführte Studie stellt fest, dass es noch zu wenige Angebote gibt, die sich speziell an selbstständige Migrant_innen richten und fordert in diesem Zusammenhang die Anpassung von Beratungs- und Weiterbildungsangeboten an die Lebenswirklichkeit (potentieller) migrantischer Unternehmer_innen. Zur Sicherstellung der Teilnahmemöglichkeit an spezifischen Kursen wird im Übrigen auf die hohe Anzahl von Gründungen in den Bereichen Gastronomie, Handel und Dienstleistungen und auf den damit verbundenen hohen Arbeitseinsatz der Unternehmer_innen verwiesen (IQ Netzwerk Brandenburg 2014: 60f.). Dieser macht es notwendig, mit einem adäquaten Förderangebot flexibel zu reagieren.

Der fehlenden Bekanntheit und Inanspruchnahme bereits vorhandener Beratungs- und Förderangebote kann nach der für München durchgeführten Studie unter anderem durch folgende Maßnahmen begegnet werden (Landeshauptstadt München 2015: 8):

- Anpassung der Informationsstrategien,
- Stärkung der Lotsenkompetenz zentraler öffentlicher Dienststellen,
- Differenzierung des Informationsbedarfs nach Basis- und Expert_innenwissen sowie
- Ausbau des Informationsangebots in verschiedenen Sprachen.

Eine kultursensible Beratung soll laut dieser Studie bereits in der Gründungsphase einen zentralen Stellenwert einnehmen. So kann eine intensive und kritische Auseinandersetzung mit der Geschäftsidee stattfinden und eine sorgfältige Gründungsbegleitung eingeleitet werden (Landeshauptstadt München 2015: 94f.). Für den weiteren Entwicklungsprozess der Unternehmen fordert die Studie, dass die laufende Fortbildung stärker gefördert und damit einhergehende Qualifikations- und Kompetenzentwicklungen festgestellt und zertifiziert werden (Landeshauptstadt München 2015: 8).

Mit Blick auf Sachsen empfehlen Risch und Vogel (2011) die Umsetzung konkreter Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung und Verankerung von Diversity-Ansätzen in Kammern, Verbänden, branchenspezifischen Interessenvertretungen sowie Verwaltungen und anderen öffentlichen Einrichtungen. Zudem soll die Landes- und Kommunalpolitik – entsprechend der für Brandenburg durchgeführten Studie – die Vernetzung der Unternehmen verbessern. Das Hauptaugenmerk soll dabei auf den Ausbau der bereits bestehenden Netzwerke sowie die Stärkung migrantischer Unternehmenszusammenschlüsse und deren Verklammerung mit den Regelinstitutionen der „Mehrheitsgesellschaft“ gelegt werden (IQ Netzwerk Brandenburg 2014: 61). Einer stärkeren Vernetzung bedarf es entsprechend dieser Studie auch auf der Angebotsseite, indem Förder- und Qualifizierungsmaßnahmen miteinander verzahnt und interkulturell geöffnet werden (Risch & Vogel 2011). Die Brandenburg-Studie (IQ Netzwerk Brandenburg 2014: 62) betont, dass Förderprogramme zwar ausgebaut werden sollen, dass allerdings auch darauf geachtet werden muss, die oftmals kleinen und jungen Unternehmen nicht über Gebühr zu strapazieren. Denn trotz ihrer beträchtlichen Potentiale sind migrantische Unternehmer_innen laut dieser Studie überfordert, wenn sie sämtliche Integrationsherausforderungen allein lösen sollen.

Insgesamt verdeutlichen die hier vorgestellten Studien, dass die lokalen Strukturen migrantischer Ökonomien zwar sehr unterschiedlich sind, dass sich jedoch bestimmte Problemlagen ähnlich darstellen. Die in den Studien formulierten Handlungsempfehlungen greifen diese Problemlagen auf. Es stellt sich allerdings die Frage, inwieweit diese Empfehlungen tatsächlich umgesetzt bzw. in die Regelstrukturen lokaler Institutionen überführt werden können und so nicht nur in temporären Projekten ihren Niederschlag finden. Auch zeichnet sich ab, dass der manchmal hohe Beratungsbedarf von Unternehmer_innen mit Migrationshintergrund fast nirgendwo abgedeckt werden kann (Şen & Sauer 2005: 69ff.; Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration 2010: 7f.). Darüber hinaus fehlen fast überall exakte Angaben zu Umfang und Struktur der lokalen migrantischen Ökonomien. Die eingehendere wissenschaftliche Beschäftigung mit Unternehmer_innen mit Migrationshintergrund, ihren Handlungskontexten, unternehmerischen Strategien sowie den spezifischen Herausforderungen, vor denen sie stehen, bleibt vor diesem Hintergrund ein wichtiges Desiderat (vgl. u.a. Leicht & Langhauser 2014). Konkret gilt es, die Informationsgrundlage bezüglich der Qualifizierungssituation und Unterstützungsbedarfe von migrantischen Unternehmer_innen zu erweitern, um daraus noch genauere Empfehlungen für politische Entscheidungsträger_innen, Kammern, Interessenverbände und andere beratende Organisationen ableiten zu können.

3 Untersuchungsdesign

Zusammenfassung

- Das Projekt MiPoStaR kombiniert im Sinne eines Methodenmix sowohl quantitative als auch qualitative Methoden der empirischen Sozialforschung. Zentrales Erhebungsinstrument sind jedoch leitfadengestützte Interviews mit Expert_innen aus den IHK-Regionen Braunschweig und Rostock.
- Der Auswahl der Fallstudienregionen – den IHK-Regionen Braunschweig und Rostock – wurden diverse Kriterien zugrunde gelegt, u.a. sollten die Regionen unterschiedliche Raumtypen umfassen.

Datenerhebung und -auswertung

Das Projekt MiPoStaR kombiniert sowohl quantitative als auch qualitative Methoden der empirischen Sozialforschung. Die Ergebnisse dieses Berichts basieren somit auf unterschiedlichen Erhebungsinstrumenten. Die Erhebungen fanden überwiegend zwischen März 2014 und November 2015 in den IHK-Regionen Braunschweig und Rostock statt.

Die *statistische Sekundäranalyse*³ ist ein unentbehrliches Standardverfahren zur Gewinnung von Hintergrundinformationen bei räumlichen Fallstudien. Um die notwendigen Einblicke in die ökonomische und soziale Struktur (z.B. Anteil der migrantischen Bevölkerung, Arbeitslosenzahlen, Gewerbean- und -abmeldungen etc.) der beiden Fallstudienregionen zu gewinnen, wurden sowohl Datenbestände des Referats Stadtentwicklung und Statistik bzw. der Statistikstelle sowie der zuständigen Abteilungen für Gewerbeangelegenheiten in Braunschweig und Rostock (Fokus auf die jeweilige Kommune) als auch der Gewerbeanzeigenstatistik 2013 (Fokus auf die jeweilige IHK-Region insgesamt) berücksichtigt. In Ergänzung wurden für die regionalen Strukturanalysen und zur Rekonstruktion der Akteurskonstellationen und Förderprogramme *Dokumente* und *Internetseiten* ausgewertet. Die ausgewählten Dokumente entstammen sowohl der öffentlichen und wirtschaftlichen als auch der zivilgesellschaftlichen Sphäre. Es handelt sich dabei z.B. um Integrationskonzepte und um Infobroschüren für migrantische Unternehmer_innen.

Expert_inneninterviews bildeten im Rahmen von MiPoStaR die zentrale Methode der Felderschließung. Insgesamt wurden 43 leitfadengestützte Interviews (n = 43, Rostock = 22, Braunschweig = 21) geführt (Przyborski & Wohlrab-Sahr 2014, 118ff.; Gläser & Laudel 2010).

³ Da die Erhebung von statistischen Daten zur regionalen bzw. lokalen Ausprägung migrantischer Ökonomien mit spezifischen Herausforderungen konfrontiert ist, wird in diesem Abschnitt nur kurz darauf verwiesen. Für genauere Ausführungen zum methodischen Vorgehen vgl. Kapitel 5 „Migrantische Ökonomien im Spiegel von statistischen Erhebungen“.

In den Interviews wurde einerseits nach der Rolle von Migration bzw. migrantischen Ökonomien für die jeweilige Stadt- und Regionalentwicklung und Wirtschaft, andererseits nach Personen in Politik, Verwaltungen und Verbänden gefragt, die für die Felder Integration, Stadt- und Regionalentwicklung sowie Wirtschaftsförderung zuständig sind. In neun Fällen wurden statt digitalen Aufnahmen Gesprächsprotokolle angefertigt. Zehn der 43 Interviews wurden mit zwei Personen geführt. Zur Auswahl der Interviewpartner_innen wurde das Sampling nach vorab festgelegten Kriterien mit dem „Snowball-Sampling“ kombiniert (Przyborski & Wohlrab-Sahr 2014: 182-185).

Des Weiteren wurden drei *problemzentrierte Interviews* (PZI) mit migrantischen Unternehmern geführt (Witzel 2000; Mattissek et al. 2013: 166ff.). Die geringe Zahl dieser Interviews ist dem Fokus von MiPoStaR auf die lokalpolitische Perspektive auf migrantische Ökonomien geschuldet. Die PZI thematisierten einerseits die persönliche Unternehmensgeschichte und biographisch relevante Daten. Andererseits wurde nach der Wahrnehmung lokalpolitischer Förderbedingungen, lokaler Institutionen und Verbände sowie der Einbindung in die regionale Ökonomie gefragt – Aspekte, die auch in den Expert_inneninterviews mit Vertreter_innen der migrantischen Ökonomie thematisiert wurden.

Tabelle 1 gibt einen Überblick über das Sample von geführten Expert_inneninterviews und problemzentrierten Interviews (vgl. auch Verzeichnis der Interviews im Anhang). Die drei Akteursgruppen liegen somit quer zu den traditionellen Governancesphären „Staat“, „Markt“ und „Zivilgesellschaft“. Die Kategorie „Unterstützer_innen“ in der Gruppe „Migrantische Ökonomie“ fasst die Personen zusammen, die einen Migrationshintergrund haben, überwiegend selbst als Unternehmer_innen tätig sind bzw. waren und/oder über ihre Tätigkeiten direkt migrantische Unternehmer_innen beraten und unterstützen. Sie verfügen über ein spezielles Wissen zu relevanten Strukturen und Prozessen (Binnenperspektive).

Tab 1: Sample von geführten Expert_inneninterviews und problemzentrierten Interviews, dargestellt nach Akteursgruppen (Quelle: eigene Darstellung)

	IHK-Region Braunschweig	IHK-Region Rostock
Migrantische Ökonomien: Unternehmer_innen und ihre Unterstützer_innen (Mitarbeiter_innen mit Migrationshintergrund in MSO, Wirtschaftsförderungen, Existenzgründungsberatungen u.ä.; teils auch als Unternehmer_innen aktiv)	9	6
Wirtschaft/Stadtentwicklung (u.a. Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammer, Ämter für Stadtentwicklung, Wirtschafts-/Interessenverbände, Wirtschaftsförderungen, Existenzgründungseinrichtungen)	7	7
Integration/Soziales (u.a. Ämter für Integration, Bundesagentur für Arbeit, VHS, Wohlfahrt, Quartiersmanagement, Weiterbildungseinrichtungen)	7	10

Daneben wurden diverse *Telefoninterviews* sowie *informelle Gespräche* auf Veranstaltungen geführt, von denen jeweils ein Gesprächsprotokoll angefertigt wurde. Diese wurden aber im

Zuge der Auswertung des empirischen Materials nicht systematisch, sondern lediglich flankierend mit berücksichtigt.

Drei *Gruppendiskussionen* bildeten einen weiteren Bestandteil der empirischen Erhebung (Przyborski & Wohlrab-Sahr 2014: 88-102; Lamnek 2010: 372-433). Sie wurden ergänzend zu den Expert_inneninterviews und den PZI durchgeführt. In den Gruppendiskussionen wurden bestimmte Themen vertieft:

- der Einfluss der (internationalen) Zuwanderung und Migration auf das Wirtschaftsleben in den Regionen und Städten,
- die in diesem Zusammenhang entstehenden besonderen Chancen und Herausforderungen für migrantische Ökonomien,
- die Einbindung von Migrant_innen in bestehende regionale Wirtschaftsnetzwerke,
- die spezifische Bedeutung der regionalen Förderstrukturen.

Jeweils eine Gruppendiskussion wurde in den IHK-Regionen Braunschweig und Rostock durchgeführt. Tabelle 2 gibt einen Überblick über die beteiligten Personen bzw. zeigt die Institutionen auf, die jeweils vertreten waren.

Tab. 2: Teilnehmer_innen der Gruppendiskussionen in den IHK-Regionen Braunschweig und Rostock (Quelle: eigene Darstellung)

	IHK-Region Braunschweig (01.07.15)	IHK-Region Rostock (29.06.15)
Moderator_innen	Dr. Achim Prosek, HU Berlin Charlotte Räuchle, HU Berlin Isabella Stingl, HU Berlin	Prof. Dr. Henning Nuissl, HU Berlin Charlotte Räuchle, HU Berlin Isabella Stingl, HU Berlin
Repräsentant_innen kommunal-politischer ‚Akteure‘	Amt für Stadtentwicklung Braunschweig IHK Braunschweig TU Braunschweig Wirtschaftsförderung Region Goslar GmbH & Co. KG Wirtschafts- und Innovationsförderung Salzgitter	Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft Büro des Senators für Finanzen, Verwaltung und Ordnung, früherer Mitarbeiter der RGS City-Kreis Rostock IHK Rostock Rostock Business

In Rostock wurde zudem eine Gruppendiskussion mit zehn Unternehmerinnen veranstaltet. Hier wurden – in Ergänzung zu den PZI – die Erfahrungen mit dem Arbeitsmarktzugang für Migrant_innen, die allgemeine Bedeutung der (migrantischen) Selbstständigkeit, deren Verankerung in der lokalen Wirtschaft und die Wahrnehmung und Bedeutung von Unterstützungsstrukturen untersucht.

Die Expert_inneninterviews, problemzentrierten Interviews und Gruppendiskussionen wurden transkribiert und unter Zuhilfenahme des Textanalyseprogramms MAXQDA für den vorliegenden Bericht systematisch in Bezug auf die zentralen Fragestellungen hin ausgewertet (Kelle & Kluge 2010; Mayring 2008).

Zusätzlich wurden diverse Veranstaltungen besucht (*teilnehmende Beobachtung*; vgl. Schöne 2003). Diese richteten sich einerseits an migrantische Unternehmer_innen, wie zum Beispiel der Rostocker „Existenzgründer- und Unternehmerstammtisch“ von „migra e.V.“ Andererseits wurden integrations- und wirtschaftspolitische Formate (z.B. Existenzgründungsmesse, Sitzung des Integrationsausschusses) besucht. Ebenso wie die ergänzend geführten Interviews (s. o.) hatten die im Rahmen dieser Veranstaltungen gewonnenen Erfahrungen eine flankierende Funktion im Rahmen des Auswertungsprozesses.

Zur Auswahl der Fallstudienregionen

Bei der Auswahl der räumlichen Zuständigkeitsbereiche der IHK'en Braunschweig und Rostock als Fallstudienregionen wurden mehrere Kriterien zugrunde gelegt. Die Regionen sollten

- hinreichend groß sein und eine ‚kritische Masse‘ an migrantischen Ökonomien beherbergen,
- nicht ausschließlich großstädtisch strukturiert sein, sondern auch gering verdichtete Räume umfassen,
- eine differenzierte räumliche Binnengliederung aufweisen, um auch intraregionale Aufgabenteilungen und Wechselwirkungen zwischen unterschiedlich strukturierten kommunalen Gebietskörperschaften berücksichtigen zu können und um möglichst das gesamte Spektrum der in einer Vorstudie (Nuissl & Schimiz 2013) identifizierten Gemeindetypen abzudecken,
- von ihrem äußeren Zuschnitt her eine mit Blick auf die behandelte Thematik sinnvolle Gebietseinheit bilden, weshalb sich der Rückgriff auf die Raumgliederung der Industrie- und Handelskammern (IHK) anbot,
- sowohl einen ost- als auch einen westdeutschen Fall repräsentieren, um dem Umstand gerecht zu werden, dass alte und neue Bundesländer auf eine sehr unterschiedliche Tradition der Zuwanderung zurückblicken, die bis heute nachwirkt, und um gegebenenfalls kontrastierende Vergleiche zwischen den beiden Regionen anstellen zu können.

Die IHK-Regionen Braunschweig und Rostock erfüllen alle genannten Kriterien und sind hinsichtlich ihrer Bevölkerungszahl gut miteinander vergleichbar (vgl. Tabelle 3).

Tab. 3: Demografische und wirtschaftliche Kennzahlen zu den Fallstudienregionen und ihren administrativen Teilgebieten 2013 (Quelle: Statist. Ämter des Bundes und der Länder, Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen)

	BS	SZ	GS	HE	PE	WF	Kammerregion	HRO	LRO	VR	Kammerregion
	1	2	3	4	5	6	Σ1-6	8	9	10	Σ8-10
Bevölkerung (Tsd.)	251	102	142	92	131	122	840	204	215	229	648
Fläche (km ²)	192	224	965	674	535	723	331	181	3421	3192	6794
Bev.dichte (Tsd/km ²)	1304	454	147	137	245	168	245	1129	63	72	95
Arbeitslosenquote (%)	7,5	8,3	8,9	7,5	6,2	6,0	7,4*	12,3	10,1	14,9*	12,5*
BIP je Einw. (2009 in €)	34.826	32.991	21.976	21.336	18.576	16.087	25.631	27.878	19.631	20.653	22.546

(BS = Stadt Braunschweig; SZ = Stadt Salzgitter; GS = Kreis Goslar; HE = Kreis Helmstedt; PE = Kreis Peine; WF = Kreis Wolfenbüttel; HRO = Hansestadt Rostock; LRO = Landkreis Rostock; VR = Landkreis Vorpommern-Rügen) (* Für die neugebildeten Landkreisen in Mecklenburg-Vorpommern wurde die Arbeitslosenquote ermittelt als Quotient aus Zahl der Arbeitslosen/Zahl der zivilen Erwerbspersonen)

4 Profile von Braunschweig und Rostock

Zusammenfassung

- Die untersuchten Kommunen und Landkreise sind in struktureller Hinsicht sehr heterogen. Dies bezieht sich z.B. auf die „demografische Entwicklung und wirtschaftliche Prosperität, die Lage, das lokale Arbeitsplatzpotential, die sozialhistorische Prägung, die lokale Integrationsgeschichte und die An- bzw. Abwesenheit von spezifischen Zuwanderungsgruppen“ (Schader-Stiftung 2011: 47).
- Diese Faktoren sind relevant für die lokale Entwicklung und Struktur migrantischer Ökonomien und nur vor diesem Hintergrund können angemessene Informations-, Bildungs- und Beratungsangebote für migrantische Unternehmer_innen entwickelt werden.

Die IHK-Regionen Braunschweig und Rostock fungieren als ‚Referenzräume‘ für die Untersuchung der lokalen/regionalen Strukturen migrantischer Ökonomien, der unterschiedlichen Informations-, Bildungs- und Beratungsangebote sowie der politischen Verankerung des Themas migrantische Ökonomie auf lokaler/regionaler Ebene. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt dabei auf den Städten Braunschweig und Salzgitter sowie Rostock und Stralsund, wobei sich im Folgenden besonders auf Braunschweig und Rostock bezogen wird.

Grundsätzlich muss von einer strukturellen Heterogenität der untersuchten Kommunen und Landkreise ausgegangen werden. Unter anderen tragen folgende Faktoren, die auch die Entwicklung der migrantischen Ökonomien in den untersuchten Städten beeinflussen, zur Ausdifferenzierung der beiden Räume bei: Bevölkerungsstruktur, demografische Entwicklung, Branchenmix, Lage auf dem regionalen bzw. lokalen Arbeitsmarkt, An- bzw. Abwesenheit von bestimmten Zuwanderergruppen sowie geographische Lage (vgl. Schader-Stiftung 2011: 47). Hinzu treten Unterschiede hinsichtlich der „politischen Handlungsspielräume [...], bedingt durch die jeweilige kommunale Finanzsituation und die Ausgestaltung der föderalen bzw. kommunalpolitischen Aufgabenteilung bei der Migrations- und Integrationspolitik“ (Schader-Stiftung 2011: 47) sowie des politischen Klimas allgemein (Glick Schiller & Caglar 2009, 2011).⁴ Besonders auffällig sind auch die unterschiedliche Migrationsgeschichte und -situation in ost- und

⁴ Bezüglich der Frage, welche Faktoren die Struktur und Entwicklung migrantischer Ökonomien in Städten beeinflussen, gibt es in der Forschung verschiedene Erklärungsansätze. Sie alle messen dem spezifischen räumlichen Kontext jedoch kaum Bedeutung bei. Grundsätzlich muss bei Konzepten zur Erklärung migrantischer Ökonomien zwischen der Betrachtung von „Opportunitäten“ und „Ressourcen“ unterschieden werden: „Unter ‚Opportunitäten‘ werden dabei die Rahmenbedingungen verstanden, die die Aufnahmegesellschaft bietet. ‚Ressourcen‘ der Migranten bzw. ihrer Nachkommen werden demgegenüber aus ihrem vermeintlich homogenen kulturellen Hintergrund abgeleitet“ (Pütz 2003: 262). Beide Perspektiven verbindet der sogenannte „Mixed-embeddedness“-Ansatz miteinander (vgl. besonders Kloosterman et al. 1999). Dieser Ansatz zieht zur Erklärung migrantischer Ökonomien sowohl die Möglichkeitsstrukturen als auch die individuellen Ressourcen von Migrant_innen heran. Für einen allgemeinen Forschungsüberblick zu den Erklärungsmodellen migrantischen Unternehmertums vgl. Schmitz 2011a.

westdeutschen Kommunen (Weiss 2013; Schader-Stiftung 2011). Auf die spezifischen Bedingungen, auf die Migrant_innen in den ländlichen Regionen Niedersachsens und Mecklenburg-Vorpommerns treffen, sei an dieser Stelle lediglich hingewiesen (z.B. Engel 2013). Zum Beispiel gilt für das dünn besiedelte Mecklenburg-Vorpommern und damit auch für die IHK-Region Rostock, dass sich Angebote für Migrant_innen fast ausschließlich in Städten finden und die ländlichen Gegenden kaum abdecken (z.B. Hess 2008). Die jeweiligen Rahmenbedingungen, vor deren Hintergrund regionale und lokale Integrations- und Wirtschaftspolitiken ausgestaltet werden, sind also sehr unterschiedlich. Die Ableitung einheitlicher Empfehlungen zur Förderung migrantischer Ökonomien ist damit kaum möglich; solche Empfehlungen können immer nur mit Blick auf die lokalen Spezifika von Wirtschaft und Arbeitsmarkt formuliert werden (Bartelheimer & Pagels 2009). Im Folgenden werden zunächst kurz die historischen Bedingungen des lokalen Migrations- und Integrationsgeschehens in Braunschweig und Rostock dargestellt, bevor auf aktuelle Tendenzen im Feld von Migration, Wirtschaft und Stadtentwicklung eingegangen wird.

Lokale Migrations- und Integrationsgeschichten

Braunschweig

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs war die Stadt Braunschweig Ziel unterschiedlicher Zuwanderungsgruppen: In den 1940/50er Jahren kamen Vertriebene und „displaced persons“ aus den früheren deutschen Ostgebieten und Flüchtlinge aus der DDR. Seit den 1960er Jahren zogen „Gastarbeiter_innen“ zu. Ab den 1980er Jahren stieg die Zahl der Asylsuchenden an (Marschalck 1997: 45; vgl. auch Weber 1993). Auch die Zahl der der Stadt zugewiesenen (Spät-) Aussiedler_innen, die zunächst v. a. aus Polen und dann als „Russland-Deutsche“ aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion kamen, war hoch (Bonkowski 2003: 8). Um diese verschiedenen Gruppen bildeten sich migrantische Infrastrukturen heraus. Z.B. wurden diverse Migrant_innenselbstorganisationen gegründet. Die Unterstützung für Migrant_innen auf lokaler Ebene war zunächst durch die Vorgaben des Bundes als soziale „Ausländerarbeit“ v.a. bei den Wohlfahrtsverbänden angesiedelt. Ab etwa 1970 engagierte sich dann verstärkt die Kommune in der Gestaltung der Integrationsprozesse, wenn sie auch zunächst vornehmlich koordinierend und unterstützend tätig wurde (Weber 1993: 89-93).

Ein frühe Beziehung zwischen Stadtentwicklung und Migration stellte sich mit der ‚Gastarbeiterzuwanderung‘ ab 1959/60 her. Die angeworbenen Männer und Frauen kamen aus Italien, Griechenland, Spanien, der Türkei, Portugal, Jugoslawien und Tunesien (Weber 1993: 9). Schwerpunkte ihrer Beschäftigung lagen im Fahrzeug- und Maschinenbau, der Schwerindustrie sowie der elektrotechnischen und feinmechanischen Industrie. Hier waren mehr als zwei Drittel der ausländischen Zuwander_innen als un- und angelernte Arbeiter_innen beschäftigt. Die Ausländer_innenquote an allen Beschäftigten betrug 1974 ca. 8% (Bommes 1997: 258).

Selbstständigkeit stellte bald eine Möglichkeit der Erwerbstätigkeit für verschiedene Migrant_innengruppen dar. Z.B. entwickelte sich an den bevorzugten Wohnorten der (Spät-) Aussiedler_innen eine spezifische Einzelhandelsstruktur (Bonkowski 2003: 8). Auch „Gastarbei-

ter_innen“ machten sich selbstständig – zunächst mit Gaststätten, dann aber auch mit Lebensmittelgeschäften, Reisebüros und Änderungsschneidereien. Bereits 1967 gab es in Braunschweig 62 von Ausländer_innen angemeldete Gewerbebetriebe (Weber 1993: 42). In stärkerem Maße als in Rostock entwickelten sich diese von ‚Nischenökonomien‘ hin zu ganz unterschiedliche Branchen umfassenden wirtschaftlichen Aktivitäten.

Rostock

In der gesamten DDR war der Anteil an Migrant_innen im Vergleich zur BRD relativ gering und machte nur etwa ein bis zwei Prozent der Bevölkerung aus. Dabei handelte es sich vornehmlich um ausländische Studierende und v. a. Vertragsarbeiter_innen (Hess 2008: 74; Weiss 2013: 383f.). Auch in Rostock waren diese Gruppen präsent, insbesondere die letztgenannte. Die größte Gruppe der vietnamesischen Vertragsarbeiter_innen arbeitete vor 1989 vorrangig im Seehafen Rostock, im Textilbetrieb „Shanty“ sowie im Wohnungsbaukombinat des Bezirks Rostock (Müller 1996: 28f.). Nach 1989 blieb ein nicht unwesentlicher Teil der vietnamesischen Migrant_innen in der Stadt, wurde allerdings von ihren Betrieben entlassen und damit arbeitslos (Schmiz 2011a: 91). Bis weit in die 1990er Jahre hinein blieb die rechtliche Situation für Vietnames_innen mehr oder weniger ungeklärt, bevor dann 1997 eine neue Bleiberechtsregelung eintrat. Die BRD setzte auf staatliche Rückkehrprogramme, die jedoch aus verschiedenen Gründen nicht die gewünschten Resultate erzielten. In dieser für die Migrant_innen prekären Situation – kaum Zugang zum ersten Arbeitsmarkt aufgrund mangelnder Ausbildung und ungeklärter rechtlicher Situation – blieb vielen ehemaligen Vertragsarbeiter_innen und deren Familien nur die ökonomische Selbstständigkeit als Möglichkeit der Existenzsicherung und des Erwerbs eines Aufenthaltstitels (Schmiz 2011a: 145f.).

Die Zusammensetzung der Migrant_innen in Rostock begann sich nach der Wende allmählich zu verändern. Generell gilt für ostdeutsche Bundesländer, dass nach 1989 Zuwanderung zunächst vor allem „unfreiwillig“ bzw. durch Zuweisung erfolgte (Weiss 2013: 384).⁵ Neben ehemaligen Vertragsarbeiter_innen waren es v.a. osteuropäische Spätaussiedler_innen, jüdische Kontingentflüchtlinge, ausländische Studierende, Geflüchtete und Asylsuchende, die sich nach 1989 in Mecklenburg-Vorpommern und damit auch in Rostock aufhielten (Müller 1996: 13-42; Hess 2008: 89-122). Deren Zahl schwankte dabei extrem.⁶ Rostock scheint aber insofern eine Ausnahme zu bilden, als im Vergleich zu anderen ostdeutschen Kommunen weniger Migrant_innen die mit der deutschen Einheit gegebenen, neuen Umzugsmöglichkeiten nutzten; stattdessen blieben vergleichsweise viele Migrant_innen in der Hansestadt.

Während es schon zu Zeiten der DDR latent fremdenfeindliche und rechtsextreme Tendenzen gab, verschärften sich diesen im wiedervereinten Deutschland. „Rostock-Lichtenhagen“ – die

⁵ Auch wenn die Zahl der Migrant_innen, die durch Zuweisung nach Rostock kamen und kommen, tendenziell rückläufig war, ist dies mit den jüngeren Entwicklung (Zuwanderung von geflüchteten Personen) ein Stück weit wieder relativiert worden (vgl. auch Hess 2008: 149).

⁶ Während z.B. 1992 noch über 13.000 Asylbewerber_innen dem Land Mecklenburg-Vorpommern zugewiesen wurden, waren dies 2005 nur noch gut 400 (Hess 2008: 97).

rassistisch und rechtsradikal motivierten Übergriffe auf die „Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber“ (ZAst) und ein Wohnheim für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeitnehmer_innen im Jahr 1992 – war für die jüngere Rostocker, aber auch bundesdeutsche Geschichte ein einschneidendes Ereignis (Prenzel 2012: 9-29; Althoff 1998). Es hatte, dies legen die für das Projekt geführten Interviews nahe, nicht nur beträchtliche Relevanz für die kommunale Politik; auch in der Zivilgesellschaft hinterließen die Ereignisse Spuren. U.a. wurde die MSO „Diên Hồng“ durch die in Rostock lebenden Vietnames_innen gegründet (Diên Hồng 2014). Auch die Integrationsarbeit erfuhr in Stadt und Land einen deutlich höheren Stellenwert (Hess 2008: 148ff.).

Wirtschaft, Migration und Stadtentwicklung heute

Braunschweig

Heute haben ca. 25,6 % der rund 253.000 Einwohner_innen Braunschweigs einen Migrationshintergrund, wobei Personen mit polnischem, türkischem, russischem, kasachischem und italienischem Hintergrund die größten Gruppen ausmachen (31.12.2015; Stadt Braunschweig 2016a: 2-3). Dieses gute Viertel der Braunschweiger Bevölkerung enthält auch die 10,2 % aller Einwohner_innen, die als „Ausländer_innen“ in der Stadt gemeldet sind, wobei Personen mit türkischer, polnischer, syrischer und italienischer Staatsangehörigkeit die größten Gruppen ausmachen (Stadt Braunschweig 2016a: 11). Die Braunschweiger Werte entsprechen damit fast dem bundesdeutschen Durchschnitt: in Deutschland haben etwa 21 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund und 9,5 % eine ausländische Staatsangehörigkeit (Statistisches Bundesamt 2017: 7). Die Strukturen für Migrant_innen in der Stadt werden von den Interviewpartner_innen als sehr gut beschrieben. Der „Ausschuss für Integrationsfragen“ als kommunales Beratungsgremium, in dem auch Migrant_innen vertreten sind, tagt regelmäßig. Es gibt lokale Netzwerke, die sich verschiedenen Bereichen der Integrationsarbeit widmen. Eine große Zahl von MSO ist in der Stadt ansässig (insgesamt ca. 80). Ein wichtiges Zentrum interkulturellen Lebens in Braunschweig stellt das „Haus der Kulturen“ dar, das sich explizit nicht nur an Personen mit Migrationshintergrund richtet, sondern ein „positiver Botschafter für interkulturelles Leben innerhalb der Braunschweiger Region“ sein will (Haus der Kulturen o.J.). Darüber hinaus gibt es in der Stadt diverse, über das Jahr verteilte interkulturelle Veranstaltungen.

Braunschweig ist nach Hannover die zweitgrößte Kommune in Niedersachsen. Die Stadt ist ein Oberzentrum in der Region und ein regionales Einkaufszentrum (Stadt Braunschweig 2016d). Braunschweig hat eine lange Tradition als Standort für Technologie und Industrie. Die lokale/regionale Wirtschaft basiert auf materieller Produktion, (Finanz-) Dienstleistungen und Handel sowie Forschung und Entwicklung. Bekannt ist Braunschweig für den Maschinen- und Anlagenbau sowie als Sitz der Volkswagen Financial Service AG und der Siemens AG (vgl. z.B. Stadt Braunschweig 2017b). Die Technische Universität (TU) spielt ebenfalls eine wichtige Rolle, trägt zur hohen Zahl von MINT-Absolvent_innen (Fächergruppe Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) bei und prägt Braunschweigs Forschungslandschaft mit ihren diversen Forschungsinstituten. So wirbt Braunschweig damit, Teil der „forschungsintensivste[n]

Region in Europa mit der höchsten Wissenschaftlerdichte“ (Forschungsflughafen 2016) zu sein. Fast 80 % der Arbeitsplätze liegen im Tertiären Sektor (2014; Stadt Braunschweig 2016b). In bundesweiten Städterankings nimmt Braunschweig als Wirtschaftsstandort einen führenden Platz ein (Braunschweig Zukunft 2015). Hiernach sind besonders die Entwicklung von Wissenschaft, Kreativwirtschaft und Industrie sowie die hohe Ingenieursquote, die 4.0-Affinität vieler Unternehmen, die geringe Jugendarbeitslosigkeit und der Anstieg sozialversicherungspflichtig Beschäftigter hervorzuheben. Auch Unternehmen bewerten den Standort als positiv. 2014 lag die Arbeitslosenquote bei ca. 6,8 %, was etwa dem Bundesdurchschnitt entsprach (Stadt Braunschweig 2016c).

Die Stadt Braunschweig strebt eine zielorientierte Förderung der Kreativwirtschaft an (vgl. z.B. Stadt Braunschweig 2017c). Der u.a. durch die Kommune finanzierte Verein „KreativRegion“ vertritt die Interessen aller Branchen, die diesem Wirtschaftssektor zugerechnet werden. Ebenso wird Existenzgründungen für die Stadt- und Regionalentwicklung ein hoher Stellenwert beigemessen. Dementsprechend sind – so nehmen es zumindest die für das Projekt befragten Personen wahr – lokale/regionale Netzwerke für Gründer_innen und Jungunternehmen sowie Beratungs-, Informations- und Beratungsangebote in Stadt und Region gut ausgebaut.

Die Stadt Braunschweig ist nicht nur darum bemüht, sich im nationalen und sogar globalen Rahmen zu positionieren, sondern sie beteiligt sich auch aktiv daran, die gesamte Region Ostniedersachsen als Wirtschaftsstandort zu profilieren und zu vermarkten. Sie ist Mitglied in mehreren regionalen Verbänden wie der „Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg“ und der „Allianz für die Region“. Beide Initiativen verfolgen ähnliche Ziele wie z.B. die Verbesserung der lokalen Wettbewerbsfähigkeit. Während die Metropolregion auf weitreichendere Wirkungen innerhalb der EU zielt, ist die Allianz stärker auf die lokale Wirtschaft ausgerichtet. Dementsprechend übernimmt sie von den lokalen Wirtschaftsförderungen die überlokalen Aufgaben in verschiedenen Feldern wie zum Beispiel bei der Ansiedlung von Unternehmen, der Förderung von Fachkräften oder Unternehmensgründungen bzw. -nachfolgen (Allianz für die Region 2017a).

Migrant_innen finden insbesondere als Fachkräfte Berücksichtigung im Rahmen stadt- und regionalentwicklungspolitischer Bestrebungen. Mehrere Projekte nehmen gut ausgebildete Migrant_innen als Zielgruppe in den Blick. Wichtige Partner sind hierbei die IHK, die Agentur für Arbeit sowie ein regionales Fachkräftebündnis (Allianz für die Region 2017b). 2016 wurde das erste „Welcome Center“ in Niedersachsen in Braunschweig (und Wolfsburg) eröffnet, das sich auf die Zusammenführung ausländischer Fachkräfte und regionaler Unternehmen fokussiert sowie einen Beitrag zur regionalen Willkommenskultur leisten will (Welcome Center 2016). Zwar werden Migrant_innen auch als Unternehmer_innen bzw. Existenzgründer_innen adressiert, dies wird jedoch, so legen es auch die Interviews nahe, als nachrangig angesehen. Es wird vermutet, dass für Personen mit Migrationshintergrund Existenzgründungen deshalb weniger attraktiv seien, weil gut bezahlte, feste Stellen zum Beispiel bei VW oder bei der Salzgitter AG bereitstünden.

Vielfalt und Migration werden allgemein als Ressourcen für die Stadt angesehen (Yildiz 2011). So bietet das Braunschweiger Stadtmarketing beispielsweise interkulturelle Stadtführungen an,

bei denen Braunschweiger_innen mit Migrationshintergrund die Stadtgeschichte als Migrationsgeschichte nahebringen. Dies biete interessierten Einheimischen ebenso wie Tourist_innen „wichtige Information[en] über die gewachsene Vielfalt in der Einwanderungsstadt Braunschweig“ (Stadt Braunschweig 2017a). Daneben gibt es regelmäßig internationale Feste, durch die Migrant_innen in der Stadt sichtbar werden bzw. sich präsentieren können. Auch in dem während der Bearbeitungszeit des Projekts neu entwickelten Zukunftsbildes zur Stadtentwicklung wird explizit auf die Herausforderungen und Potentiale eingegangen, die eine vielfältige Stadtgesellschaft mit sich bringe (Stadt Braunschweig 2016e).

Rostock

Rund 6,7 % der etwa 206.000 Einwohner_innen Rostocks haben gegenwärtig einen Migrationshintergrund (Hansestadt Rostock 2014: 7); die größten Gruppen einen russischen, ukrainischen oder vietnamesischen. Auch unter den als „Ausländer_innen“ registrierten Rostocker_innen (insgesamt 3,9 % der Rostocker Bevölkerung) bilden Menschen aus der Russischen Föderation, der Ukraine oder Vietnam die größten Gruppen. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung liegt damit über dem mecklenburg-vorpommerschen, aber weit und unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Die allgemeinen Strukturen für Migrant_innen in der Stadt sind – zumindest sehen es die für das Projekt interviewten Personen so – im Vergleich zu großen Teilen des restlichen Bundeslands gut ausgebaut und umfassen zivilgesellschaftliche, (lokal-) staatliche/öffentliche und wirtschaftliche Akteure und Einrichtungen. Eine wichtige Anlaufstelle stellt das „Interkulturelle Zentrum“ im Waldemar Hof dar, in dem einige der lokal ansässigen MSO zusammengeschlossen sind. 2014 wurde mit Unterstützung der Bertelsmann Stiftung das Integrationskonzept „Zukunft in Vielfalt“ verabschiedet (Hansestadt Rostock 2014). Das Konzept soll unter anderem zur stärkeren Verankerung von Integration als Querschnittsaufgabe beitragen und als Ausgangspunkt für deren strategische Steuerung dienen. Auch soll die Teilhabe von Migrant_innen am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben in Rostock verbessert werden (Hansestadt Rostock 2014: 6). Hier spielt der lokale „Migrantenrat“ als politisches Interessengremium eine zentrale Rolle.

Rostock ist die größte Stadt von Mecklenburg-Vorpommern, das regionale Wirtschaftszentrum und eines von vier Oberzentren in diesem Bundesland. So stellt die Hansestadt ein Handels-, Verwaltungs-, Messe-, Kultur-, Bildungs- und Dienstleistungszentrum dar. Während sie nach 1990 einen starken Bevölkerungsverlust verzeichnete (von 240.481 im Jahr 1992 auf 197.218 im Jahr 2005), steigen die Einwohner_innenzahlen, wie in ganz Mecklenburg-Vorpommern, seit einigen Jahren wieder an. Rostock lebt als bedeutende Hafenstadt vor allem von der maritimen Wirtschaft (Schiffbau, Hafenwirtschaft, Reedereien) und vom (Kreuzfahrt-) Tourismus (Hansestadt Rostock o.J.). Als weitere wichtige Branchen gelten Life Science, Logistik, Luft- und Raumfahrt und Windenergie. Auch die Universität der Stadt spielt nicht nur für deren Ruf als Forschungsstandort, sondern auch für die regionale Wirtschaftsentwicklung eine tragende Rolle. Die Stadt profitiert von ihrer geographischen Lage als Knotenpunkt im Ostseeraum. Die überwiegende Mehrheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeitet im Tertiären Sektor (ca. 84 % 2014; Hansestadt Rostock 2015: 103). Insgesamt lag die Arbeitslosenquote 2014 mit 10,9 % deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 6,7 % (Hansestadt Rostock 2015: 135; Statista 2016).

Seit geraumer Zeit bemüht sich Rostock um die Etablierung einer „Regiopoleregion“ (vgl. z.B. Braun et al. 2013). Seit 2006 wird an deren Umsetzung gearbeitet, um die Konkurrenzfähigkeit als innovativer Wirtschaftsstandort und Wachstumsraum gegenüber anderen Regionen auszubauen und sich als Zentrum für Forschung und Entwicklung (u.a. mit einem Fokus auf maritime Wirtschaft und Windenergie) zu profilieren. Dies soll auch die Zuwanderung von Fachkräften begünstigen (Sturmowski 2013). Laut den Interviewpartner_innen sind spezielle Angebote zur Förderung von Existenzgründungen, einschließlich der entsprechenden lokalen/regionalen Netzwerke, gut ausgebaut. Neben den Regelangeboten werden auch einige Informations-, Bildungs- und Beratungsangebote speziell für migrantische Existenzgründer_innen bereitgehalten.

Zwar werden Migrant_innen in den Leitlinien zur Stadtentwicklung „Rostock 2025“ gezielt adressiert und wird „Vielfalt“ explizit als Chance für die Stadt benannt. So weist auch das Rostocker Integrationskonzept auf den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen von Migration hin, weshalb die Stadt für Menschen anderer Nationalitäten attraktiver werden sollte. Sofern konkrete Aussagen zum Potential von Migrant_innen für Stadt- und Regionalentwicklung getroffen werden, dann betreffen diese jedoch fast ausschließlich den (drohenden) Fachkräftemangel. So plädiert das Integrationskonzept dafür, an der schnelleren Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse zu arbeiten. Einige Projekte unterstützen die Internationalisierung regionaler Unternehmen sowie die Anwerbung und/oder Qualifizierung von internationalen Fachkräften.⁷ Außerdem existiert an der Universität Rostock ein „Welcome Center“ für ausländische Wissenschaftler_innen und Studierende. Eine Internationale Servicestelle für alle Neubürger_innen, angesiedelt bei der Verwaltung, war während der Projektlaufzeit noch in Planung (Hansestadt Rostock 2014: 11), ist aber inzwischen realisiert worden. Insgesamt wird – gerade auch im Vergleich zu Braunschweig – Migrant_innen scheinbar weniger Relevanz für die Stadtentwicklung zugemessen.

Zwischenfazit

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Braunschweig und Rostock von sehr unterschiedlichen Migrationsgeschichten geprägt sind, was unmittelbare Auswirkungen darauf hat, ob bzw. wie migrantische Ökonomien lokalpolitisch thematisiert werden. Migrantische Selbstständige waren und sind – wie noch zu zeigen sein wird – in unterschiedlichem Maße Teil der städtischen Entwicklungen. Während Braunschweig Teil einer prosperierenden Region mit starker industrieller Basis ist, profiliert sich Rostock eher durch seine Lage im Handelsraum der Ostsee und als touristischer Zielort. Beide Städte und Regionen halten nach Aussagen der Interviewpartner_innen gute Angebote für Existenzgründer_innen bereit. Im unmittelbaren Vergleich scheint die Bedeutung von Migrant_innen für die Stadt- und Regionalentwicklung in Braunschweig höher eingeschätzt zu werden als in Rostock.

⁷ In dieser Hinsicht ist auch zum Beispiel die IHK Rostock seit der gestiegenen Zuwanderung geflüchteter Personen aktiver geworden und bietet etwa KMUs Unterstützungen bei der Integration von Geflüchteten in die Betriebe an.

5 Migrantische Ökonomien im Spiegel statistischer Erhebungen

Zusammenfassung

- Zwar gilt die Auswertung statistischer Angaben zu migrantischen Unternehmen als zentrales Mittel, um der teils mangelhaften Informationslage zu begegnen. Die Aussagekraft der statistischen Daten unterliegt jedoch zahlreichen Einschränkungen.
- Die Gründungsdynamik in der IHK-Region Braunschweig spiegelte 2013 einen bundesdeutschen Trend wider, während sie in der IHK-Region Rostock unterdurchschnittlich ausgeprägt war. Die meisten Gewerbe wurden in beiden Regionen von der Gruppe „EU 13 Neu“ angemeldet, insbesondere im Baugewerbe.
- Der Anteil ausländischer Gewerbe am Gesamtbestand aller gemeldeten Betriebe lag zum Stichtag 30. Juni 2014 in der Stadt Rostock deutlich unter dem Braunschweiger Referenzwert. Das Gründungsgeschehen ausländischer Staatsangehöriger spiegelt in beiden Städten tendenziell die lokalen Migrationsgeschichten wider.

Vorbemerkungen

Um eine erste Charakterisierung der Zahl und Struktur von migrantischen Unternehmen vornehmen zu können, wurde eine statistische Analyse der Entwicklung und des Bestands migrantischer Ökonomien in den beiden Fallstudienregionen bzw. Städten durchgeführt. Ähnliche Auswertungen wurden in der Vergangenheit bereits im Rahmen anderer Projekte genutzt, um einen Überblick über den Unterstützungsbedarf von selbstständigen Migrant_innen zu gewinnen. Gelten derartige statistische Erhebungen als eine Möglichkeit, der lückenhaften Informationslage über migrantische Unternehmer_innen zu begegnen, so unterliegt ihre Aussagekraft doch gewissen Einschränkungen, welche nachfolgend erläutert werden. Zur Untersuchung der Entwicklung migrantischer Unternehmensgründungen wurde die Gewerbeanzeigenstatistik 2013 herangezogen, zur Erfassung des Bestandes deutscher und ausländischer Unternehmen die Gewerbebestandsstatistik der jeweiligen Abteilungen für Gewerbeangelegenheiten in den beiden Städten.

Die Gewerbeanzeigenstatistik erfasst Unternehmensgründungen seit 1996 bundeseinheitlich und hat die Aufgabe, das Gewerbeldegeschehen in seiner Gesamtheit darzustellen sowie Informationen über Gründungen und Stilllegungen von Betrieben zu liefern. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für selbstständige Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen. Nicht der Gewerbeordnung unterliegen die Freien Berufe, die Urproduktion wie Land- und Forstwirtschaft bzw. Bergbau sowie Versicherungen; sie sind daher auch nicht in die Statistik einbezogen (Statistisches Bundesamt 2016). Eine Anmeldung ist erforderlich, wenn eine Tätigkeit neu begonnen wird oder eine Übernahme erfolgt, sei es durch Kauf oder Erbfolge, Gesellschaftereintritt, Wahl einer neuen Rechtsform oder Verlegung des Unter-

nehmens in einen anderen Meldebezirk. Dementsprechend wird eine Abmeldung bei vollständiger oder teilweiser Aufgabe eines Betriebes notwendig sowie bei dessen Verkauf, bei Austritt eines Gesellschafters, bei Änderung der Rechtsform und bei Verlegung in einen anderen Meldebezirk (Statistisches Bundesamt 2016). Um in der für das Projekt durchgeführten statistischen Analyse die tatsächlichen Zu- und Abgänge von Unternehmen zu erfassen, wurden nur Neugründungen und vollständige Aufgaben sowie Gründungen und Aufgaben nach Umwandlungsgesetz berücksichtigt.

Bei der Interpretation der Daten aus der Gewerbeanzeigenstatistik muss beachtet werden, dass eine Gewerbemeldung lediglich eine Absichtserklärung darstellt und dass die Statistik nicht die wirtschaftliche Substanz der meldenden Betriebe ermittelt (Statistisches Bundesamt 2016). Neben der Zahl der Gewerbe- und -abmeldungen nach Wirtschaftsbereichen, Rechtsformen, Beschäftigten und Bundesländern werden auch Geschlecht und Staatsangehörigkeit der Gewerbetreibenden erfasst. Dabei ist zu bedenken, dass die Statistik nur zwischen Ausländer_innen und Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit differenziert und somit nur einen Teil der Unternehmer_innen mit Migrationshintergrund sichtbar macht (Hillmann & Sommer 2011: 43). Die einzelnen Staatsbürgerschaften der Gewerbetreibenden wurden der Übersichtlichkeit halber zu folgenden acht Gruppen zusammengefasst: „BRD“, „EU 15 ohne BRD“, „EU 13 Neu“, „Europa Ost“, „Afrika“, „Vorder- und Zentralasien“, „Asien“, „Sonstige“. Damit ist sichergestellt, dass auch Nationalitäten mit geringen Fallzahlen in der Auswertung berücksichtigt werden. Welche einzelnen Staatsbürgerschaften sich hinter den Gruppen verbergen, wird im Anhang dargelegt. Unberücksichtigt blieben in der Auswertung Personengesellschaften, Kapitalgesellschaften, Genossenschaften, sonstige deutsche Rechtsformen sowie ausländische Rechtsformen. Dasselbe galt für Automatenaufsteller und Reisegewerbe, um die Vergleichbarkeit zu anderen Auswertungen der Gewerbeanzeigenstatistik zu gewährleisten.

Räumliche Erhebungseinheiten der Gewerbestatistikauswertung waren die IHK-Regionen Rostock und Braunschweig, wobei von einer Konzentration der Betriebe in den regionalen Zentren, insbesondere den Städten Braunschweig und Rostock, auszugehen ist (vgl. Anhang „Anmerkungen zur statistischen Erhebung“).

Ergänzend zur Gewerbeanzeigenstatistik wurden auch die Daten zum Gewerbebestand gesichtet, die von den zuständigen Abteilungen für Gewerbeangelegenheiten der jeweiligen Stadtverwaltungen in Braunschweig bzw. Rostock vorgehalten werden. Dort werden alle Einrichtungen geführt, in deren Rahmen eine gewerbliche Tätigkeit ausgeübt wird und die somit verpflichtet sind, eine Gewerbeanmeldung vorzunehmen. Es wurden alle Unternehmen erfasst, die in den beiden Städten zum Stichtag 30. Juni 2014 als aktiv gemeldet waren. Die statistischen Ämter verweisen darauf, dass Abweichungen zwischen ihren Daten und dem realen Bestand nicht ausgeschlossen sind, da Betriebssitzeröffnungen oder -schließungen oft nicht sofort gemeldet werden.

In die Analyse wurden sowohl alle von ausländischen als auch alle von deutschen Staatsbürger_innen geführten Betriebe einbezogen, um entsprechende Vergleiche hinsichtlich Wirtschaftszweigen und Geschlecht der Unternehmer_innen vornehmen zu können. Auch die kommunale Gewerbebestandsstatistik differenziert nur zwischen Ausländer_innen und Perso-

nen mit deutscher Staatsangehörigkeit und macht somit, wie die Gewerbeanzeigenstatistik, nur einen Teil der von Zuwander_innen geführten Betriebe erkennbar. Auch bei ihrer Interpretation wurden die Staatsbürgerschaften der Gewerbetreibenden in die acht Gruppen – „BRD“, „EU 15 ohne BRD“, „EU 13 Neu“, „Europa Ost“, „Afrika“, „Vorder- und Zentralasien“, „Asien“, „Sonstige“ – zusammengefasst.

Dynamik der Gewerbegründungen in den Fallstudienregionen

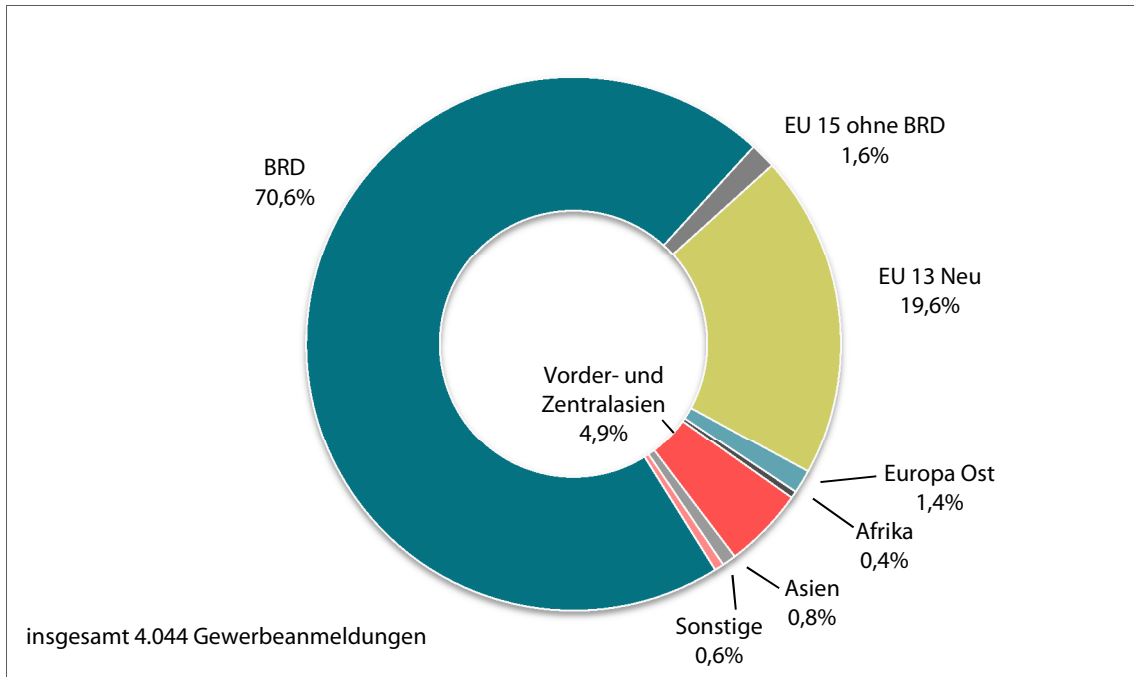
Auf nationaler Ebene wurden 2013 insgesamt 505.560 Gewerbe neu angemeldet und 472.970 abgemeldet (vgl. Tab. 4). 153.715 der Anmeldungen wurden von nicht-deutschen Staatsbürger_innen getätigt, was bundesweit einem Anteil von 30,4 % entspricht. Im Hinblick auf die Staatsangehörigkeit dominieren nach den deutschen Staatsbürger_innen die Gruppen „EU 13 Neu“ mit 19,4 % sowie „Vorder- und Zentralasien“ mit 4 % aller bundesweit getätigten Anmeldungen.

Tab. 4: Gewerbean- und abmeldungen in Deutschland nach Staatsangehörigkeit (gruppiert) 2013 (Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Gewerbeanzeigenstatistik, 2013, eigene Berechnungen)

Staatsangehörigkeit des/der Unternehmer_in	Gewerbeanmeldungen		Gewerbeabmeldungen	
	Anzahl	Anzahl in %	Anzahl	Anzahl in %
BRD	351845	69,6	350122	74
EU 15 ohne BRD	15939	3,2	14752	3,1
EU 13 Neu	97880	19,4	72553	15,3
Europa Ost	8876	1,8	7100	1,5
Afrika	2186	0,4	1878	0,4
Vorder- und Zentralasien	19990	4,0	19205	4,1
Asien	5354	1,1	4389	0,9
Sonstige	3490	0,7	2971	0,6
Gesamtsumme	505560	100	472970	100

Im IHK-Bezirk Braunschweig gab es 2013 insgesamt 4.044 Gewerbeanmeldungen und 3.808 Gewerbeabmeldungen (vgl. Tab. 5). 1.187 der Anmeldungen erfolgten durch ausländische Staatsangehörige, was einem Anteil von 29,4 %, und damit fast exakt dem Bundesdurchschnitt, entspricht (vgl. Abb. 2). Dabei wurden 19,6 % der Gewerbeanmeldungen von Personen mit einer Staatsbürgerschaft der Ländergruppe „EU 13 Neu“ getätigt und 4,9 %, mit einer solchen der Ländergruppe „Vorder- und Zentralasien“ – auch diese Werte liegen nahe an den bundesweiten.

Abb. 2: Gewerbeanmeldungen im IHK-Bezirk Braunschweig nach Staatsangehörigkeit (gruppiert) 2013 (Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Gewerbeanzeigenstatistik, 2013, eigene Berechnungen)



Tab. 5: Gewerbean- und abmeldungen im IHK-Bezirk Braunschweig nach Staatsangehörigkeit (gruppiert) 2013 (Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Gewerbeanzeigenstatistik, 2013, eigene Berechnungen)

Staatsangehörigkeit des/der Unternehmer_in	Gewerbeanmeldungen		Gewerbeabmeldungen	
	Anzahl	Anzahl in %	Anzahl	Anzahl in %
BRD	2857	70,6	2877	75,6
EU 15 ohne BRD	63	1,6	55	1,4
EU 13 Neu	794	19,6	584	15,3
Europa Ost	58	1,4	41	1,1
Afrika	17	0,4	12	0,3
Vorder- und Zentralasien	198	4,9	190	5,0
Asien	34	0,8	31	0,8
Sonstige	23	0,6	18	0,5
Gesamtsumme	4044	100,0	3808	100

Im IHK-Bezirk Rostock überwogen 2013 die 3.906 Gewerbeab- die 3.516 Gewerbeanmeldungen (vgl. Tab. 6). 400 dieser Anmeldungen wurden von nicht-deutschen Staatsbürger_innen getätigt, dies entspricht einem Anteil von 11,4 % (vgl. Abb. 3). Die meisten „ausländischen“ Gewerbeanmeldungen erfolgten durch Personen aus der Ländergruppe „EU 13 Neu“ (7,3 %), gefolgt von solchen aus der Ländergruppe „Asien“ (1,2 %).

Tab. 6: Gewerbean- und abmeldungen im IHK-Bezirk Rostock nach Staatsangehörigkeit (gruppiert) 2013 (Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Gewerbeanzeigenstatistik, 2013, eigene Berechnungen)

Staatsangehörigkeit des/der Unternehmer_in	Gewerbeanmeldungen		Gewerbeabmeldungen	
	Anzahl	Anzahl in %	Anzahl	Anzahl in %
BRD	3116	88,6	3476	89
EU 15 ohne BRD	36	1	30	0,8
EU 13 Neu	255	7,3	278	7,1
Europa Ost	22	0,6	28	0,7
Afrika	3	0,1	4	0,1
Vorder- und Zentralasien	34	1,0	39	1
Asien	41	1,2	44	1,1
Sonstige	9	0,3	7	0,2
Gesamtsumme	3516	100	3906	100

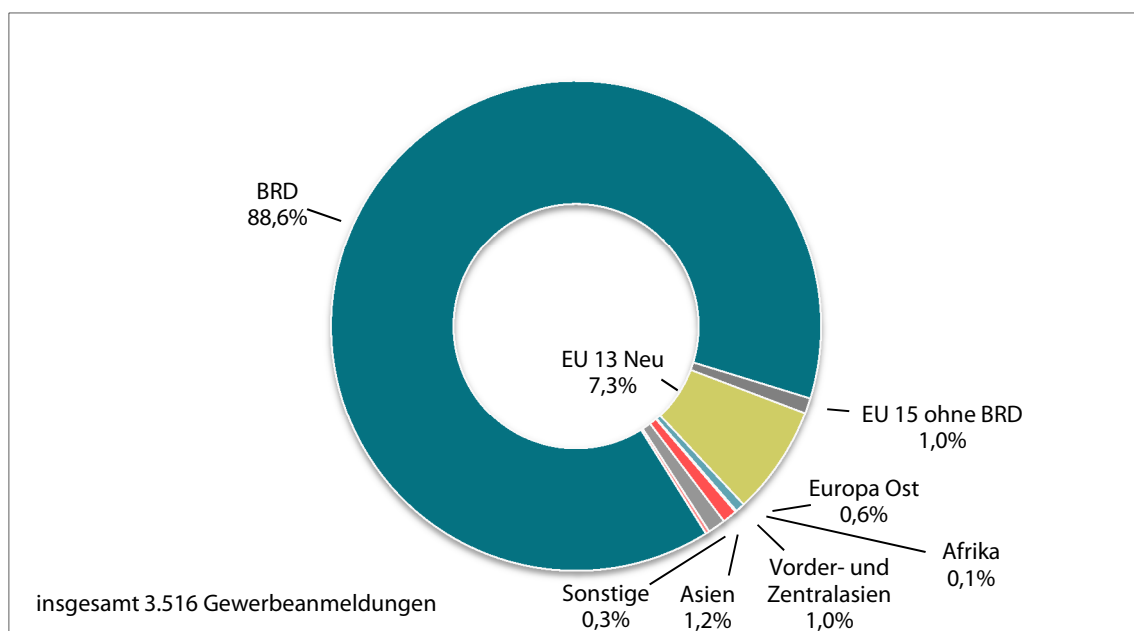


Abb. 3: Gewerbeanmeldungen im IHK-Bezirk Rostock nach Staatsangehörigkeit (gruppiert) 2013 (Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Gewerbeanzeigenstatistik, 2013, eigene Berechnungen)

Während sich das Bild in allen drei Raumeinheiten dahingehend ähnelt, dass die größte Gruppe ausländischer Staatsbürger_innen, die ein Gewerbe anmeldeten, Personen aus der Ländergruppe „EU 13 Neu“ waren, lag der Anteil der von Ausländern vorgenommenen Gewerbeanmeldungen im IHK-Bezirk Rostock mit 11,4 % deutlich unter den Werten für Gesamtdeutschland (von 30,4 %) und für die IHK-Region Braunschweig (29,4 %).

Gewerbeanmeldungen durch deutsche Staatsangehörige erfolgten in der IHK-Region Braunschweig besonders häufig in den Gewerbebranchen „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Fahrzeugen“ sowie „sonstige Branchen“ (vgl. Tab. 7). Anmeldungen durch Personen aus der Ländergruppe „EU 13 Neu“ erfolgten hingegen insbesondere im „Baugewerbe“. Personen aus

„Vorder- und Zentralasien“ gründeten am häufigsten im Zweig „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Fahrzeugen“, gefolgt vom „Gastgewerbe“.

Tab. 7: Gewerbeanmeldungen im IHK-Bezirk Braunschweig nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten (gruppiert) und „Art der Tätigkeit“ (Branche) 2013 (Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Gewerbeanzeigenstatistik, 2013, eigene Berechnungen)

	Bau- gewer- be	Handel; In- standhaltung und Repara- tur von Fahr- zeugen	Gast- gewer- be	Freiberufliche, wissenschaftli- chen und tech- nischen Dienst- leistungen	Sonstige wirt- schaftliche Dienstleistun- gen	sonstigen Dienstleistun- gen	sonstige Bran- chen
BRD	7,5%	25,6%	7,0%	11,0%	11,4%	11,7%	25,80%
EU 13 Neu	54,7%	8,2%	<5%	<5%	14,9%	11,5%	7,70%
Vorder- und Zent- ralasien	8,6%	29,3%	23,7%	<5%	8,6%	13,6%	11,60%

Gewerbeanmeldungen, die im IHK-Bezirk Rostock durch deutsche Staatsangehörige vorgenommen wurden, erfolgten, wie im IHK-Bezirk Braunschweig, in den Gewerbebezügen „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Fahrzeugen“ sowie „sonstige Branchen“, dicht gefolgt von den Gewerbebezügen „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ und „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ (vgl. Tab. 8). Die bei den von Ausländer_innen getätigten Anmeldungen dominante Gruppe „EU 13 Neu“ gründete besonders häufig Gewerbebetriebe in den Branchen „Baugewerbe“ und „Verarbeitendes Gewerbe“, gefolgt von der Branche „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“. Gewerbeanmeldungen durch Personen aus „Asien“ erfolgten insbesondere im Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Fahrzeugen“ sowie „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“.

Tab. 8: Gewerbeanmeldungen im IHK-Bezirk Rostock nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten (gruppiert) und „Art der Tätigkeit“ (Branche) (2013) (Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Gewerbeanzeigenstatistik, 2013, eigene Berechnungen)

	Ver- arbeiten- des Ge- werbe	Bau- ge- werbe	Handel; Instandhal- tung und Reparatur von Fahr- zeugen	Gast- ge- werbe	Freiberufliche, wissenschaftli- chen und tech- nischen Dienst- leistungen	Sonstige wirt- schaftliche Dienstleistun- gen	Sonstige Dienstleistun- gen	sonsti- ge Bran- chen
BRD	5,6%	11,2%	17,0%	5,9%	14,2%	15,1%	8,7%	22,1%
EU 13 Neu	28,6%	31,0%	<5%	<5%	<5%	23,5%	5,9%	6,3%
Asi- en	<5%	<5%	31,7%	26,8%	<5%	<5%	31,7%	2,4%

Bestand migrantischer Unternehmen in Braunschweig und Rostock

In Braunschweig waren zum Stichtag 30. Juni 2014 insgesamt 17.309 Gewerbe als aktiv gemeldet (vgl. Abb. 4). 1.945 wurden von Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft geführt, was einem Anteil von 11,2 % an allen Betrieben entspricht. 43 % der insgesamt 1.945 von Ausländer_innen geführten Gewerbebetriebe können dabei der Staatsangehörigkeitsgruppe „EU Neu 13“ zugerechnet werden, 20 % der Gruppe „Vorder- und Zentralasien“ und 19 % der Gruppe „EU 15 ohne BRD“ (vgl. Abb. 5). Betrachtet man die einzelnen Staatsbürgerschaften, so sind Personen mit polnischer Staatsbürgerschaft mit 691 Betriebsstätten, was einem Gesamtanteil von 4 % entspricht, am häufigsten vertreten. Es folgen italienische Staatsbürger_innen mit 1,9 % und türkische Staatsbürger_innen mit 0,7 %.

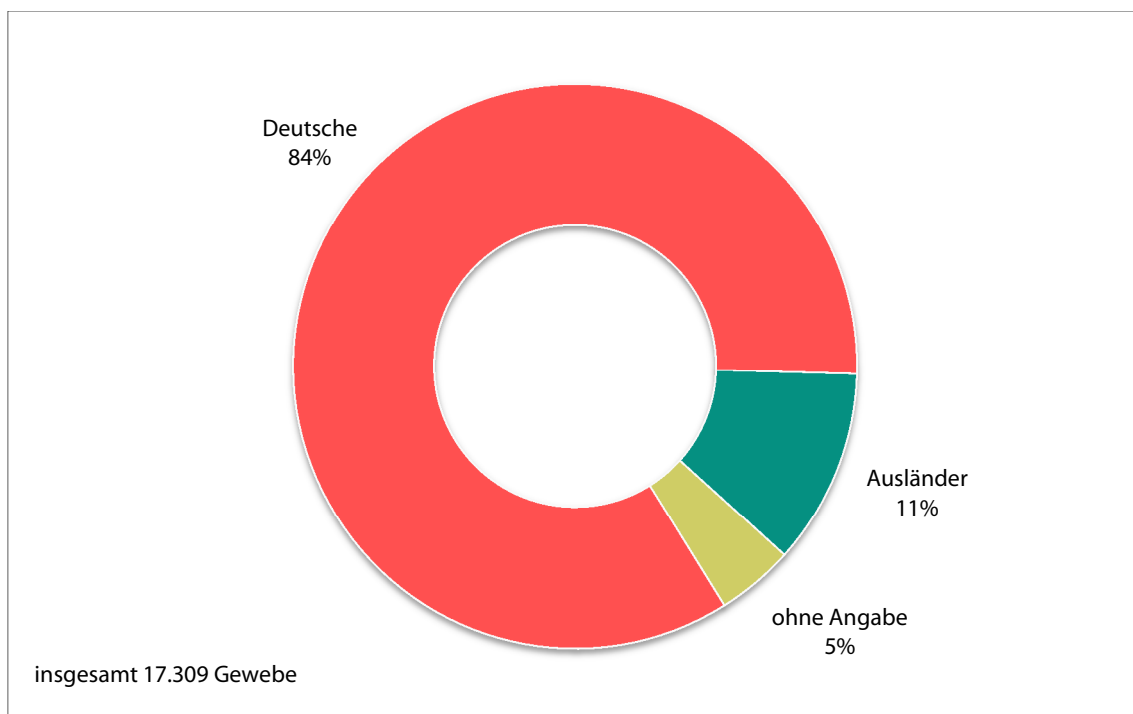


Abb. 4: Bestand aller aktiv gemeldeten deutschen und ausländischen Gewerbe in Braunschweig am 30.06.2014 (Quelle: Stadt Braunschweig, Fachbereich Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit, Abteilung Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten, eigene Berechnungen)

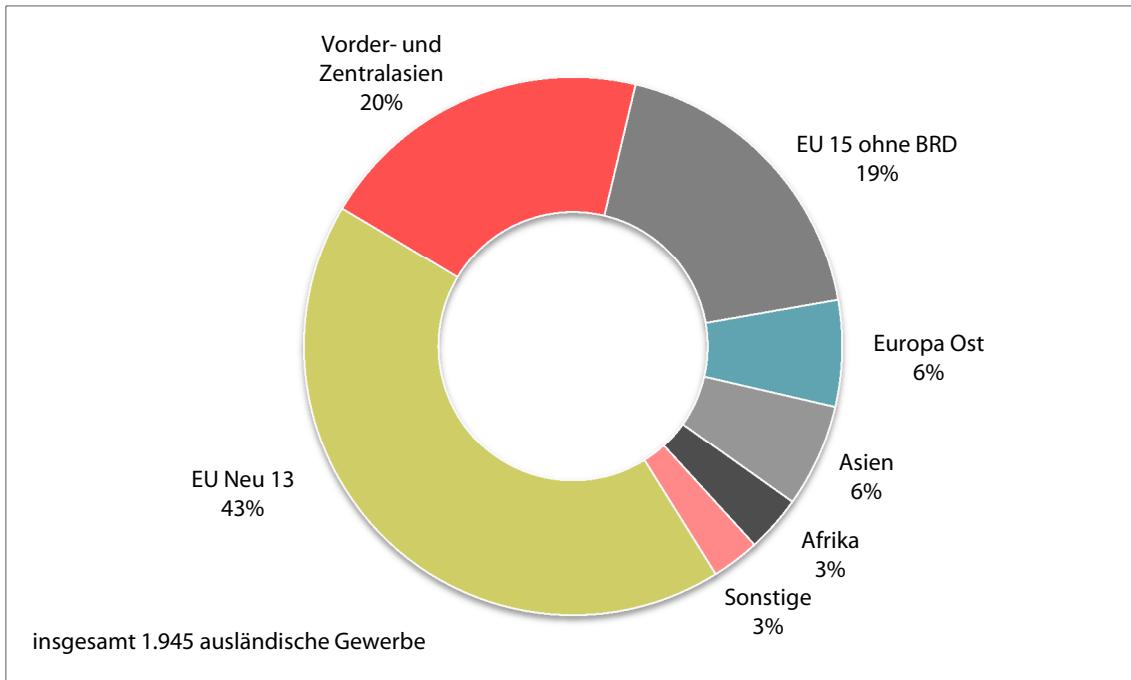


Abb. 5: Bestand aller aktiv gemeldeten ausländischen Gewerbe in Braunschweig nach Staatsangehörigkeit (gruppiert) am 30.06.2014 (Quelle: Stadt Braunschweig, Fachbereich Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit, Abteilung Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten, eigene Berechnung)

In absoluten Zahlen finden sich die meisten von Personen mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft geführten Betriebe im Wirtschaftszweig „Sonstige“ gefolgt von „Handwerk“ und „Handel“ (vgl. Abb. 6). Bei der Interpretation der Gewerbedaten nach Wirtschaftszweigen ist zu beachten, dass hier Mehrfachnennungen im Anmeldeverfahren möglich sind. Dies bedeutet, dass eine Gewerbe unter unterschiedlichen Wirtschaftszweigen angemeldet werden kann und es somit eine Differenz zwischen den dokumentierten Zahlen und der tatsächlichen Anzahl an Betriebsstätten geben kann. Prozentual finden sich mit 24% die meisten von ausländischen Staatsangehörigen geführten Betriebe im Bereich „Handwerk“ (vgl. Abb. 7). Hier machen Unternehmen, die der Nationalitätengruppe „EU Neu 13“ zugeordnet wurden, mit 557 Fällen 18,8% aller Gewerbebetriebe in diesem Wirtschaftsbereich aus. Dies entspricht einem Anteil von 77,4 % aller ausländischen Gewerbebetriebe in diesem Bereich.

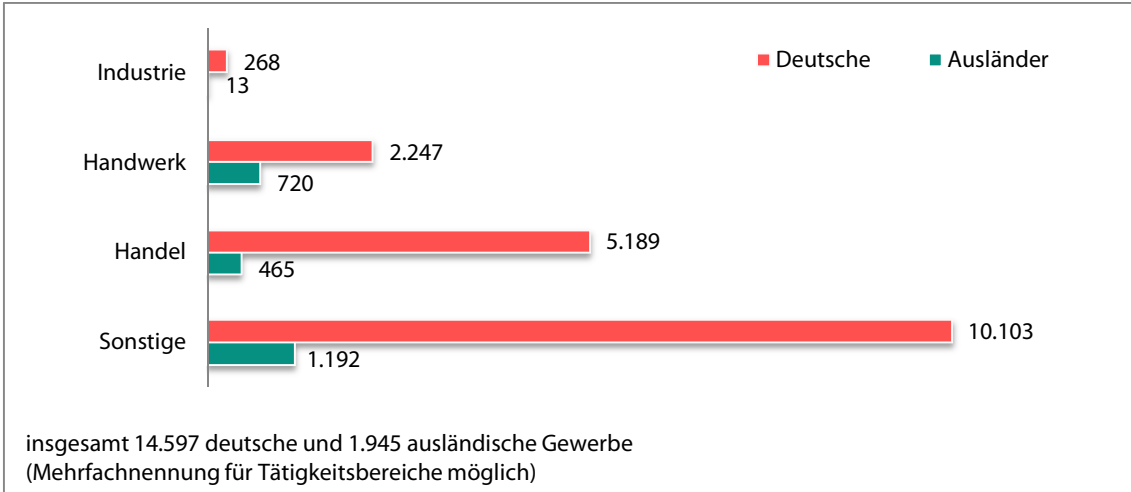


Abb. 6: Vergleich deutscher und ausländischer Gewerbe in Braunschweig in allen Tätigkeitsbereichen am 30.06.2014 (Quelle: Stadt Braunschweig, Fachbereich Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit, Abteilung Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten, eigene Berechnungen)

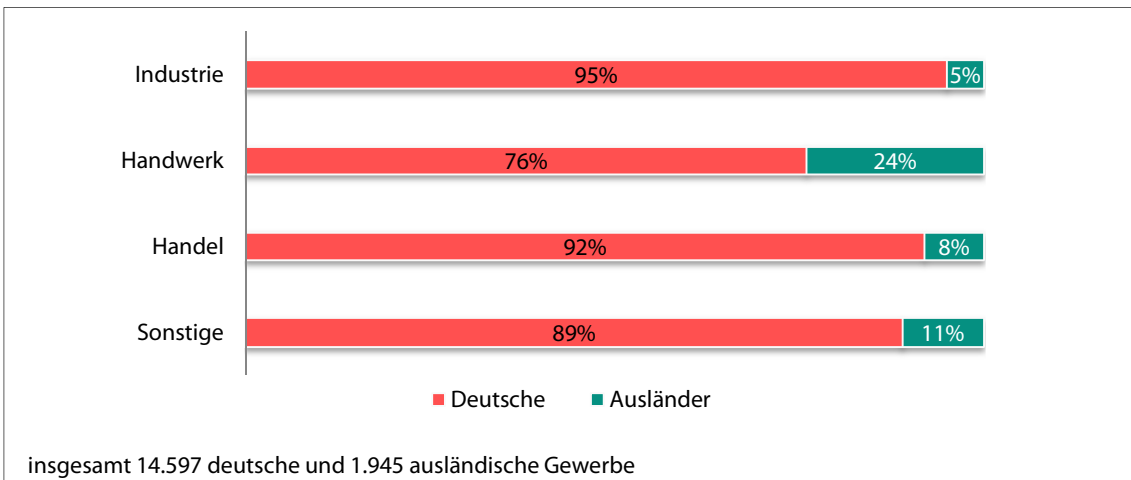


Abb. 7: Vergleich deutscher und ausländischer Gewerbe in Braunschweig in allen Tätigkeitsbereichen am 30.06.2014 (Quelle: Stadt Braunschweig, Fachbereich Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit, Abteilung Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten, eigene Berechnungen)

Mit Blick auf das Geschlechterverhältnis in der Gewerbestatistik zeigt sich, dass 26 % der von Personen mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft geführten Betrieben eine Unternehmerin vorsteht; der Frauenanteil liegt damit leicht unter demjenigen bei den von Deutschen geführten Betrieben, wo er 29 % beträgt (vgl. Abb. 8). Besonders hoch ist er in der Gruppe der von Personen aus „Asien“ geführten Betriebe, von denen 60% auf eine weibliche Person angemeldet sind (vgl. Abb. 9).

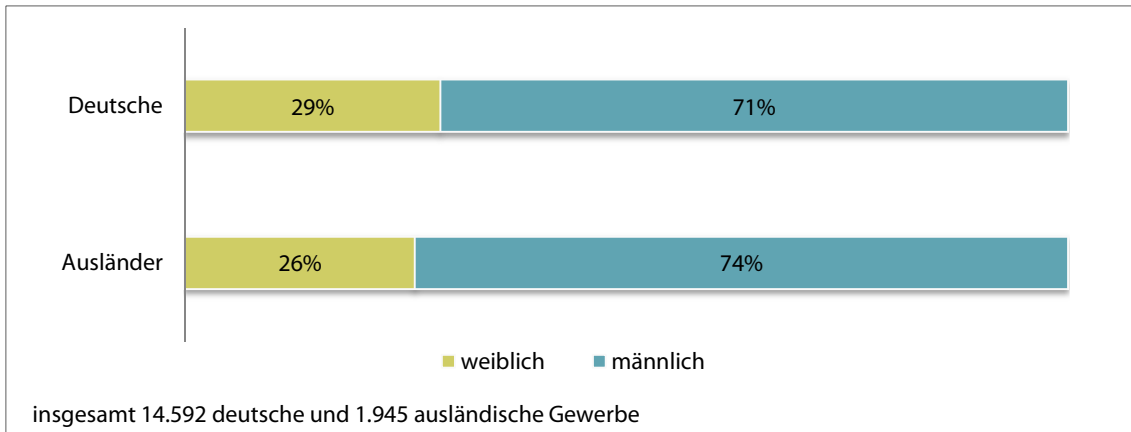


Abb. 8: Vergleich deutscher und ausländischer Gewerbe in Braunschweig nach Geschlecht am 30.06.2014 (Quelle: Stadt Braunschweig, Fachbereich Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit, Abteilung Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten, eigene Berechnungen)

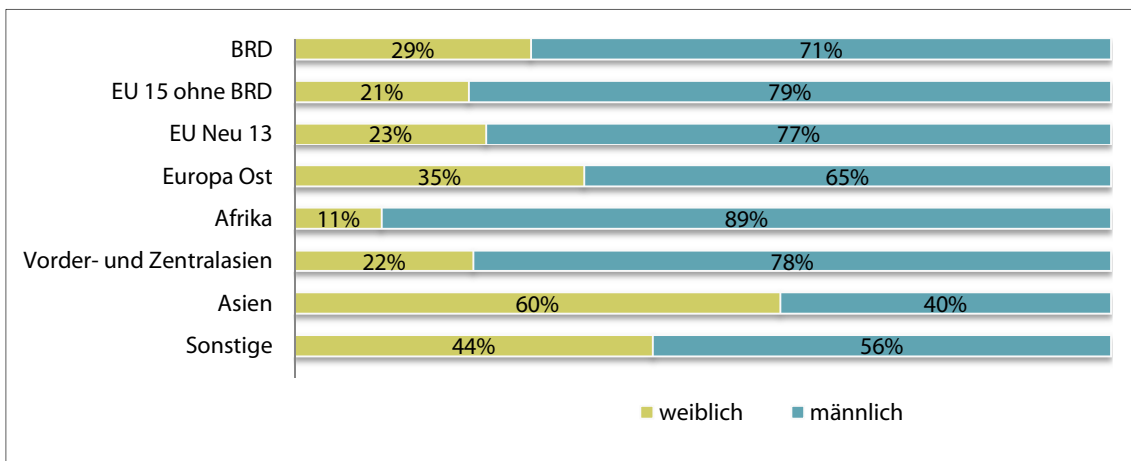


Abb. 9: Vergleich von Gewerben in Braunschweig nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (gruppiert) am 30.06.2014 (Quelle: Stadt Braunschweig, Fachbereich Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit, Abteilung Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten, eigene Berechnungen)

In Rostock waren zum Stichtag 30. Juni 2014 insgesamt 14.359 Betriebe als aktiv gemeldet (vgl. Abb. 10). 808 dieser Betriebe wurden von Personen mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft geführt, was einem Anteil von 5,6 % entspricht. Sowohl die absolute Anzahl als auch der Anteil der von Ausländer_innen geführten Betriebe sind in Rostock damit weniger als halb so groß wie in Braunschweig. Die unter den ausländischen Unternehmer_innen am häufigsten vertretene Staatsangehörigkeitsgruppe ist „EU 15 ohne BRD“; 29 % aller von Ausländer_innen geführten Unternehmen, sind ihr zuzuordnen (vgl. Abb. 11). Es folgen die Staatsangehörigengruppen „EU Neu 13“ (die in Braunschweig am häufigsten vertretene Gruppe) sowie „Asien“, denen 24 % bzw. 19 % der von Ausländer_innen geführten Rostocker Betriebe zuzurechnen sind. Mit Blick auf die einzelnen Staatsbürgerschaften zeigt sich, dass Personen mit vietnamesischer Staatsbürgerschaft mit 128 Betrieben am häufigsten vertreten sind. Dies entspricht einem Anteil von 0,9% an allen gemeldeten Betrieben. Auf den Plätzen zwei und drei folgen die litauischen und die ukrainischen Unternehmer_innen mit 0,5 % bzw. 0,4 %.

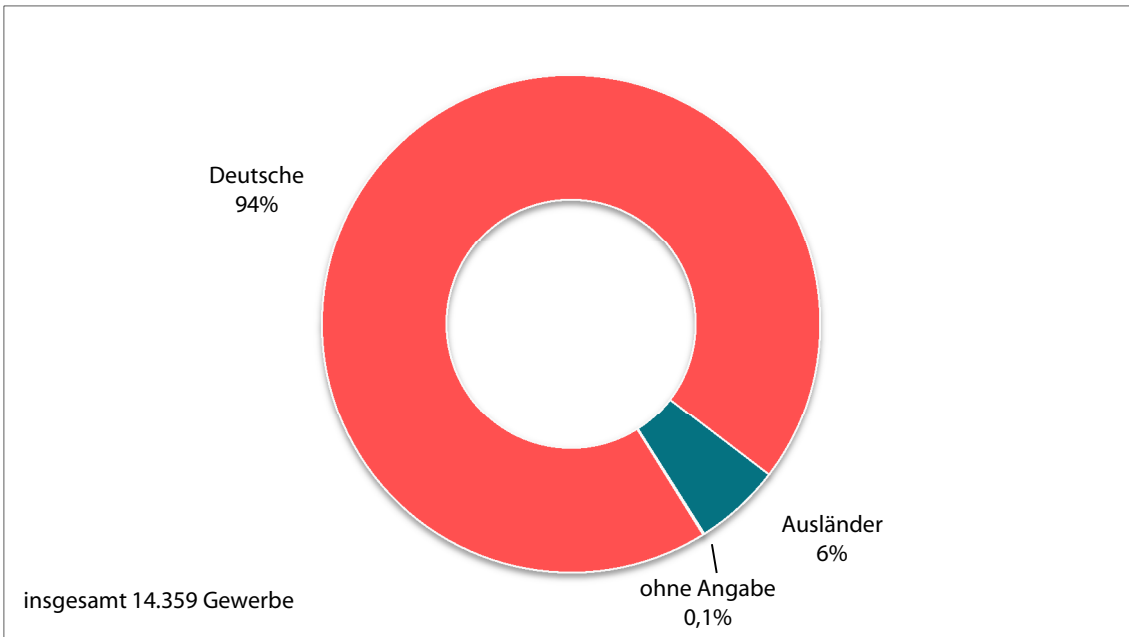


Abb. 10: Bestand aller aktiv gemeldeten deutschen und ausländischen Gewerbe in Rostock am 30.06.2014 (Quelle: Hansestadt Rostock, Stadtamt, Abt. Gewerbeangelegenheiten, eigene Berechnungen)

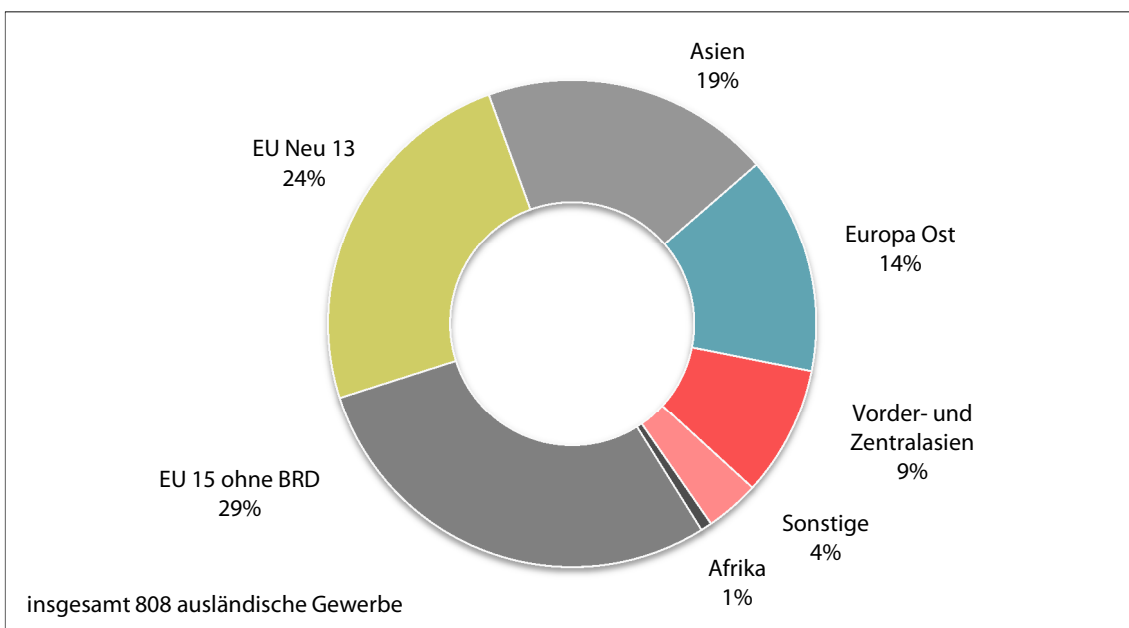


Abb. 11: Bestand aller aktiv gemeldeten ausländischen Gewerbe in Rostock nach Staatsangehörigkeit (gruppiert) am 30.06.2014 (Quelle: Hansestadt Rostock, Stadtamt, Abt. Gewerbeangelegenheiten, eigene Berechnungen)

In absoluten Zahlen finden sich die meisten der von Personen mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft geführten Betriebe wie in Braunschweig in den Wirtschaftszweigen „Sonstige“, „Handel“ und „Handwerk“ (vgl. Abb. 12). Auch hier ist wieder zu beachten, dass bei Angaben zur Branchenzugehörigkeit Mehrfachnennungen möglich waren.

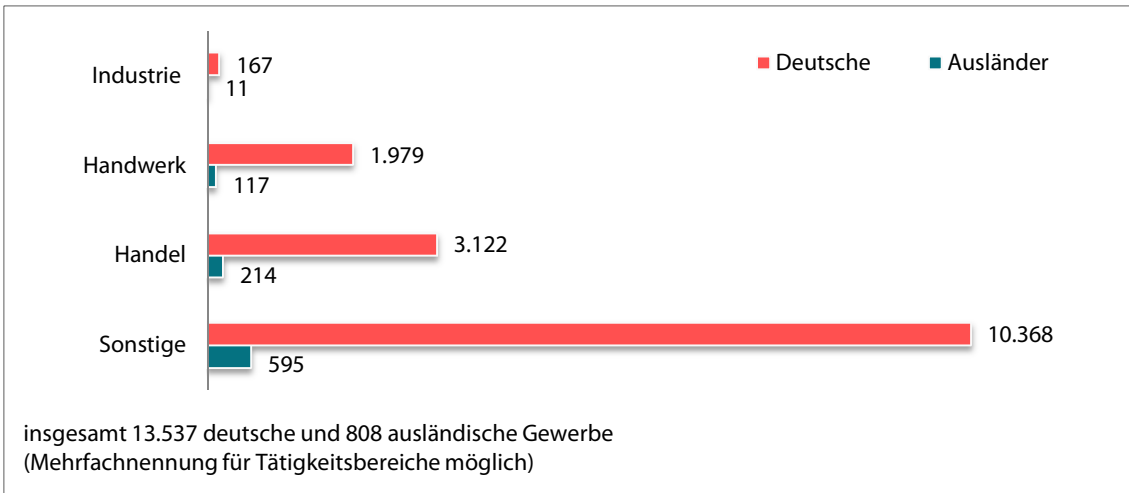


Abb. 12: Vergleich deutscher und ausländischer Gewerbe in Rostock in allen Tätigkeitsbereichen am 30.06.2014 (Quelle: Hansestadt Rostock, Stadtamt, Abt. Gewerbeangelegenheiten, eigene Berechnungen)

Die Anteile der von Ausländer_innen geführten Betriebe an allen Betrieben eines jeweiligen Wirtschaftszweigs liegen in Rostock ausnahmslos zwischen 5 % und 6 % und sind damit noch ausgeglichener als in Braunschweig (vgl. Abb. 13). Im „Handwerk“ ist wie in Braunschweig die Staatsangehörigkeitsgruppe „EU Neu 13“ mit 51 Fällen am häufigsten vertreten, was einem Anteil von 43,6 % an allen von Ausländer_innen geführten Betrieben in diesem Bereich entspricht. Im „Handel“ ist die Staatsangehörigkeitsgruppe „EU 15 ohne BRD“ am häufigsten vertreten; im Branchenbereich „Sonstige“ wiederum die Gruppe „EU Neu 13“, die mit 163 Fällen allerdings nur knapp vor der Gruppe „EU 15 ohne BRD“ (157 Fälle) liegt.

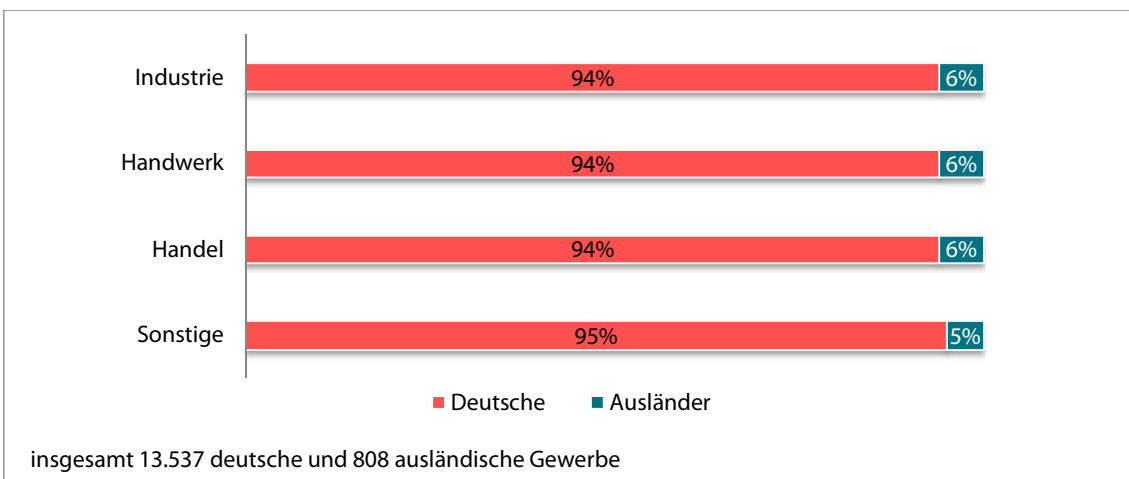


Abb. 13: Vergleich deutscher und ausländischer Gewerbe in Rostock in allen Tätigkeitsbereichen am 30.06.2014 (Quelle: Hansestadt Rostock, Stadtamt, Abt. Gewerbeangelegenheiten, eigene Berechnungen)

Ein Viertel der Personen mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft, die in Rostock einen Betrieb führen, sind Frauen (vgl. Abb. 14). Dieser Wert liegt nur ganz leicht unter demjenigen für die von deutschen Staatsbürger_innen geführten Betriebe, wo der Frauenanteil 27 % beträgt. Insbesondere unter den Personen aus „Europa Ost“ und „Asien“, die in Rostock einen Betrieb führen, finden sich viele Frauen (46 % bzw. 37 %; vgl. Abb. 15).

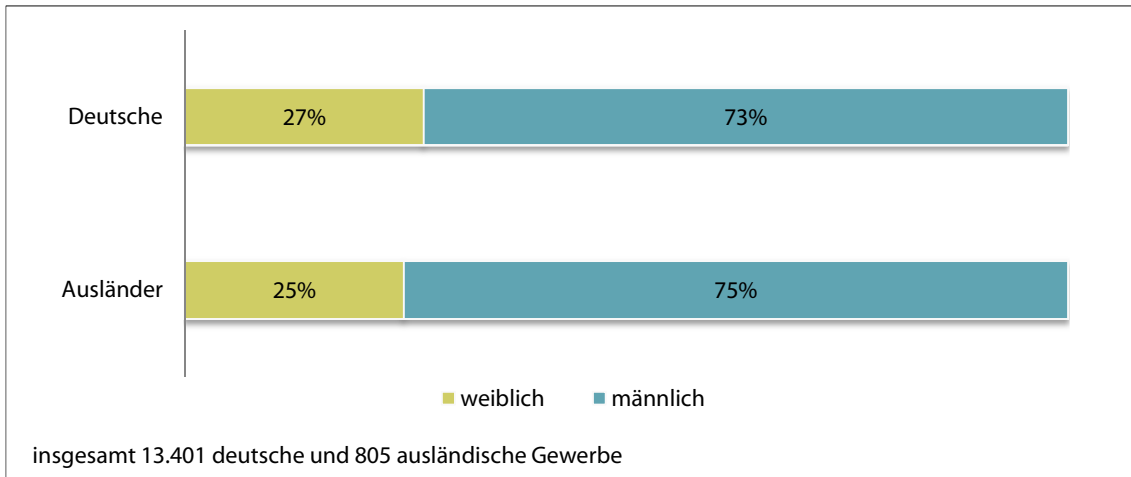


Abb. 14: Vergleich von deutschen und ausländischen Gewerben in Rostock nach Geschlecht am 30.06.2014 (Quelle: Hansestadt Rostock, Stadtamt, Abt. Gewerbeangelegenheiten, eigene Berechnungen)

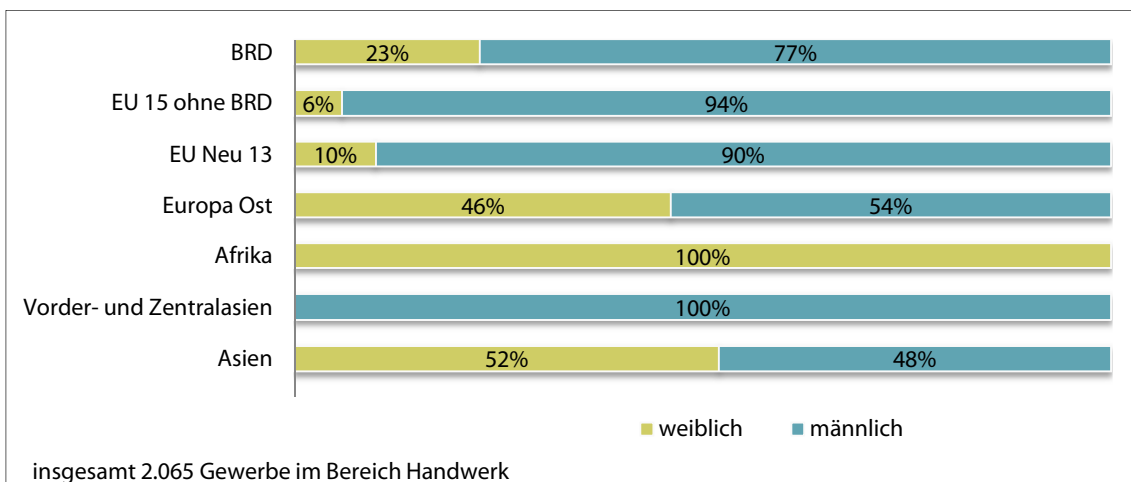


Abb. 15: Vergleich von Gewerben in Rostock nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (gruppiert) am 30.06.2014 (Quelle: Hansestadt Rostock, Stadtamt, Abt. Gewerbeangelegenheiten, eigene Berechnungen)

Zwischenfazit

Die statistische Sekundäranalyse zum Gewerbebestand und zur Gewerbedynamik in den beiden Fallstudienregionen bzw. Städten bringt folgende Trends zum Vorschein: Das Gründungs geschehen ausländischer Staatsangehöriger in der IHK-Region Braunschweig gleicht demjenigen auf Bundesebene. Die IHK-Region Rostock liegt mit einem Anteil von 11 % ausländischer Gewerbebeanmeldungen dagegen deutlich unter diesen Werten. Die größte Gruppe von ausländischen Staatsangehörigen, die ein Gewerbe anmeldeten, stammte in beiden Region aus der Ländergruppe „EU 13 Neu“. Personen dieser Staatsangehörigkeitsgruppe gründeten insbesondere im „Baugewerbe“.

Der Anteil der von Ausländer_innen geführten Gewerbebetriebe am Gesamtbestand aller gemeldeten Betriebe betrug zum Stichtag 30. Juni 2014 in der Stadt Rostock 5,6 % und in der Stadt Braunschweig 11,2 %. Aufgeschlüsselt nach Staatsangehörigkeit werden die meisten Gewerbe von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Rostock von Vietnames_innen und in Braunschweig von Pol_innen betrieben. Dies spiegelt tendenziell die in Kapitel 4 beschriebenen Migrationsgeschichten der beiden Städte bzw. Regionen wider. In absoluten Zahlen sind die meisten von nicht-deutschen Staatsbürger_innen geführten Betriebe in beiden Städten im Branchenbereich „Sonstige“ zu finden.

Während die hier vorgenommene Auswertung von Statistiken als erste Annäherung an Struktur und Dynamik der migrantischen Ökonomien in den beiden Fallstudienregionen verstanden werden kann, müssen zugleich die Einschränkungen ihrer Aussagekraft betont werden. Dazu zählt zunächst der für diese Analyse vorgenommene Zuschnitt der Daten der Gewerbeanzeigenstatistik auf die Anforderungen des Projekts, dessentwegen die dargestellten Zahlen einen Vergleich mit anderen Raumeinheiten nur in eingeschränktem Maße erlauben. Erschwerend kommt hinzu, dass in anderen Studien nicht offengelegt wird, ob im Zuge der sekundärstatistischen Auswertungen nicht in ähnlicher Weise eine Datenanpassung vorgenommen wurde.

Zudem muss erneut auf die vergleichsweise geringe Aussagekraft statistischer Analysen zu migrantischen Ökonomien hingewiesen werden, die sich allein aufgrund der Tatsache ergibt, dass in den Gewerbebestands- und Gewerbeanzeigenstatistiken Unternehmerinnen und Unternehmer nur nach Staatsangehörigkeit und nicht nach biographischen Merkmalen unterschieden werden. Wie bereits angesprochen, kann dadurch nur ein Teil der Zuwanderer_innen in den Fallstudienregionen berücksichtigt werden, die transnationalen Lebens- und Unternehmensrealitäten werden jedoch keineswegs adäquat nachgezeichnet. Als schwierig erweist sich zudem die Art und Weise der Klassifikation nach Wirtschaftszweigen in der Gewerbebestandsstatistik. Hier ist insbesondere die Kategorie „Sonstige“ nicht aussagekräftig.

6 Kommunale Unterstützungsstrukturen und -maßnahmen

Zusammenfassung

- Für das Feld der migrantischen Ökonomie in den IHK-Regionen Braunschweig und Rostock sind diverse lokalpolitische Akteure aus den Bereichen Staat, Markt und Zivilgesellschaft relevant. Die lokalpolitischen Akteure sind in ihrem Handeln in Mehrebenen-Prozesse eingebunden.
- Bei der Unterscheidung von Maßnahmen zur Förderung und Beratung migrantischer Unternehmer_innen und Existenzgründer_innen kann zwischen vier übergeordneten Ausrichtungen unterschieden werden: (1) einer allgemeinen diskursiven Programmatik, (2) institutionenbezogenen Programmatiken und Maßnahmen, (3) Maßnahmen zur Verbesserung des lokalen Umfelds sowie (4) Maßnahmen zur individuellen Förderung von migrantischen Unternehmer_innen und Existenzgründer_innen.
- Zwar gibt es durchaus ein generelles Bekenntnis zum Potential migrantischer Ökonomien sowie Maßnahmen zu deren Förderung. Es kann für die vorliegenden Fallstudienregionen jedoch entgegen anderen Studien nicht bestätigt werden, dass die Förderung migrantischer Existenzgründungen in den Mittelpunkt arbeitsmarktpolitischer Bestrebungen gerückt ist.

Dieses Kapitel betrachtet migrantische Ökonomien als lokalpolitisches Themenfeld. Es wird dargestellt, welche Personen und Organisationen im Feld der migrantischen Ökonomie in den IHK-Regionen Rostock und Braunschweig relevant sind (Unterstützungsstrukturen) und welche Programme und Initiativen zur Förderung migrantischer Unternehmer_innen existieren (Unterstützungsmaßnahmen).

Personen und Organisationen

Die Relevanz, die spezifische Personen und Institutionen für die Politikfelder „Wirtschaft“, „Stadtentwicklung“ und „Integration“ im Allgemeinen und für das Feld „migrantische Ökonomie“ im Besonderen haben, unterscheidet sich. So gibt es zum einen lokalpolitische Akteure, die unzweifelhaft für migrantische Ökonomien relevant sind – beispielsweise Integrationsbeauftragte oder Willkommensagenturen. Zum anderen gibt es Akteure, die für migrantische Ökonomien potentiell relevant werden können, wie z.B. die kommunalen Stadtentwicklungsreferate oder Planungsämter. Unterschieden werden können diese Akteure auch danach, ob sie sich aufgrund eines öffentlich-rechtlichen Auftrags mit migrantischen Selbstständigen beschäftigen (z.B. als Teil der Arbeitsmarktverwaltung) oder ob sie sich aufgrund anderer Faktoren (z.B. aufgrund persönlichen Engagements oder der Mitwirkung in einem EU-Projekt) engagieren. Bei der Beschreibung der Akteure ist also auch deren Grad der Einbindung relevant: Dieser reicht von der

Bereitstellung konkreter Unterstützungsangebote bis zum lediglich verbalen Bekenntnis zu Migration als wichtiger Ressource der Stadtentwicklung.

Die Verzahnung der verschiedenen Akteure, die in der einen oder anderen Weise für migrantische Ökonomien relevant sind bzw. sein können, sowie der mit diesen Akteuren assoziierten Politikfelder ist ausschlaggebend dafür, ob sich Migration unter dem spezifischen Fokus von Selbstständigkeit als Querschnittsaufgabe entwickelt. Akteure und Institutionen, die aus aufenthaltsrechtlicher und arbeitsmarktpolitischer Perspektive einen Einfluss auf migrantische Ökonomien haben (z.B. Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter, „Ausländerbehörden“, BAMF), sollen im Folgenden ebenso wenig im Vordergrund stehen wie Einrichtungen der intermediären Ebene wie etwa Steuerberatungsbüros und Banken.

Kommunale/(lokal)staatliche Akteure

Sowohl in Braunschweig als auch in Rostock ist das Thema der migrantischen Ökonomien derzeit in politischen Kontexten eher schwach vertreten. Das gilt für die Kommunalparlamente (Bürgerschaft, Stadtrat) und ihre Ausschüsse ebenso wie für die Parteien. Anfragen bei den Parteien bestätigten, dass diese sich kaum mit dem spezifischen Gegenstand „migrantische Ökonomien“ beschäftigen, auch wenn damit verbunden Themen wie Selbstständigkeit durchaus von allgemeinem Interesse sind und in Arbeitskreisen besprochen werden. Das heißt allerdings nicht, dass sich nicht einzelne Mitglieder im Themenfeld der migrantischen Ökonomien engagieren und dort teilweise eine ausgeprägte Expertise aufweisen. Innerhalb des Braunschweiger „Ausschusses für Integrationsfragen“ wurden migrantische Ökonomien zeitweise stärker diskutiert und einzelne Mitglieder waren oder sind selbst als migrantische Unternehmer_innen tätig. Innerhalb der beiden Kommunalverwaltungen gibt es die Referate, Büros oder Ämter für Migration, Integration oder Stadtentwicklung, die sich (sporadisch) mit migrantischen Ökonomien/migrantischer Selbstständigkeit beschäftigen oder zumindest potentiell beschäftigen könnten. Zu diesen lokalpolitischen Akteuren können auch die diversen – teilweise in privatrechtlicher Form als Private Public Partnership organisierten – Gesellschaften hinzugerechnet werden, die Stadt- und Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung oder Gründungsberatung betreiben. Auch in deren Kontext wird die spezifische Thematik der migrantischen Ökonomien/Selbstständigkeit zumindest zeitweise aufgegriffen. Dabei ist das Thema in der „Braunschweig Zukunft“ noch stärker verankert als bei „Rostock Business“, bedingt durch strukturelle Rahmenbedingungen und tatsächliche Bedarfe. Rostock und Braunschweig weisen damit im Hinblick auf die kommunalen/(lokal)staatlichen Akteure, die tatsächlich oder potentiell mit migrantischen Ökonomien befasst sind, gewisse, aber keine grundlegenden Unterschiede auf. In beiden Fällen ist jeweils erst im Einzelfall ersichtlich, ob die Befassung mit migrantischen Ökonomien primär im Hinblick auf Fragen der Integration oder eher der Wirtschaftsförderung erfolgt.

Wirtschaftliche Akteure

Innerhalb der Gruppe der wirtschaftlichen Akteure (Kammern, Wirtschafts- und Interessenverbände, Einzelunternehmen bzw. -unternehmer_innen) sind zunächst die Industrie- und Handels- sowie die Handwerkskammern hervorzuheben. Beide engagieren sich in den Themenfel-

dern Stadt- und Regionalentwicklung sowie Selbstständigkeit – die Gründungsberatung gehört zu ihrem gesetzlichen Auftrag. Eine ausdrückliche Fokussierung auf den Bereich der migrantischen Ökonomien findet dabei jedoch nur in Ausnahmefällen statt, da sich wegen des Gleichbehandlungsgrundsatzes eine zielgruppenspezifische Gründungsberatung oder -förderung durch die Kammern grundsätzlich verbietet (Nuissl & Schmiz 2013). Allerdings ist nicht ganz eindeutig zu bestimmen, ob eine Sonderförderung migrantischer Ökonomien ausdrücklich ‚verboten‘ ist oder ob diesbezüglich bestimmte Frei- und Interpretationsspielräume bestehen. Es ist für IHKs beispielsweise erkennbar, dass die Unterstützung für Gründer_innen mit Migrationshintergrund nicht zuletzt vom individuellen Engagement einzelner Mitarbeiter_innen und deren Ausdeutung ihres institutionellen/beruflichen Auftrags abhängig ist. Insofern ist festzuhalten, dass eine Diskrepanz zwischen der IHK als kollektivem Akteur und einzelnen Mitarbeiter_innen besteht. Neben den beiden Kammern gibt es weitere Wirtschafts- bzw. Interessenverbände, die jedoch für den Bereich der migrantischen Ökonomien meist weniger relevant sind. Allerdings existieren sowohl in Braunschweig als auch in Rostock einige migrantische Unternehmer_innen, die selbst migrantische Existenzgründungen begleiten und die darüber hinaus generell für die lokalen Debatten in diesem Feld mit wichtig sind. Zum Beispiel ist ein Vertreter des „Bunds Türkisch-Europäischer UnternehmerInnen“ (BTEU) in Braunschweig äußerst aktiv. Es hat sich jedoch in diversen Interviews bestätigt, dass Kleinst- und Kleinbetriebe kaum in ‚offizielle‘ Programme bzw. Akteurskonstellationen involviert sind.

Zivilgesellschaftliche Akteure

Die zivilgesellschaftlichen Akteure (z.B. MSO, Vereine, Wissenschaft, Wohlfahrt) sind vor allem im Bereich der Integrationspolitik aktiv. Diese Akteursgruppe ist relativ stark ausdifferenziert und schwer zu überschauen. Dies gilt insbesondere für Braunschweig, da zum Beispiel die Zahl der MSO mit 80 dort deutlich höher ist als in Rostock. Inhaltlich verfolgen die für die hier betrachtete Thematik relevanten Organisationen und Einrichtungen, die der Gruppe der zivilgesellschaftlichen Akteure zuzurechnen sind, unterschiedliche Zielsetzungen, beschäftigten sich im Rahmen einzelner Projekte aber durchaus mit dem spezifischen Thema der migrantischen Ökonomie. Beispielhaft sei hier der Rostocker Verein „migra“ genannt, der sich auch im breiteren Themenfeld der Integration in den Arbeitsmarkt als Schaltstelle zwischen diversen Arbeitsmarktakteuren hervorhebt. Die verschiedenen Akteure arbeiten teils innerhalb bestimmter Projekte zusammen, teils unabhängig voneinander. Es gibt einzelne Personen, die besonders präsent sind, indem sie sich für Migrant_innen im Allgemeinen und deren Arbeitsmarktintegration im Besonderen in den hier betrachteten lokalpolitischen Kontexten in besonderem Maße engagieren.

Auch nicht eindeutig einzuordnende Akteure (z.B. Existenzgründungs- und Weiterbildungseinrichtungen, Bildungsträger) besitzen einen relativ hohen Stellenwert für die Förderung migrantischer Selbstständigkeit. In der Rostocker Region ist beispielsweise das „Bildungswerk der Wirtschaft“ sehr aktiv gewesen. In Braunschweig gibt es ähnliche Einrichtungen, die aber offenbar nicht die gleiche Bedeutung für die Selbstständigkeit von Migrant_innen besitzen. Dagegen spielt die Braunschweiger Volkshochschule (VHS) eine wesentliche Rolle im Bereich „Migration und Arbeitsmarkt“. Sie bietet u.a. diverse berufsbezogene Deutschkurse an und arbeitet – wenn

auch nicht mit einem ausdrücklichen Ziel, unternehmerische Selbstständigkeit zu unterstützen – an der Schnittstelle von Kommune, Unternehmen und Personen mit Migrationshintergrund.

Programme und Politikinhalt: Migrantische Ökonomie als lokales Themenfeld?

Das Thema der migrantischen Ökonomie im lokalpolitischen Kontext ist eingebettet in Diskussionen zu „Migration und Arbeitsmarkt“. Sowohl in der IHK-Region Rostock als auch in der IHK-Region Braunschweig werden unter diesem Fokus derzeit der sogenannte Fachkräftemangel, die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, der Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete, die Besetzung von Ausbildungsplätzen, die Schaffung einer Willkommenskultur und die Kommune als Arbeitgeberin (als „Spiegel einer vielfältigen Gesellschaft“) thematisiert. Dass daneben noch andere Themen relevant sind – wie etwa der Arbeitsmarktzugang für schon länger in der BRD lebende Personen mit Migrationshintergrund, die Sprachförderung, die interkulturelle Öffnung bestehender Institutionen oder die Verzahnung unterschiedlicher Qualifikationsangebote (vgl. Bartelheimer & Pagels 2009: 474-482) – sei an dieser Stelle ausgeklammert. Weitgehend unberücksichtigt bleiben im Folgenden auch die kommunalen Pflichtaufgaben, die Städte und Gemeinden im föderalen System der BRD erfüllen müssen. Es soll zudem darauf hingewiesen werden, dass das Themenfeld „Migration und Arbeitsmarkt“ – obwohl es nach außen offensiv und positiv „verkauft“ wird – in der kommunalpolitischen Praxis nicht unumstritten ist. Insgesamt kann festgehalten werden, dass die migrantische Selbstständigkeit noch immer ein eher randständiges Thema in lokalpolitischen Debatten in Deutschland darstellt.

Im Folgenden werden einige der politischen Programme und Maßnahmen aus den IHK-Regionen Braunschweig und Rostock vorgestellt, die sich der Unterstützung migrantischer Selbstständiger widmen. Auf der Grundlage der Auswertung verschiedener empirischer und konzeptioneller Studien zur Förderung migrantischer Ökonomien auf lokaler Ebene wird dabei zwischen vier übergeordneten Ausrichtungen der Förderung und Beratung von migrantischen Selbstständigen und Existenzgründer_innen durch (lokal)staatliche/öffentliche, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure unterschieden: (1) allgemeine „diskursive Programmatik“, (2) institutionenorientierte Programmatik/Maßnahmen, (3) Maßnahmen zur Verbesserung des lokalen Umfelds („Business Environment“) und (4) Maßnahmen zur individuellen Förderung von Unternehmer_innen bzw. Existenzgründer_innen (nach: Di Bella 2013; Landeshauptstadt München 2015; Rath & Eurofound 2011; Reimann & Schuleri-Hartje 2009; Schuleri-Hartje et al. 2005; SVR 2010).

Neben den vier genannten Zielrichtungen von Förderpolitiken sei noch auf folgende zwei Aspekte im Detail verwiesen: (1) Basierend auf der mit dem „Mixed-Embeddedness“-Konzept etablierten Einsicht, dass individuelle und strukturelle Ressourcen migrantischer Unternehmer_innen gleichermaßen relevant sind, ist zwischen förderpolitischen Inhalten und Maßnahmen, die sich auf die „personal capability“ und solchen die sich auf das „business environment“ richten, zu unterscheiden (Rath & Eurofound 2011: vii-viii). Strukturelle Rahmenbedingungen des „business environment“ wie etwa die allgemeine wirtschaftliche Lage oder ausländerrechtliche Regelungen werden fast ausschließlich auf überlokalen Ebenen festgelegt. Sie können damit

weniger durch lokalpolitische Aktivitäten beeinflusst werden als die „personal capability“ (Rath & Eurofound 2011: 93). (2) Entscheidend ist außerdem, ob Instrumente und Maßnahmen zielgruppenspezifisch ausgestaltet sind oder nicht. Wie eine passgenaue Gründungsberatung für Personen mit Migrationshintergrund aussehen und ob Regel- oder Sonderförderungen bevorzugt werden sollten, ist in Praxis und Wissenschaft umstritten und letztlich wohl auch nur normativ zu beantworten (vgl. z.B. Hussein de Araújo & Weber 2014: 377-378; Nuissl & Schmitz 2013: 190). Dies wird durch die politische Praxis in den Fallstudienstädten deutlich. So haben auch die interviewten Personen hierzu geteilte Meinungen, äußern die Sorge vor positiver Diskriminierung oder verweisen darauf, dass die Bereitstellung spezifischer Angebote nicht zu ihrem eigentlichen Tätigkeitsfeld gehöre. Trotzdem gibt es in Braunschweig und Rostock spezifische Maßnahmen für migrantische Unternehmer_innen, von denen einige beispielhaft vorgestellt werden. Im Übrigen zeigte sich, dass manche dieser spezifischen Angebote, die Teil breiter gefasster Arbeitsmarktprojekte sind, nicht durch eine Internetrecherche, Strategiepapiere oder sonstige Broschüren, sondern nur durch persönlich übermittelte Informationen identifizierbar sind.

(1) Allgemeine diskursive Programmatik

Kommunale Schlüsselakteure sprechen dem Thema der migrantischen Selbstständigkeit zwar eine gewisse Relevanz nicht ab oder betonen sogar seine Bedeutung für die Stadt- und Regionalentwicklung. Im lokalpolitischen Diskurs findet das Thema aber weniger Aufmerksamkeit. Einige Beispiele lassen sich jedoch finden. So nehmen die kommunalen Integrationskonzepte Rostocks und Braunschweigs explizit auf migrantische Selbstständigkeit Bezug und nennen als Teilziel im Bereich „Qualifizierung und Arbeitsmarkt“ die Erhöhung der Anzahl migrantischer Existenzgründungen (Stadt Braunschweig 2008; Hansestadt Rostock 2014). In Rostock gab es außerdem Fotoausstellungen zum Thema „Migration und Arbeit“, die nicht zuletzt migrantische Selbstständige portraitierten. Zentrale lokalpolitische Akteure wie der „Migrantenrat Rostock“ haben das Thema bisher jedoch nicht – oder nur bedingt – auf ihre Agenda gesetzt. Diese relative Abwesenheit im kommunalpolitischen Diskurs bzw. in der ‚diskursiven Programmatik‘ steht keineswegs im Widerspruch zum generellen Bekenntnis zur Bedeutung der migrantischen Selbstständigkeit für die Stadt- und Regionalentwicklung, das von Schlüsselakteuren aus Wirtschaft und Integration vor Ort abgegeben wird. Vielmehr betonen diese Akteure meist, dass das Thema derzeit zwar eher von nachrangiger Bedeutung für die Region ist, zukünftig aber aller Voraussicht nach an Bedeutung gewinnen wird.

(2) Institutionenorientierte Programmatik/Maßnahmen

Zunächst lässt sich festhalten, dass es derzeit kaum eine Einrichtung gibt, die ausdrücklich darauf abzielt, Existenzgründungswillige mit Migrationshintergrund oder ausländische Unternehmen (als spezifische Zielgruppe) zu fördern. Dies bedeutet nicht, dass Personen mit Migrationshintergrund nicht schon von einem „interkulturellen Leitbild“ profitieren können, das sich manche Einrichtungen gegeben haben, ohne speziell migrantische Unternehmer_innen anzusprechen.

Auf kommunaler Ebene aktive Akteure wie die Jobcenter und die Bundesagentur für Arbeit übernehmen im Bereich „Selbstständigkeit“ Pflichtaufgaben, besitzen aber auch Gestaltungsspielraum. In Braunschweig war insbesondere das Sozialreferat (Abteilung Sozialplanung und Büro für Migrationsfragen) der Stadt in diesem Bereich aktiv, beteiligt sich an entsprechenden Projekten und bemüht sich um Kooperationen mit unterschiedlichen Akteuren, um das Umfeld für migrantische Unternehmensgründungen zu verbessern. Insbesondere arbeitet das Sozialreferat verstärkt mit der Wirtschaftsförderung („Braunschweig Zukunft“) zusammen, die sich ihrerseits bemüht, sich interkulturell aufzustellen, indem beispielsweise Beratungsangebote gezielt in migrantischen Communities bzw. spezifischen Netzwerken publik gemacht werden. Relevant sind für Braunschweig und Rostock auch einzelne Unternehmer_innen oder Unternehmensberater_innen, die sich im Feld der migrantischen Ökonomien engagieren – etwa indem sie Lobbyarbeit bei der Stadt und bei Förderinstitutionen betreiben oder mit der IHK kooperieren.

Wirtschaftliche Akteure wie beispielsweise IHKs und HWKs haben die Zielgruppe der migrantischen Unternehmer_innen durchaus im Blick, ohne jedoch in ihren Regelstrukturen Angebote für diese Zielgruppe zu verankern. Dies wäre aufgrund des „Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes“ (AGG) grundsätzlich auch problematisch. Die IHK Rostock war durchaus daran interessiert, mit Akteuren der migrantischen Ökonomien zu kooperieren, zum Beispiel im Rahmen der regelmäßig stattfindenden migrantischen Unternehmer_innen-Stammtische des Vereins „migra“. Die IHK Braunschweig verweist auf ihrer Internetseite sogar explizit auf Migrant_innen als Zielgruppe der Gründungsberatung und nahm an einem Projekt zur Schulung der „Interkulturellen Kompetenzen“ für Gründungsberater_innen teil. Im Rahmen eines EU-Projekts erprobte die HWK Braunschweig neue Formen des „Outreaching“ und schaltete Werbeanzeigen in einer einschlägigen Zeitung („Basar“), um auf das Thema „Nachfolgemoderation in Handwerksunternehmen“ bei Personen mit Migrationshintergrund aufmerksam zu machen.

Zivilgesellschaftliche Akteure, die sich mit migrantischer Selbstständigkeit beschäftigen wie z.B. der Rostocker Verein „migra“, verfolgen in diesem Rahmen unterschiedliche Zielrichtungen. „migra“ etwa ist grundsätzlich daran interessiert, sein Wissen über migrantische Selbstständigkeit zu erhöhen und auch dann aktiv zu werden, wenn Bedarfe von der Zielgruppe selbst geäußert werden, d.h. Kontakte zu knüpfen, Fachwissen bereitzustellen und Informationen zu verbreiten. Auf Initiative von „migra“ fand im Rahmen des IQ-Netzwerks im Jahr 2014 in Rostock ein „Strategieworkshop mit beruflichen Berater_innen/Anerkennungsberater_innen sowie Akteur_innen im Handlungsfeld Existenzgründung“ statt. Nicht eindeutig einer Akteursgruppe zuzuordnen, aber im Hinblick auf migrantisches Unternehmertum ebenfalls relevant sind verschiedene Bildungsträger und Vereine. Akteure dieses Typs sind in Rostock scheinbar aktiver als in Braunschweig. So bemühte sich das Rostocker „Bildungswerk der Wirtschaft GmbH“ viele Jahre um die Förderung und Begleitung von migrantischen Unternehmer_innen und kooperierte zu diesem Zweck mit zivilgesellschaftlichen Vereinen.

Eine gezielte Initiative zur Sensibilisierung von Mitarbeiter_innen von Gründungs- und Wirtschaftsförderungsinstitutionen wurde durch die Wirtschaftsförderung der Stadt Hannover „hannoverimpuls GmbH“ und dabei insbesondere durch deren Sektion „Gründungsberatung Interkulturell“ in den Jahren 2010 und 2011 in Kooperation mit der Stadt Braunschweig durch-

geführt. Das Projekt zielte darauf ab, den Gründungsberater_innen „interkulturelle Kompetenz“ zu vermitteln und darüber hinaus bestehende Existenzgründungsnetzwerke generell für Aspekte der „interkulturellen Zusammenarbeit“ zu sensibilisieren. Zudem sollte Migrant_innen verständlich vermittelt werden, wie Gründungsprozesse in Deutschland ablaufen. Hinter diesen Maßnahmen stand die Absicht, Gründungspotenziale von Migrant_innen zu fördern und für lokale Entwicklungen zu nutzen

(3) Maßnahmen zur Verbesserung des lokalen Umfelds („Business Environment“)

Sowohl in Rostock als auch in Braunschweig gibt es einige Fördermaßnahmen, die auf die Verbesserung des lokalen Unternehmensumfelds zielen – einige davon mit besonders interessanten Formaten. Zunächst muss für die IHK-Region Rostock die Rolle der „IntegrationsFach-DiensteMigration“ (IFDM) hervorgehoben werden, die seit Jahren als Schaltstelle diverse Akteure der kommunalen Arbeitsmarktverwaltung miteinander verzahnen und z.B. im Auftrag des Jobcenters individuelle „Kompetenzfeststellungsverfahren“ durchführen. In beiden Städten existieren akkreditierte Mikrofinanzinstitute, die sich allgemein an Existenzgründer_innen und kleine Unternehmen wenden. In Braunschweig wurde in der jüngeren Vergangenheit das Projekt „Ausländische Selbstständige bilden aus“ durchgeführt, und ein weiteres Modellprojekt zielte u.a. auf die „Förderung der Existenzgründungen bei Migranten“. In Rostock war bei einem Verein lange Zeit eine „Beratungsstelle für ausländische Kleintunternehmerinnen und -unternehmer“ angesiedelt.

Aus den Interviews wurde deutlich, dass Vertreter_innen der Lokalpolitik in beiden Städten die allgemeine Förderung der Existenzgründung auch als Chance sehen, migrantische Unternehmen stärker in die Stadt- und Regionalentwicklung einzubinden. Abgesehen davon finden migrantische Ökonomien allerdings kaum Eingang in stadtplanerische Programme und Maßnahmen – etwa im Bereich der Innenstadtrevitalisierung. In Rostock wurden Kleinbetriebe lediglich ganz allgemein über das (ESF- bzw. BMFSFJ-geförderte) LOS-Programm bzw. dessen Nachfolgeprogramm „Stärken vor Ort“ finanziell unterstützt, dessen Ziel neben der Förderung sozial integrativer Mikroprojekte auch die Förderung von Arbeitsmarktintegration und Existenzgründungen ist. Auch in Braunschweig nahm man migrantische Selbstständige im Stadtteil Westliches Ringgebiet über das LOS-Programm mit in den Blick. Allerdings zielte das Programm in Braunschweig nicht explizit auf die Förderung der lokalen Ökonomie ab. Dafür wurde es ansatzweise mit dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ koordiniert, was – auch mit Blick auf migrantische Selbstständige – eine verbesserte Zielgruppenansprache ermöglichte.

Ein weiteres, besonders zu erwähnendes Angebot stellt die in der IHK-Region Braunschweig herausgegebene Zeitschrift „Basar“ dar, zu deren Zielgruppe explizit auch Personen mit Migrationshintergrund gehören. Unter dem Motto „Wir Leben Vielfalt!“ erscheint sie alle zwei Monate als Print-Ausgabe und ist auch online verfügbar. Sie informiert rund um die Themen Bildung, Arbeit und Selbstständigkeit. Ihre „Philosophie“ beschreiben die Herausgeber_innen wie folgt:

„Dabei setzten wir den Fokus auf das Thema Vielfalt in der Arbeitswelt. Erfahrungen und Beiträge zu diesem Thema werden bisher noch nicht ausreichend in der Öffentlichkeit diskutiert. Eine gelungene berufliche Integration in den Arbeitsmarkt erfordert aber auch Eigeninitiative.“

Deshalb berichten wir über Projekte und Ideen, die zu einer gelungenen beruflichen Integration von Menschen führen. Das kann der erste Arbeitsmarkt, die Existenzgründung, oder eine Fort- und Weiterbildung sein. Berichte über gescheiterte Unternehmungen gehören für uns unbedingt dazu.“ (intEx e.V. o.J.)

(4) Maßnahmen zur individuellen Förderung von Unternehmer_innen bzw. Existenzgründer_innen

Grundsätzlich kann konstatiert werden, dass die Gründer_innenszenen in den IHK-Regionen Rostock und Braunschweig für potentielle und etablierte Unternehmer_innen gut ausgebaut sind. Dies legen zumindest die Einschätzungen der befragten Expert_innen nahe. Auf dem Markt für personenbezogene Beratungen und Fortbildungen sind ganz unterschiedliche private und öffentliche Akteure aktiv. Wie tief die einzelnen Maßnahmen dann jeweils gehen, ob z.B. Einrichtungen nur eine Lotsenfunktion übernehmen oder als Schaltstellen fungieren, kann an dieser Stelle allerdings nicht geklärt werden.

Auch bei personenbezogenen Maßnahmen treten in beiden Städten die Jobcenter und die Bundesagentur für Arbeit als kommunale Akteure auf. Sie geben z.B. Bildungsgutscheine aus, führen Existenzgründungskurse durch und stellen darüber hinaus finanzielle Ressourcen für Neugründer_innen in Form eines Gründungszuschusses zur Verfügung (vgl. z.B. ism 2012; Bundesagentur für Arbeit 2017). Eine noch wichtigere Rolle spielen allerdings wirtschaftliche Akteure, insbesondere die IHKs, auch wenn sie keine spezifischen Angebote an migrantische Gründer_innen richten. Wie auf der Homepage der IHK Rostock angemerkt wird, ist die IHK darüber hinaus daran beteiligt, im Auftrag der Ausländerbehörde des Landkreises bzw. der Gemeinde zu prüfen, inwiefern Ausländer_innen aus Nicht-EU-Staaten die Erlaubnis zur Öffnung eines Gewerbes erhalten. Entscheidend ist hier u.a, dass ein „übergeordnetes wirtschaftliches Interesse“ oder ein „besonderes örtliches Interesse“ am geplanten Gewerbe bestehen sollen (IHK zu Rostock o.J.).

Die IHK Braunschweig stellt fremdsprachige Informationsbroschüren für Existenzgründer_innen zur Verfügung. Sonstige Wirtschaftsfördergesellschaften wie etwa die „Allianz für die Region“ oder „Braunschweig Zukunft“ bieten zudem kostenlose Beratungen an und vermitteln ratsuchende Gewerbetreibende auch an andere Einrichtungen wie spezialisierte Beratungsunternehmen.

Hinsichtlich der personenbezogenen Maßnahmen für migrantische Unternehmer_innen sind schließlich auch Unternehmens- und Gründungsberater_innen mit eigenem Migrationshintergrund – selbst wenn sie keine spezifischen Angebote für Migrant_innen unterbreiten – von Bedeutung, z.B., weil sie informell als Ansprechpartner_in dienen. Ebenso sind Weiterbildungsträger relevant. Der Rostocker Verein „Link & Virtus e.V.“ etwa hatte spezielle Existenzgründungskurse für Migrant_innen im Angebot, die nach eigenen Angaben in Kooperation mit „migra“ entwickelt worden waren. Jedoch wurden diese Kurse kaum frequentiert und werden daher derzeit nicht angeboten. Auch das überlokal agierende Bildungswerk der Wirtschaft war in kooperative Projekte zur individuellen Unterstützung und Beratung von Gründer_innen und

Jungunternehmer_innen mit Migrationshintergrund in der Rostocker Region involviert. Dessen Portfolio umfasste u.a. speziell auf die Zielgruppe der Gründer_innen ausgerichtete Seminare zu gründungsrelevanten Themen, Gruppentrainings, Hilfestellung bei der Suche nach passenden Geschäftsräumen sowie die Begleitung in der Nachgründungsphase.

Zivilgesellschaftliche Akteure wie MSO sind zumindest in Rostock nicht nur mehrfach Träger von Projekten gewesen, die ausländische Selbstständige als Zielgruppe hatten, sondern dienen darüber hinaus auch als informelle Ansprechpartner für Ratsuchende. Beispielhaft sei hier wiederum der Rostocker Verein „migra“ erwähnt, der nicht nur eine Informationsbroschüre für migrantische Existenzgründer_innen herausgab, sondern auch erste Einzelberatungen für migrantische Arbeitnehmer_innen anbietet. Insgesamt wird das Thema migrantische Selbstständigkeit in den diversen Arbeitsmarktprojekten von „migra“ immer mitgedacht. Die bereits erwähnten „Existenzgründer- und Unternehmerstammtische“ für Migrant_innen von „migra“ waren aus einem breiteren Projekt zur Unterstützung von Existenzgründer_innen mit Migrationshintergrund hervorgegangen. Die Stammtische wurden in enger Kooperation mit der IHK alle ein bis zwei Monate durchgeführt. Die Idee war nicht nur, dass Gründer_innen über gründungsrelevante Themen informiert werden sollten, sondern sich auch vernetzen konnten. Die Stammtische richteten sich explizit an alle migrantischen Communities. Pläne, sie jeweils nur für eine spezifische Nationalität einzurichten, wurden nicht weiter verfolgt. Städtische und regionale Schlüsselakteure waren über diese regelmäßig stattfindende Veranstaltung informiert und verwiesen immer wieder darauf.

Welche Rolle MSO insgesamt zur individuellen Vernetzung und zum Informationsaustausch zwischen migrantischen Gründer_innen und Selbstständigen beitragen, ist nicht ganz klar nachvollziehbar. Für Braunschweig erwähnt eine Expertin beispielsweise einen von einer Moscheegemeinde organisierten Selbstständigentreff. Neben Bildungsträgern sind auch Einzelpersonen relevant. Dies gilt für Braunschweig wie für Rostock gleichermaßen. In der Hansestadt gibt es z.B. eine Person mit russischem Hintergrund, die bei Trägern, aber auch freiberuflich Personen mit Migrationshintergrund in die Existenzgründung begleitet, dabei bei Regelinstitutionen wie dem Jobcenter oder dem Gewerbeamt dolmetscht, in Selbstständigenkursen unterrichtet sowie Info- und Lehrmaterialien ins Russische übersetzt. Auch der Verein „Frauen in die Wirtschaft“ muss an dieser Stelle erwähnt werden.

Der Rostocker Verein „migra“ veranstaltete bis Ende 2015 die sogenannten „Existenzgründer- und Unternehmerstammtische“ für Personen mit Migrationshintergrund. Diese waren hervorgegangen aus einem breiteren Projekt zur Unterstützung von Existenzgründer_innen mit Migrationshintergrund. Die Stammtische wurden in enger Kooperation mit der IHK alle ein bis zwei Monate durchgeführt. Die Idee war nicht nur, dass Gründer_innen über gründungsrelevante Themen informiert werden sollten, sondern sich auch vernetzen konnten. Die Stammtische richteten sich explizit an alle migrantischen Communities. Pläne, sie jeweils nur für eine spezifische Nationalität einzurichten, wurden nicht weiter verfolgt. Städtischen und regionale Schlüsselakteure waren über diese regelmäßig stattfindende Veranstaltung informiert und verwiesen immer wieder darauf. Im Kontext dieser Projekte entstand auch eine umfangreiche Informationsbroschüre für gründungswillige Personen mit Migrationshintergrund.

Zwischenfazit

Wie kommen spezifische Themen zur Integration und zum Arbeitsmarkt, vor allem aber zur migrantischen Selbstständigkeit überhaupt auf die politische Agenda? Wichtig ist sicherlich der tatsächliche Bedarf an Förderung. So wurde 2014 für ein neu zu beantragendes Projekt gezielt die Bedarfslage an individueller Begleitung und Beratung von Gründer_innen und Jungunternehmer_innen mit Migrationshintergrund in Rostock abgefragt. Die Zahlen zum durchschnittlichen monatlichen Bedarf an Gründungsberatungen fielen dann dabei allerdings so gering aus, dass der Projektantrag nicht zustande kam. Generell gilt aber, dass insbesondere von der EU oder vom Bund finanzierte Programme hier einen erheblichen Einfluss ausüben (z.B. ESF-Fördertopf; vgl. u.a. Bartelheimer & Pagels 2009: 473f.). Sowohl für Rostock als auch Braunschweig wird dies z.B. am IQ-Programm des Bundes deutlich, über das insbesondere die Thematik der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, aber auch die migrantische Selbstständigkeit zumindest in Rostock vorangetrieben wurde und wird. So veranstaltete das mecklenburg-vorpommersche IQ-Netzwerk nicht nur den bereits erwähnten Strategieworkshop, sondern auch regionale Konferenzen, die allgemein Fragen der Integration adressieren. Sie bilden wichtige Foren, in denen öffentliche, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure und Einrichtungen aus Kommunen, Landkreisen und dem Bundesland zusammenkommen. Ein weiteres Beispiel für den Einfluss europäischer bzw. nationaler Programme auf das Agenda-Setting vor Ort ist die Überlegung lokaler Weiterbildungseinrichtungen, in Kooperation mit Partnern vor Ort beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales ein Projekt zur Förderung migrantischer Existenzgründungen zu beantragen. Das Zusammenwirken von Bottom-up- und Top-down-Prozessen über verschiedene Governance-Ebenen wird hier deutlich: Finanzmittel werden themengebunden „von oben“ bereit- oder in Aussicht gestellt, während kommunale Akteure darauf reagieren und versuchen, durch entsprechende Projektvorschläge Gelder zu akquirieren. Die oberhalb der lokalpolitischen Ebene (Land, Bund, Europa) angesiedelten Akteure üben mit ihren Förderprogrammen bzw. Initiativen also erheblichen Einfluss auf die Rahmenbedingungen aus, die migrantische Ökonomien im Allgemeinen und Gründer_innen im Besonderen „vor Ort“ vorfinden.

Grundsätzlich gilt, dass sich im Hinblick auf den Bereich der migrantischen Ökonomien in den vier relevanten Politikfeldern Integration, Stadt- und Regionalentwicklung, Wirtschaft sowie Arbeit und Soziales in den beiden Fallstudienregionen Braunschweig und Rostock im Großen und Ganzen ähnliche – wenn auch mitnichten identische – Strukturen vorfinden lassen, die sich in den letzten Jahren wenig geändert haben. In beiden Regionen betonen einzelne Mitarbeiter_innen von Kammern und Verbänden, das Potential migrantischer Unternehmer_innen erkannt zu haben und sich stärker für dessen Inwertsetzung engagieren zu wollen. Inwiefern jedoch migrantische Unternehmer_innen in den Gremien von Kammern und Verbänden vertreten sind, muss an dieser Stelle offenbleiben. Seit Jahren engagieren sich in beiden Städten einzelne, bereits etablierte migrantische Selbstständige für potentielle Gründer_innen. Jedoch existiert weder auf kommunaler Ebene noch auf Quartiersebene eine Form der organisierten Interessenvertretung durch migrantische Unternehmer_innen. Eine Ausnahme bildet ein Verein für migrantische Selbstständige in Rostock, der anscheinend jedoch eine geringe Relevanz hat. In welchem Maße sich zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine oder Einzelpersonen für das Thema der migrantischen Selbstständigkeit engagieren, lässt sich nicht eindeutig feststellen. So

legt die Aussage eines Rostocker Schlüsselakteurs nahe, dass aufgrund der fast ausschließlich projektbezogenen Finanzierungsmöglichkeiten entsprechender Initiativen das Engagement in den letzten zehn Jahren insgesamt zurückgefahren worden ist. Davon abgesehen gibt es immer wieder kürzere Projekte oder Veranstaltungen (z.B. für polnische Arbeitnehmer_innen), in die auch ein weiterer Personenkreis involviert ist. Es bestätigt sich bei der Analyse der Akteure in den Städten Rostock und Braunschweig also Folgendes:

„Die Umsetzung lokaler Integrationsprojekte im Handlungsfeld Arbeit und Beschäftigung fordert typischerweise ‚Mehrzielprojekte‘ und eine Vernetzung sehr verschiedener Akteure aus Arbeitsmarktverwaltung und Beschäftigungsförderung, Migrationspolitik, kommunaler Sozialpolitik sowie aus dem System der schulischen und beruflichen Bildung. Jeder der Schlüsselakteure, die sich über integrationspolitische Ziele und Maßnahmen verständigen müssen, ist auf andere Weise in eine politische ‚Mehrebenenstruktur‘ eingebunden, in der Instrumente der europäischen Beschäftigungs- und Sozialpolitik, [...], Arbeitsmarktgesetze des Bundes, Leistungen der Bundesagentur für Arbeit, ergänzende Programme des Bundes und der Länder sowie kommunalpolitische Zuständigkeiten ineinander greifen. Dabei gelten für jeden der beteiligten Akteure andere Regeln und Steuerungsinstrumente. [...] Ob die Kommunen diese Akteure für eine Zusammenarbeit bei der Arbeitsmarktintegration der Migrationsbevölkerung gewinnen können, hängt entscheidend davon ab, wie ‚strategiefähig‘ sie selbst in der lokalen bzw. regionalen Arbeitsmarktpolitik sind.“ (Bartelheimer & Pagel 2009: 487f.)

Entgegen anderen Studien, die die Relevanz von migrantischer Selbstständigkeit auf der lokalpolitischen Ebene untersuchen, kann für die Fallstudienregionen Rostock und Braunschweig nicht bestätigt werden, dass die Förderung von migrantischen Existenzgründungen im Mittelpunkt arbeitsmarktpolitischer Bestrebungen steht, um Erwerbspersonen mit Migrationshintergrund so zunehmend auf Erwerbsformen abseits regulärer abhängiger Beschäftigung zu orientieren (vgl. Bartelheimer & Pagels 2009: 476). Zwar wird die Existenzgründer_innenunterstützung in den jeweiligen lokalen Handlungs- bzw. Integrationskonzepten durchaus als ein Handlungsschwerpunkt festgelegt; in der kommunalen Alltagspraxis spielt sie allerdings eine untergeordnete Rolle. Die vorzufindenden Fördermaßnahmen richten sich im Übrigen eher auf Einzelpersonen und weniger auf Branchen oder Communities, die von Migrant_innen geprägt werden; es dominiert also der Ansatz der Individualförderung (anstelle der Gruppenförderung).

Entgegen einer in der Literatur verbreiteten Auffassung kommen die Impulse zur Förderung migrantischer Ökonomien in Rostock und Braunschweig noch immer vornehmlich aus dem Politikfeld Integration. Der vielfach konstatierte Umschwung weg von einer sozialgesellschaftlichen Perspektive auf Integrationsfragen hin zu einer ökonomisch-strukturellen ist dort bestenfalls ansatzweise vollzogen worden. Auf der diskursiven Ebene indessen hat das Bekenntnis zur „Vielfalt in der Stadt“ durchaus Einzug in kommunalpolitische Dokumente gefunden – so z.B. in den Rostocker Leitlinien zur Stadtentwicklung. Im Interview mit Rostocker Schlüsselakteuren wird der Gedanke, migrantische Selbstständigkeit als Teil der Stadt- und Regionalentwicklung zu betrachten und zu fördern, jedoch eher ansatzweise formuliert. Potentiale werden zwar gesehen, aber vielfach nicht als „strukturbildend“ wahrgenommen. Das wiederum heißt nicht, dass ihnen keine Arbeitsmarktrelevanz zugesprochen wird. Die insgesamt eher zu-

rückhaltende Beurteilung der stadt- und regionalentwicklungspolitischen Bedeutung migrantischen Unternehmertums korrespondiert mit der vorherrschenden Haltung zu der Frage, ob migrantische Unternehmen eher über Sonder- oder eher über Regelfördermaßnahmen unterstützt werden sollten (vgl. auch Husseini de Araújo & Weber 2014: 365-380). Die Mehrheit der Interviewpartner_innen sieht die Regelförderung als ausreichend an und lehnt die Sonderförderung als eine Art „positive Diskriminierung“ ab oder sieht sie zumindest kritisch.

7 Wahrnehmungen lokalpolitischer Akteure

Zusammenfassung

- Die Einschätzungen der befragten Expert_innen, was migrantische Ökonomien kennzeichnet, weichen voneinander ab und sind teils widersprüchlich. Es lässt sich daher kein einheitliches Bild davon zeichnen, was unter migrantischen Ökonomien verstanden wird.
- Die Relevanz migrantischer Ökonomien für die Stadt- und Regionalentwicklung wird vor dem Hintergrund von Problemen wie dem demografischen Wandel, dem daraus resultierenden (drohenden) Fachkräftemangel oder dem fehlenden Arbeitsmarktzugang für geflüchtete Personen als nachrangig erachtet.
- Die befragten Institutionen definieren ihre Rolle im Feld der migrantischen Ökonomien unterschiedlich. Deutlich wird jedoch, dass der Zugang zu lokalen Einrichtungen und kommunalen Infrastrukturen und Unterstützungsangeboten für migrantische Unternehmer_innen kein ‚Selbstläufer‘ ist.
- Die in den IHK-Regionen bestehenden Informations-, Bildungs- und Beratungsangebote für Existenzgründer_innen und Unternehmen im Bestand werden als ausreichend und bedarfsgerecht für migrantische Unternehmer_innen eingeschätzt. Hierzu gibt es jedoch auch einzelne abweichende Einschätzungen.

Das vorliegende Kapitel widmet sich der „Außenwahrnehmung“ der migrantischen Ökonomie durch lokale Expert_innen. In den Interviews wurde danach gefragt, welche Relevanz migrantische Ökonomien für die Stadt- und Regionalentwicklung in den IHK-Regionen Braunschweig und Rostock besitzen und wie die lokalen bzw. regionalen Unterstützungsstrukturen und -maßnahmen eingeschätzt werden. Das beinhaltet die Frage, was überhaupt unter migrantischen Ökonomien verstanden wird, welche Potentiale und Defizite ihnen zugesprochen werden und wie die Rolle von lokalen bzw. regionalen Institutionen im Feld der migrantischen Ökonomie eingeschätzt wird.

Die Unterscheidung zwischen einer Außen- und einer Binnenwahrnehmung von migrantischen Ökonomien, also zwischen lokalpolitischen Akteuren einerseits und migrantischen Unternehmer_innen sowie ihren Unterstützer_innen andererseits, erfolgt, um herauszufinden, ob migrantische Unternehmer_innen von kommunalen Institutionen „abgeholt“ bzw. angesprochen werden oder ob die gegenseitigen Wahrnehmungen dafür zu sehr divergieren. Dabei wird nicht systematisch zwischen den Wahrnehmungen migrantischer Ökonomien durch einzelne Akteursgruppen (öffentliche, wirtschaftliche, zivilgesellschaftliche) unterschieden, sondern nur dann auf etwaige Differenzen zwischen diesen Gruppen verwiesen, wenn dies für die jeweiligen Feststellungen bedeutsam erscheint. Auch auf Unterschiede zwischen den IHK-Regionen wird nur dann eingegangen, wenn diese maßgeblich sind. Aus den Fallprofilen ist jedoch deutlich geworden, wie verschieden die Rahmenbedingungen für die Entwicklung und Etablierung eines lokalpolitischen Themenfelds „migrantische Ökonomien“ sind. Diese unterschiedlichen Rah-

menbedingungen schlagen sich auch in den teils divergierenden Expert_innenmeinungen nieder.

Außenwahrnehmung von migrantischen Ökonomien

Lokalpolitische Expert_innen aus den IHK-Regionen Braunschweig und Rostock äußern unterschiedliche Ansichten darüber, was unter „migrantischen Ökonomien“ zu verstehen ist und ob überhaupt von einem derart zu bezeichnenden Phänomen ausgegangen werden kann. Zuge-spitzt gibt es drei übergreifende Auffassungen, was migrantische Ökonomien insgesamt (nicht) kennzeichnet. Damit wird zugleich zum Ausdruck gebracht, aus welchen Gründen Personen mit Migrationshintergrund aus Sicht der Interviewten überhaupt eine selbstständige Tätigkeit ergreifen.⁸

(1) Zunächst weisen diverse Befragte darauf hin, dass nicht von einer homogenen Gruppen von „migrantischen“ Unternehmer_innen ausgegangen werden kann, sich das migrantische Milieu vielmehr sehr vielfältig ausgestaltet und dessen wirtschaftliche Aktivitäten nicht von der sonstigen lokalen bzw. regionalen Ökonomie getrennt betrachtet werden können. Auch die Kennzeichnung einer Person als „Migrant_in“ oder „mit Migrationshintergrund“ wird beanstandet. Zu problematisieren sei, bis zur wievielten Generation einer Person überhaupt ein Migrationshintergrund zugesprochen werden könne. Die darüber erfolgende Zuschreibung von ‚Andersartigkeit‘ wird kritisiert und als tendenziell diskriminierend erachtet. Beispielhaft äußert ein Verwaltungsmitarbeiter:

„Um auf ein Level der Verständigung zu kommen, ich kriege immer Probleme, wenn ich ‚migrantische Ökonomien‘ höre. Dass der Gründer oder der Inhaber nun just einen Migrationshintergrund hat, vielleicht noch nicht mal einen eigenen, sondern die Eltern aus der Türkei, Griechenland oder Tunesien kommen, das soll dabei keine Rolle spielen.“ (18_BS)

Vertreter_innen der Kammern sowie der regionalen und lokalen Wirtschaftsförderungseinrichtungen sehen ebenfalls keinen Unterschied zwischen „migrantischen“ und „deutschen“ Betrieben bzw. halten eine derartige Unterscheidung für irrelevant. Im wirtschaftlichen Alltag und bei der konkreten Geschäftsabwicklung sei es für ein Unternehmen nachrangig, ob beispielsweise ein Kunde oder ein Lieferant eine ausländische Staatsangehörigkeit besäßen oder eben nicht.

(2) Entgegen der wahrgenommenen Gleichheit bzw. der Ablehnung einer Differenzierung nach Migrationshintergrund stellen andere Interviewte heraus, dass migrantische Unternehmer_innen sehr wohl spezifische Kennzeichen aufweisen. Somit könne durchaus von migrantischen Ökonomien gesprochen werden. Typisch für migrantische Selbstständige ist danach, dass diese bedingt durch ihren vermeintlich spezifischen kulturellen Hintergrund und ihre spezifische

⁸ Grundsätzlich gilt jedoch, dass auch bedingt durch spezifische Förderstrukturen für Projektgelder bestimmte Betriebe erst als „migrantische Ökonomien“ adressiert werden: Geraten migrantische Selbstständige als Zielgruppe eines z.B. ESF-geförderten Projekts oder durch das Programm „Soziale Stadt“ in einem „benachteiligten“ Stadtteil in den Blick, wird dies auch in den Expert_inneninterviews deutlich.

Sozialisation in einem anderen Land „gründungs- und risikofreudiger“ seien. Ihre Distanz zu „deutschen Regelungen“ sei „erfrischend“ und die Unterstützung durch Familie und Bekanntenkreis hinsichtlich Gründungsfinanzierung und -informationen besitze einen hohen Stellenwert. Daneben sind die Befragten der Meinung, dass nur spezifische Personen überhaupt den Schritt zur Auswanderung in ein anderes Land wagen. So äußert ein Wirtschaftsförderer: „Man muss sehen, dass Migration ein Selektionsmechanismus ist. Wer migriert denn? [Der Migrant] sagt, ‚Ich nehme mein Schicksal in die Hand und ändere etwas‘.“ (BS_GD_B1). Dieser Mut, der die Auswanderer_innen auszeichne, mache sie auch zu hervorragenden Unternehmer_innen. Die Expert_innen sind sich allerdings uneinig darüber, ob die Unterstützung durch die eigene migrantische Community über die Bereitstellung von Geld und Informationen hinausreicht und zum Beispiel auch den Bezug von Waren für den Betrieb umfasst. Dies wird eher für das Klein-gewerbe vermutet, wie der folgende Kommentar eines Wirtschaftsförderers belegt:

„Nehmen wir den Bereich der Lebensmittel und der Gastronomie raus. Da ist es weitestgehend klar, dass chinesische Restaurantbesitzer bei ihren chinesischen Zulieferern kaufen. Aber wie sieht es in der klassischen Produktion aus oder bei den Dienstleistungen aus, wenn dort migrantische Unternehmen sind? Woher beziehen sie ihre Vorleistungen, wie sehen dort die Wertschöpfungsketten aus? Sind diese komplett offen, dass sich auf dem Markt orientiert wird oder ist festzustellen, dass es dort tatsächlich einen geschlossenen Bereich gibt, werden da doch die Vorleistungen aus demselben Kulturkreis bezogen?“ (BS_GD_B4)

(3) Eine dritte Position zu der Frage, ob migrantische Ökonomien ein eigenständig zu behandelndes Phänomen darstellen, nehmen diejenigen Befragten ein, die betonen, dass äußere, strukturelle Faktoren Migrant_innen „in die Selbstständigkeit treiben“. Damit wird deren Selbstständigkeit weniger als Ergebnis einer freien Entscheidung, denn als Notlösung charakterisiert. Ein Teil der betreffenden Interviewpartner_innen begründet diese Sicht der Dinge damit, dass Migrant_innen trotz ihres häufig hohen Bildungsstandes (in der Vergangenheit) der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt oft verwehrt worden sei, z.B. durch die Nicht-Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Außerdem würden Migrant_innen unternehmerisch tätig werden, weil sie immer noch strukturell benachteiligt, letztlich diskriminiert würden. Teils würden daher auch selbstständige Tätigkeiten weit unterhalb des eigenen Qualifikationsniveaus ergriffen. Ein anderer Teil der Befragten nimmt jedoch demgegenüber einen niedrigen Bildungsstand bei einigen Migrant_innen wahr. Der Schritt in die Selbstständigkeit wird dann als Versuch interpretiert, von Transferleistungen unabhängig zu werden.

Insgesamt ist die Außenperspektive auf migrantische Ökonomien sehr vielfältig. Es wird auf die unterschiedlichen Lebensläufe und diversen Motivationen hingewiesen, aus denen heraus Personen mit Migrationshintergrund eine selbstständige Tätigkeit ergreifen. Auch werden Veränderungen in den Tätigkeitsfeldern migrantischer Selbstständiger in der zweiten und dritten Generation von Zuwanderer_innen wahrgenommen. So hätten zum Beispiel die Kinder der ersten Generation von Einwanderer_innen häufig „den ganz normalen Ausbildungsweg“ beschritten. Zwar wird auch erklärt, dass sich Migrant_innen in den unterschiedlichsten Branchen selbstständig machen. Überwiegend wird jedoch davon ausgegangen, dass es sich bei migrantischen

um niedrigschwellige Unternehmensgründungen (z.B. Gastronomie, Nagelstudios, Schneidereien, Kioske) handle.⁹ Für Salzgitter zum Beispiel wird hervorgehoben, dass kleinere Geschäfte wie Schneidereien und Schuhmachereien, die früher in „deutscher Hand“ waren, komplett in „türkische Hand“ übergegangen seien. Migrantisch geführte Betriebe würden auch Nischenfunktionen für ihre Communities erfüllen: „Da ist dann schon der polnische Schlachter, der mit seinem Laden mit polnischen Kunden polnische Wurst verkauft und das mit einem polnischen Kundengespräch begleitet“ (08_BS).

Ein wichtiger Aspekt der Außenwahrnehmung der migrantischen Ökonomien ist außerdem die Tatsache, dass sich diese kaum angemessen statistisch erfassen lassen. Dies wird insofern als relevant angesehen, als sich kein klares Bild der lokalen bzw. regionalen Ausprägung der migrantischen Ökonomien zeichnen lässt. Oft wird so auf „gefühlte Größen“ sowie auf „subjektive Einschätzungen der wichtigsten Branchen“ verwiesen. Dies habe auch insofern strategische Relevanz für die Beantragung von Fördergeldern, als gerade für Mittelgeber_innen statistische Daten einen hohen Aussagewert hätten. Zudem könnten nur über statistische Werte zielgruppenspezifische Bedarfe für breiter angelegte Arbeitsmarktprojekte definiert und entwickelt werden.

Potentiale und Defizite bei der Stadt- und Regionalentwicklung

Diese Varianz in der Wahrnehmung migrantischer Ökonomien durch die lokalpolitischen Akteure weist bereits daraufhin, dass auch deren Potential für die Stadt- und Regionalentwicklung unterschiedlich eingeschätzt wird. Grundsätzlich – dies legen die Interviews nahe – lässt sich die Einschätzung dieses Potentials nicht von Diskussionen um den demografischen Wandel und damit verbundenen lokalen Herausforderungen wie dem proklamierten Fachkräftemangel¹⁰, der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse sowie dem Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete trennen. Zuwanderung wird überwiegend als eine mögliche Ressource betrachtet¹¹ und die lokalen Expert_innen stehen migrantischen Unternehmer_innen wohlwollend gegenüber und betonen deren Potentiale. Im Einklang mit jüngeren akademischen Migrationsdebatten fordern sie, Migration nicht mehr defizit-, sondern potentialorientiert zu diskutieren. Migrant_innen und

⁹ Auf die in den Interviews sehr detailliert geschilderten Profile der migrantischen Ökonomien in den Städten Braunschweig, Salzgitter, Rostock und Stralsund wird hier nur beispielhaft eingegangen.

¹⁰ Der „Fachkräftemangel“, dies wird von den Expert_innen einhellig betont, ist regional unterschiedlich ausgeprägt, so dass zum Beispiel nicht nur hochqualifizierte Arbeitskräfte benötigt würden, sondern gerade auch der „mittlere Bereich“ mehr Arbeitskräfte bedürfe. Auch die Branchen, für die derzeit oder zukünftig von einem Arbeitskräftemangel ausgegangen wird, unterscheiden sich zwischen den IHK-Regionen Braunschweig und Rostock.

¹¹ Nichtsdestotrotz sehen einige Expert_innen den ‚potentialorientierten‘ Blick auf die Zuwanderung auch kritisch. Zum Beispiel weisen besonders Personen aus dem Feld Integration auf „die seit Jahren brachliegenden Ressourcen“ von Migrant_innen hin. Dies sei dadurch entstanden, dass Migrant_innen sehr lange die Anerkennung ihrer Qualifikationen verwehrt worden sei. Derartige Aussagen machen deutlich, dass es zwar seit einiger Zeit Initiativen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene gibt, die das Ziel verfolgen, den Arbeitsmarktzugang für Migrant_innen zu erleichtern und Regionen als attraktiv für ausländische Arbeitskräfte zu vermarkten – wie etwa die kürzlich erfolgte Öffnung des „Welcome Centers“ in Braunschweig verdeutlicht. Personen, die bereits vor Jahren oder Jahrzehnten zugewandert seien, würden aber nicht mehr von derartigen Maßnahmen profitieren.

damit auch migrantische Ökonomien sollten demnach weniger als besonderer, sondern vielmehr als integraler Bestandteil städtischer Gesellschaften begriffen werden.

Konkret gehen die Interviewten zunächst davon aus, dass von Migrant_innen geführte Unternehmen keinen in irgendeiner Weise klar abzugrenzenden, sondern einen selbstverständlichen Bestandteil der lokalen Ökonomie bilden und als solcher zur Wertschöpfung und zur wirtschaftlichen Vielfalt beitragen.¹² Auch die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen durch diese Unternehmen wird positiv bewertet. Zudem könnten erfolgreiche migrantische Unternehmer_innen sowohl nach „innen“ (eigene Community) als auch nach „außen“ (städtische Gesellschaft) eine Vorbildfunktion übernehmen. Bezüglich der gesamtstädtischen Ebene wird betont, dass migrantische Ökonomien zum städtischen Flair und zur urbanen Vielfalt beitragen. Dies lasse sich als weicher Standortfaktor vermarkten, wirke aber auch nach innen positiv auf die Entwicklung der städtischen Wirtschaft und Gesellschaft:

„Unsere Stadt würde sich im Stadtbild gar nicht so entwickelt haben, wenn wir nicht das hätten. Es ist einfach mehr Vielfalt, von allen Migranten, und die Menschen kochen heute sogar anders. Wir essen selber anders heute [...] und wir profitieren ja alle davon und, wie gesagt, wir brauchen sie in vielen Bereichen. Das nicht nur in diesen ganzen akademischen, handwerklichen Bereichen, sondern auch im, wie gesagt, Gastronomie, Lebensmittel, Versorgung vor Ort.“ (04_BS)

Viele Expert_innen stimmen darin überein, dass ein besonderes Potential migrantisch geführter Betriebe in der Nahversorgung im Quartier liegt. Damit werden migrantische Ökonomien v.a. als Klein- und Kleinstbetriebe verstanden. Das folgende, stellvertretend für viele andere Aussagen stehende Zitat einer Mitarbeiterin einer Wirtschaftsförderungseinrichtung verdeutlicht dies:

„Ich glaube, das ist nicht viel anders als in anderen Regionen. Wir haben hier viele Menschen mit Migrationshintergrund, welche sich im Bereich von Dienstleistungen, also von Geschäften, selbstständig gemacht haben. Vom klassischen Obstladen zum klassischen Gastronomiebereich oder auch Dienstleistungen im Sinne von Internetcafés. Also vor allem im niederschweligen Bereich findet sich ein großer Anteil von Unternehmern mit Migrationshintergrund.“ (06_BS)

Besonders wird also die Relevanz migrantischer Ökonomien für die Quartiersentwicklung hervorgehoben. Zwar nimmt man auch die Differenzierung innerhalb der migrantischen Ökonomien und die teils transnationalen Verbindungen insbesondere der größeren Betriebe wahr. Chancen, dass diese Betriebe insgesamt zur Internationalisierung der regionalen Wirtschaft beitragen oder zu ausländischen (Direkt-) Investitionen, zur Erschließung ausländischer Absatzmärkte oder zum Aufbau von Handelsbeziehungen führen, werden jedoch weniger gese-

¹² Auf positiv belegte, persönliche Eigenschaften wie „Mut“, „Risikofreude“ und eine „Distanz zu deutschen behördlichen Regelungen“, wie sie von Expert_innen teils zur Charakterisierung migrantischer Ökonomien genannt werden, wird hier nicht weiter eingegangen. Diese den migrantischen Ökonomien zugesprochenen Eigenschaften verdeutlichen durchaus die vorherrschende Vorstellung dessen, was eine_n erfolgreiche_n Unternehmer_in kennzeichnet.

hen.¹³ Trotzdem meinen einige Expert_innen ein Versäumnis im lokalpolitischen Umgang mit migrantischen Ökonomien zu erkennen, wenn sie hervorheben, dass deren Potentiale noch nicht wirklich genutzt und somit brachliegen würden.

Diese potentialorientierte Perspektive wird dadurch relativiert, dass häufig gleichzeitig auf Defizite verwiesen wird, etwa indem die (mutmaßlich) geringe Größe der den migrantischen Ökonomien zuzurechnenden Betriebe hervorgehoben wird. Insbesondere Wirtschaftsvertreter_innen sehen migrantische Ökonomien in der Regel als nicht „strukturbildend“ an. Überwiegend handele es sich Notgründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus, die kaum über Innovations- oder Kreativitätspotential verfügten. Zugleich wird hervorgehoben, dass mit einer solchen Einschätzung keineswegs eine Form von Diskriminierung verbunden sei; vielmehr gehe es allein um eine realistische Einschätzung von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, unabhängig vom ethnisch-kulturellen Hintergrund der betreffenden Unternehmer_innen: „[Wir] schauen [...] immer eher darauf, was es für die Verbreitung der Wirtschaftsstruktur bringt, und in zweiter Linie kann man dann gucken, wer denn dahinter steckt“ (08_BS). Vor diesem Hintergrund wird die Beschäftigung mit migrantischen Ökonomien dann häufig als Feld der Integrationspolitik interpretiert, nicht der (kommunalen) Wirtschaftspolitik. Viele Interviewpartner_innen bringen die von ihnen wahrgenommenen Defizite migrantischer Ökonomien mit der jeweiligen Unternehmerpersönlichkeit in Verbindung. Fehlende ökonomische Leistungs- und Innovationsfähigkeit wird ursächlich mit mangelnder Bildung (und auch mangelnden Sprachkenntnissen) verknüpft. Dabei wird bestimmten migrantischen Communities eine höhere Bildungsaffinität als anderen zugesprochen.

Aufgaben von Organisationen und Förderangebote

Der folgende Abschnitt beschreibt, wie die befragten Expert_innen die lokalen bzw. regionalen Unterstützungsstrukturen und -maßnahmen und deren Vernetzung mit den migrantischen Unternehmer_innen am Ort einschätzen. Prägend für das Feld der migrantischen Ökonomie und dessen institutioneller Verankerung in der Region ist zunächst – darin stimmen alle Interviewpartner_innen überein, dass sich keine Einrichtung in Braunschweig oder Rostock ausschließlich diesem Feld widmet oder es als ein explizites Aufgabenfeld besetzt. Dies hat verschiedene Ursachen, wie noch zu zeigen sein wird.

Das Verhältnis zwischen migrantischen Unternehmer_innen und regionalen bzw. kommunalen Einrichtungen – und damit auch die Rolle von Einrichtungen der Wirtschaftsförderung bei der Unterstützung migrantischer Unternehmer_innen – wird unterschiedlich wahrgenommen, wobei die jeweilige Wahrnehmung stark von der institutionellen Zugehörigkeit der Interviewten abhängt. Den Befragten ist bewusst, dass das Verhältnis zwischen migrantischen Unternehmer_innen und offiziellen Einrichtungen kein einfaches ist und dass durchaus Hemmschwellen bestehen. Vielfach rufe der Umgang mit solchen Institutionen bei Migrant_innen Ängste her-

¹³ Eine Ausnahme bilden hier chinesische Absolvent_innen der Bergbauakademie in Salzgitter, die in der Region verbleiben wollten. Über sie bestünde durchaus die Möglichkeit, Zugang zu chinesischem Investor_innen und deren Kapital zu bekommen.

vor. Migrantische Netzwerke gelten zwar nicht als geschlossen, aber doch als durch „interne Beziehungsstrukturen“ gekennzeichnet: Migrant_innen im Allgemeinen und migrantische Unternehmer_innen im Besonderen, so die Außenperspektive, sprächen sich häufig lieber mit anderen Migrant_innen ihrer jeweiligen Community ab, um die für eine Existenzgründung wichtigen Informationen einzuholen. Dabei würden besonders Selbstständige als Ansprechpartner_innen dienen, die bereits ein erfolgreiches Unternehmen führen. Die migrantischen Communities hätten intern spezifische Kommunikationsformen:

„Und Sie kennen sicherlich aus den Migrantenszenen, ... dass die Kommunikationswege unter den Migrantengemeinschaften immer sehr viel mündlich weitergegeben werden. Wenn jemand sagt, ich habe eine gute Erfahrung gemacht, das läuft gut, dann gibt er es mündlich an seine Landsleute und Freunde weiter. Und das geht wie ein Schneeballsystem.“ (04_BS)

Die befragten Expert_innen nehmen durchaus die vielfachen Herausforderungen wahr, mit denen Migrant_innen im Gründungsprozess konfrontiert sind. Sie betreffen ihrer Meinung nach nicht zuletzt die Einhaltung der gesetzlichen und administrativen Regelungen. Teils weisen sie sogar auf einen „übertriebenen Grad an Bürokratisierung“ hin. Darüber hinaus wird die Bereitschaft geäußert, auf die festgestellten „Hemmschwellen“ zu reagieren, bisher nicht bekannte Beratungsangebote angemessen zu kommunizieren („nicht über den Flyer, sondern über ethnische Kommunikationsformen“, 4_BS) und damit stärker als bisher auf migrantische Communities zuzugehen. Diesbezüglich weisen sich die Vertreter_innen der verschiedenen Institutionen selbst eine „Lotsenfunktion“ zu.

Gleichzeitig richten vor allem Vertreter_innen der Wirtschaftsförderung Erwartungen an migrantische Unternehmer_innen, die aber durch den institutionellen Auftrag der entsprechenden Einrichtungen zu begründen sind. Die Beherrschung der deutschen Sprache wird als unerlässlich für ein erfolgreiches Start-up wahrgenommen. Hier drückt sich aus, wie das Verhältnis migrantischer Gründer_innen bzw. Unternehmer_innen zu lokalen Institutionen verstanden wird. Die Aufgabe der Wirtschaftsförderung und der Kammern beginnt danach erst dann, wenn die entsprechenden Sprachkenntnisse vorliegen.

Losgelöst von solchen konkreten Überlegungen zur Förderung stellt die Auseinandersetzung mit der „Institutionenkultur“ einen wichtigen Bezugspunkt für die Expert_innen dar. Grundsätzlich sehen die Mitarbeiter_innen der kommunalen Verwaltungen, der Wirtschaftsförderungseinrichtungen und der Kammern die Notwendigkeit einer stärkeren interkulturellen Öffnung und einer stärkeren Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Gründer- bzw. Unternehmer_innen. Diese Öffnung lasse sich u.a. durch interkulturelle Schulungen der jeweiligen Mitarbeiter_innen erreichen.

Bezüglich der Frage, ob für migrantische Unternehmer_innen zielgruppenspezifische Beratungs- und Unterstützungsstrukturen angeboten (Sonderförderung) oder ob sie auf die ohnehin bestehenden Angebote verwiesen (Regelförderung) werden sollten, divergieren die Meinungen. Grundsätzlich wird für beide Regionen angeführt, dass die insgesamt überschaubare Anzahl migrantisch geführter Betriebe gesonderte Förderungen bzw. einen spezifischen Fokus auf die heterogene Gruppe der migrantischen Unternehmer_innen nicht unbedingt nahelege. Überwie-

gend wird daher kein spezifischer Förder- und Beratungsbedarf gesehen, weil mögliche Schwierigkeiten mit denen „deutscher“ Gründer_innen vergleichbar seien und eher durch den Bildungsstand bestimmt würden.

Sonderförderungen werden auch aus anderen Gründen abgelehnt. So besteht einerseits die Sorge vor einer positiven Diskriminierung, wie bereits im Zuge der Diskussion des Begriffsverständnisses von migrantischen Ökonomien deutlich wurde. Gleichzeitig wird darüber reflektiert, welches Bild eine Institution von sich vermittelt, die gesonderte Fördermaßnahmen für eine spezifische Gruppe zur Verfügung stellt. Teilweise wird auch festgehalten, dass spezifische Angebote nicht integrationsförderlich seien: Um erfolgreich am deutschen Wirtschaftsleben teilhaben zu können, müsse eine ausreichende Kenntnis der deutschen Sprache gegeben sein. Sowohl für Braunschweig als auch für Rostock wird von einigen Expert_innen angemerkt, dass von migrantischen Communities wenig Interesse an Informations-, Bildungs- und Beratungsangeboten geäußert werde. Hier wird migrantischen Unternehmer_innen auch ein gewisses Maß an Eigenverantwortlichkeit zugeschrieben. Dies verdeutlicht die folgende Aussage einer Kammer-Mitarbeiterin: „...das alles ist so ein bisschen eine Holschuld: wer kommt, wird beraten und wird nicht weggeschickt.“ (05_BS)

Schließlich findet sich auch die Auffassung, dass es „einen riesigen Bedarf an Coaching, oder an speziellem Coaching“ (BS_4) für migrantische Existenzgründer_innen gibt. Diese Position ist, wie gesagt, häufig mit einer kritischen (Selbst-) Wahrnehmung der lokalen Unterstützungs- und Förderstrukturen durch deren Vertreter_innen verbunden. Die lokalen Einrichtungen würden ihre Angebote nicht den Zielgruppen entsprechend ausrichten und bewerben. Personen würden Beratungsgespräche durchführen, die selbst über keine Erfahrungen mit Selbstständigkeit verfügen. Dementsprechend wird eine Sonderförderung migrantischer Unternehmer_innen für erforderlich gehalten, wenn auch in der Regel nur für einen begrenzten Zeitraum:

„Ich halte es für wichtig, Sonderwege zu gehen, um mal auszuprobieren, was besonders gut funktioniert. Aber das mittlere Ziel muss immer bleiben, die Regelangebote entweder zu verändern oder eben zu differenzieren um die Kernaufgabe zu erfüllen, weil sonst die immer etwas Besonderes bleiben. Das wollen die selbst nicht, unterstelle ich mal und das will die IHK ja ganz offensichtlich auch nicht, sonst würde sie so nicht argumentieren. Also auch sie zu bestärken und zu sagen, ja, das stimmt, das kann nicht das Ziel sein Sonderangebote zu schaffen, das Ziel muss immer sein in allen Schritten die man tut, manchmal vielleicht auch einen Umweg laufen und der Umweg kann mal Sonderförderung für zwei Jahre sein.“ (23_HRS)

Damit geht die Wahrnehmung einiger Expert_innen einher, dass migrantische Communities ihre eigenen Interessen vertreten und spezifische Förderungen in der Regel nur für Personen mit dem gleichen migrantischen Hintergrund einfordern. Allerdings, so ein Experte, sei dies bis zu einem gewissen Maß auch gerechtfertigt:

„Es gibt da wirklich verschiedenste Strukturen. Es gibt beispielsweise Migrantengruppen, die sagen: ‚Wenn etwas kostenlos ist, dann ist das schlecht.‘ [...] Es gibt andere, die sagen: ‚Wenn das was kostet, mache ich das nicht.‘ Diese verschiedenen Gruppen gibt es. Das muss man ernst

nehmen und dann eben auch, dass andere Gruppen mehr, oder intensivere Beratung brauchen und andere Gruppen brauchen vielleicht einfach auch nur Geld.“ (13_HRS)

Kritisch wird jedoch auch angemerkt, dass jenseits von konkret definierbaren Informations-, Bildungs- und Beratungsangeboten besonders der sensible Blick auf das Individuum und dessen persönliche Lage entscheidend sei. Dementsprechend seien unter dem Leitbild der Diversität immer einzelne Biographien zu berücksichtigen.

Zusammenfassend gilt, dass Sonderförderungen vielfach abgelehnt werden. Die damit verbundene Markierung von Differenz zwischen „Deutschen“ und „Migrant_innen“ wird als unvereinbar mit dem Gleichheitsgrundsatz gedeutet. Für die Akteursgruppe „Wirtschaft/Stadtentwicklung“ führt neben der Orientierung am allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz die Prämisse des „kulturneutralen“ Unternehmertums zur Forderung nach stärkerer Eigenverantwortung auch bei migrantischen Unternehmer_innen. Die Akteursgruppe „Integration/Soziales“ fasst arbeitsmarktbezogene Integration stärker als Querschnittsaufgabe auf. Ihr Selbstverständnis ist letztlich das einer aktivierenden Kommune, die Migrant_innen sozialverträglich in den Arbeitsmarkt integrieren will. Gleichzeitig besteht jedoch vielerorts auch die Bereitschaft, bewusst auf migrantische Unternehmer_innen zuzugehen, und es wird auf die Notwendigkeit verwiesen, Sonderförderungen so lange zu gewährleisten, bis ein Übergang in Regelangebote möglich ist.

Zwischenfazit

Durch die Analyse der Außenperspektive lokalpolitischer Akteure auf migrantische Ökonomien in den IHK-Regionen Braunschweig und Rostock konnten verschiedene Aspekte herausgearbeitet werden, die das Verhältnis zwischen migrantischen Unternehmer_innen und ihrem lokalpolitischen Umfeld prägen. Zunächst ist die Wahrnehmung dessen, was migrantische Ökonomien kennzeichnet, äußerst divers. Es wird die Vielfältigkeit der Unternehmer_innen betont, die sich hinter dieser Sammelbezeichnung verbergen, während gleichzeitig von gemeinsamen Kennzeichen, wie der Relevanz ethnischer Netzwerke für das wirtschaftliche Handeln, ausgegangen wird. Es herrscht die Auffassung vor, dass migrantische Betriebe eine besonders wichtige Rolle für die Nahversorgung im Quartier haben. Hierin wird eines der wichtigsten Potentiale migrantischer Ökonomien gesehen. Gleichzeitig wird dies aber auch als Defizit wahrgenommen, weil migrantische Unternehmen als wenig strukturbildend gekennzeichnet werden. Die Einschätzung des Verhältnisses zwischen kommunalen Institutionen und migrantischen Unternehmer_innen fällt sehr unterschiedlich aus. Sie hängt nicht zuletzt auch davon ab, ob für letztere eine Sonderförderung für notwendig gehalten wird oder nicht, wobei diese Frage etwa gleich häufig bejaht und verneint wird.

8 Wahrnehmungen migrantischer Unternehmer_innen und ihrer Unterstützer_innen

Zusammenfassung

- Migrantische Unternehmer_innen sind heute, so legen es die Wahrnehmungen der Befragten nahe, in vielen Bereichen wirtschaftlich aktiv und keineswegs (mehr) nur in Kleinst- und Kleinbetrieben. Die Unterstützung durch Familie und weitere informelle Netzwerke besitzt dabei eine anhaltend hohe Relevanz.
- Zwar werden migrantische Unternehmer_innen durch die Befragten spezifische Fähigkeiten wie eine erhöhte Risikobereitschaft zugesprochen; andererseits wird aber festgestellt, dass ein erheblicher Teil migrantischer Gründungen aus der Not heraus erfolgt.
- Migrantische Unternehmer_innen sind teils mit spezifischen Herausforderungen – wie etwa der zurückhaltenden Kreditvergabe durch Banken – und Unterstützungsbedarfen – zum Beispiel aufgrund mangelnder kaufmännischer, betriebswirtschaftlicher und sprachlicher Kenntnisse – konfrontiert.
- Die Beziehungen zwischen migrantischen Unternehmer_innen und kommunalen Einrichtungen gestalten sich meist nicht ganz einfach. Kritisiert werden die wahrgenommene, teils fehlende interkulturelle Öffnung bestehender Einrichtungen, die mangelnde Repräsentanz von Migrant_innen in diesen sowie der hohe Bürokratisierungsgrad von Angeboten.
- Unter den migrantischen Selbstständigen sind die vorhandenen Unterstützungsangebote insgesamt nicht genügend bekannt.
- Trotz vorhandener Schwierigkeiten nehmen die Befragten die Standorte Rostock und Braunschweig als durchaus positives und beförderndes Umfeld für ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten wahr.

Das vorliegende Kapitel widmet sich der Binnenwahrnehmung der migrantischen Ökonomien. Es wird danach gefragt, wie migrantische Unternehmer_innen und ihre Unterstützer_innen die sogenannten migrantischen Ökonomien selbst wahrnehmen und wie lokale Unterstützungsstrukturen und -maßnahmen eingeschätzt werden. Dazu wird herausgearbeitet, welche der ihnen zugesprochenen Potentiale migrantische Unternehmer_innen selbst bestätigen und wie sie sich „von außen“ wahrgenommen glauben. Zudem wird aufgezeigt, welche Unterstützungsbedarfe und Herausforderungen sie in Bezug auf ihre ökonomischen Tätigkeiten formulieren und wie sie ihre Vernetzung zu lokalpolitischen Akteur_innen und wirtschaftlichen Institutionen, insbesondere der jeweiligen Industrie- und Handelskammer, charakterisieren.

Binnen- und Außenperspektiven auf migrantische Unternehmer_innen

Im Großen und Ganzen bestätigen die befragten migrantischen Unternehmer_innen die spezifischen Charakteristika und Fähigkeiten, die migrantischen Ökonomien in wissenschaftlichen Studien sozusagen von außen vielfach zugeschrieben werden. Betont wird zunächst die Schlüsselrolle der Familie für die Selbstständigkeit vieler Unternehmer_innen mit Migrationshintergrund. Familienmitglieder fungieren danach insbesondere in der Gründungsphase als zentrale Akteur_innen, welche über die Weitergabe von Informationen sowie finanzielle, aber auch praktische Hilfestellungen die Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit erst ermöglichen. Auch nach der Gründungsphase würden Familienmitglieder häufig in den Betrieben aushelfen und ihre spezifischen Fähigkeiten, wie IT- oder Marketingkenntnisse, einbringen. In der Bereitstellung finanzieller Mittel über familiäre Beziehungen identifiziert nachstehender Unterstützungsakteur einen zentralen Grund dafür, warum Personen mit türkischer Herkunft häufig als besonders gründungswillig wahrgenommen werden:

„Nicht statistisch gesehen, aber aus reiner Beobachtung sind die Menschen mit türkischer Herkunft aus vieler Hinsicht..., also gründen viel schneller einen Betrieb oder Laden oder Unternehmen. Weswegen? Weil die Eltern eine entsprechende Finanzkraft haben, also von ihrem Einkommen gespart haben und es dem Mädchen oder vielmehr dem Jungen zur Verfügung stellen. Und die können mit diesem Kapital schneller anfangen ein Geschäft zu gründen...“
(13_BS)

Der wahrgenommene ausgeprägte Gründungswille von Personen mit Migrationshintergrund wird seitens der befragten Unternehmer_innen und Unterstützer_innen über eine höhere Risikobereitschaft erklärt und ist grundsätzlich positiv besetzt. Damit verbinden die Befragten eine hohe Innovationskraft auf lokaler wie nationaler Ebene und leiten hieraus die Forderung an die Lokalpolitik ab, migrantische Gründungen und wirtschaftliche Tätigkeiten allgemein stärker zu fördern.

Die befragten Unternehmer_innen und Unterstützer_innen heben zudem die Ausbildungsfunktion und die Schaffung von Arbeitsplätzen für andere Migrant_innen durch selbstständige Personen mit Migrationshintergrund hervor. So wird auch die in den 1990er Jahren auf migrantische Selbstständige gerichtete Aufmerksamkeit der Bundesregierung damit erklärt, dass dieser Personenkreis von politischen Akteur_innen damals als Lösung des sich zunehmend verschärfenden Ausbildungsproblems türkischer Jugendlicher identifiziert wurde. Die Interviewten sehen sich in ihrer Ausbildungsfunktion aber durch behördliche Auflagen eingeschränkt, weshalb einzelne Befragte diese Aufgabe zukünftig nicht mehr ausüben wollen:

„[J]etzt habe ich entschieden, [...] dass wir nächstes Jahr keine Ausbildungsstellen..., weil wir kriegen immer Schwierigkeiten. [...] Schwierigkeiten von Behörden, wir wollten hier Ausbildungsplätze schaffen, um jungen Leuten zu helfen und dann haben wir jetzt festgestellt, dass wir darüber immer Schwierigkeiten bekommen. Deshalb haben wir gesagt, nächstes Jahr [ist] Schluss.“ (14_BS)

Bezüglich des betrieblichen Profils der migrantischen Ökonomie wird betont, dass sich das Spektrum von den klassischen Nischenökonomien gelöst und zunehmend ausdifferenziert habe. Insbesondere Unternehmer_innen aus der dritten und vierten Generation von Zuwanderer_innen seien nicht mehr ausschließlich in „typisch migrantischen“ Bereichen wie Gastronomie und Handel zu finden, sondern hätten sich zunehmend im Tertiären Sektor etabliert. Beispielsweise würden sie Dienstleistungen in den Bereichen IT- und Ingenieurwesen anbieten. Darüber hinaus heben die Befragten die hohe Zahl an selbstständigen Ärzt_innen und Anwält_innen mit Migrationshintergrund hervor. Dabei wird jedoch oft auch auf deren Schwierigkeiten hingewiesen, deutsche Staatsbürger_innen oder Personen mit anderen Migrationshintergründen als Patient_innen oder Klient_innen zu gewinnen.

Die Befragten heben zudem die sehr unterschiedliche Größe migrantischer Unternehmen hervor. Diese beständen nicht nur aus kleinen Betrieben mit Angestellten aus dem Familienkreis, sondern würden auch große Unternehmen mit zahlreichen Mitarbeiter_innen umfassen. Infolge ihrer branchenspezifischen Ausdifferenzierung konzentrierten sich die von Personen mit Migrationshintergrund geführten Unternehmen nicht länger auf einzelne „migrantische“ Viertel in der Stadt, sondern seien sowohl in Rostock als auch in Salzgitter und Braunschweig über das gesamte Stadtgebiet verteilt. Mit Blick auf die zunehmende Professionalisierung migrantischer Unternehmen konstatieren die Befragten, dass ein Migrationshintergrund insbesondere „in der Nische“ wirkt. Migrantische Unternehmer_innen gehen demnach davon aus, dass ihr Migrationshintergrund mit fortschreitender Professionalisierung und steigendem unternehmerischem Erfolg auf gesellschaftlicher wie politischer Ebene zunehmend an Bedeutung verliert. Dagegen würden Personen, die in „klassischen“ Klein- und Kleinstbetrieben in der Gastronomie und im Einzelhandel tätig sind, weiterhin vorwiegend als „Migrant_innen“ angesprochen. Dies verschärfe sich noch, wenn migrantische Unternehmer_innen in Rückgriff auf ihre Sprache und Kultur spezielle Angebote bereithielten, die zunächst nur für ihre Community von Interesse seien.

Mit Blick auf die Außenwahrnehmung migrantischer Ökonomien wird kritisiert, dass sich die mediale Repräsentation von Migrant_innen in erste Linie auf Negativschlagzeilen beschränke. Positive Berichterstattungen über das Engagement oder die beruflichen Erfolge von Personen mit Migrationshintergrund würden hingegen kaum öffentlich diskutiert:

„Wir finden, dass gerade das Thema Migrationshintergrund und entsprechende berufliche Themen und Bildungsthemen sehr wenig in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Und dass diese Zielgruppe auch mit negativen Stigmata besetzt ist. Das heißt wenn irgendwas mal passiert, was sehr negativ ist, dann gibt es eine Schlagzeile, aber es gibt keine Beschäftigung mit diesen Menschen aus einem positiven Blickwinkel und davon gibt es eine Menge guter Beispiele.“ (15_BS)

Einzelne Befragte erkennen aber zugleich eine Gefahr in der „Überbetonung“ der Potentiale migrantischer Unternehmer_innen. Demzufolge darf eine zunehmende Akzeptanz migrantischer Selbstständiger bzw. allgemein von Personen mit Migrationshintergrund nicht an einen offensichtlichen Nutzen für die sogenannte Mehrheitsgesellschaft gekoppelt werden. Vereinzelt thematisieren die Befragten auch eine mangelnde Akzeptanz migrantischer Unternehmer_innen

durch Politik und Gesellschaft, von der aber in erster Linie Unternehmer_innen mit deutlichen Sprachdefiziten betroffen seien.

In den voranstehenden Ausführungen wurden die Aussagen von Unternehmer_innen mit Migrationshintergrund sowie von deren Unterstützer_innen dahingehend analysiert, wie sie die migrantischen Ökonomien aus ihrer Binnenperspektive wahrnehmen und wie sie deren Wahrnehmung von außen einschätzen. Nachstehend wird beschrieben, welche Unterstützungsbedarfe und Herausforderungen die befragten Akteur_innen hinsichtlich ihrer selbstständigen Aktivitäten formulieren.

Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe

Der Darstellung der von migrantischen Unternehmer_innen identifizierten Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe wird ein Blick auf ihre Gründungsmotivationen vorangestellt. Diese fallen unter den Befragten höchst unterschiedlich aus. Während manche ihre Unternehmensgründung als Verwirklichung einer Leidenschaft oder eines Hobbys charakterisieren – beispielsweise die Eröffnung eines Restaurants –, betonen andere, dass es sich dabei viel eher um eine sogenannte Notgründung handelte. Solche Notgründungen erfolgten unter anderem zur Sicherung des Aufenthaltstitels, um den Kontakt zu Ämtern für die Beantragung von Sozialleistungen zu vermeiden oder aufgrund eines unsicheren Zugangs zum ersten Arbeitsmarkt. Auch Unterstützer_innen konstatieren einen engen Zusammenhang zwischen dem teils schwierigen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt und der Selbstständigkeit von Personen mit Migrationshintergrund. Dies verdeutlicht die nachstehende Aussage:

„[A]ber wir sehen das selber doch auch sehr gern, dass Migranten deutlich interessierter sind an der Verwirklichung, an der Selbstständigkeit. Was natürlich nicht nur der Eigenmotivation geschuldet ist, sondern auch dem Zugang eventuell in den Ersten oder Zweiten Arbeitsmarkt. Wenn ich es natürlich tendenziell schwieriger habe, gucke ich wahrscheinlich über den Tellerrand und guck, ob ich selbst etwas mache in der Region.“ (16_BS)

Eine Form der Alternativlosigkeit zur Selbstständigkeit als Gründungsmotiv übersetzt sich in einzelne Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe, welche von migrantischen Unternehmer_innen und ihren Unterstützer_innen formuliert werden. Zunächst könne damit der häufig an migrantische Unternehmer_innen herangetragene Vorwurf in Zusammenhang gebracht werden, sie würden die Risiken einer Unternehmensgründung nicht ausreichend berücksichtigen und ihre kaufmännischen wie betriebswirtschaftlichen Kenntnisse überschätzen. Kaufmännische und betriebswirtschaftliche Qualifikationsdefizite werden auch seitens der Befragten thematisiert. Dabei sind sie meist der Auffassung, dass sich derartige Defizite teils über die Jahre fort- und festgesetzt haben und die geringe Rendite mancher migrantischer Unternehmen bedingen. Dazu stellt ein Unternehmer mit türkischem Migrationshintergrund fest:

„[D]iese Tante-Emma-Läden, die geben jetzt auf, die werden jetzt groß. Das sind dann diese Großmärkte, Großhandel, [...] die werden auch gut besucht. Aber das Problem ist, diese Leute machen in Wirklichkeit kein großes Geschäft, weil diese Kalkulation können die immer noch nicht so richtig machen, weil das hat sich so fortgesetzt. [...] [M]an muss erst Mal die Fixkosten

ermitteln und dann kann man die Ware so kalkulieren, dass man da gut abschneidet. Es muss ja nicht sofort sein, aber nach gewissen Jahren muss das dann so funktionieren und das passiert bei unseren Leuten nicht.“ (17_BS)

Einzelne Unterstützer_innen befürchten, dass die private Altersvorsorge vieler migrantischer Unternehmer_innen aufgrund der geringen Rentabilität ihrer Betriebe zu kurz kommt. Zudem würden deren Qualifizierungsdefizite die Ausbildungsfähigkeit migrantischer Unternehmer_innen einschränken bzw. den Erwerb eines Ausbilderscheins erschweren.

Eine unzureichende kaufmännische und betriebswirtschaftliche Qualifikation wird von einzelnen Unterstützer_innen auch als Erklärung für die Schwierigkeiten gründungswilliger Personen mit Migrationshintergrund herangezogen, Kredite zu erhalten. So sei für einen abgelehnten Antrag auf Kreditvergabe nicht selten beispielsweise ein fehlerhaft erstellter Businessplan ursächlich. Andere Unterstützer_innen und migrantische Unternehmer_innen hingegen führen die zurückhaltende Kreditvergabe an migrantische Ökonomien eher auf generelle Vorbehalte gegenüber von nicht-deutschen Personen geführte Unternehmen zurück. Dazu führt ein Interviewpartner aus:

„[F]rüher, wenn wir den Banken gesagt haben, dass wir uns selbstständig machen wollen, haben sie uns keine Kredite gegeben. Wir haben die Banken angelogen und haben gesagt, dass wir in der Türkei ein Haus bauen wollen, dafür haben wir einen Geldkredit gekriegt. Mein Vater hat für mich gebürgt, ich habe für meinen Vater gebürgt, meine Geschwister haben sich gegenseitig gebürgt, es war schwer. Geld für Hausbau in der Türkei war zu kriegen, aber jetzt hier für Selbstständigkeit...“ (14_BS)

Unterstützer_innen betonen dabei die Verantwortung der Kommunen, dieser Ungleichbehandlung entgegenzutreten, wobei gleichzeitig deren geringer Handlungsspielraum beklagt wird. Immerhin könnten Kommunen zum Beispiel über ihre Entscheidungsmacht in Förderprojekten der EU, des Bundeslandes und der Stadt ausgleichend wirken. Migrantische Unternehmer_innen formulieren darüber hinaus weitere Unterstützungsbedarfe, die etwa die Finanzierung von Sprachkursen, Beratungsangeboten, Übersetzungen, aber auch die Anerkennungen von Abschlüssen betreffen.

Eine weitere Barriere für ihren wirtschaftlichen Erfolg sehen (auch) migrantische Unternehmer_innen und ihre Unterstützer_innen (selbst) in den häufig vorhandenen Sprachdefiziten der Selbstständigen. Dabei betonen insbesondere Unterstützer_innen die Notwendigkeit, das Angebot von Sprachkursen über das Niveau B1 hinaus für alle Interessierten staatlich zu fördern. Wird ein derartiges Angebot von Unternehmer_innen und ihren Arbeitnehmer_innen mit Migrationshintergrund intensiv genutzt und verbessern sich damit ihre Sprachkenntnisse, könne dies ihre Verhandlungsposition gegenüber öffentlichen Stellen, Banken oder Fördereinrichtungen deutlich stärken. Derzeit gehen die Befragten noch von großen sprachlichen Unsicherheiten bei Teilen der migrantischen Unternehmerschaft aus. Diese Unsicherheiten würden auch dazu führen, dass der Kontakt mit Behörden und anderen Anlaufstellen vermieden bzw. dass diesen mit Angst begegnet werde. Die geringe Inanspruchnahme von Beratungsangeboten durch migrantische Unternehmer_innen, die zuweilen mit einer angeblichen „Beratungsresistenz“ von

Personen mit Migrationshintergrund erklärt wird, sei demnach viel eher als eine Folge der Angst vor sprachlichen Hürden sowie vor aufgrund sprachlicher Defizite möglicherweise anfallenden Kosten zu verstehen. Dies führe dazu, dass Personen mit Migrationshintergrund, wie beschrieben, häufig eher auf ihre eigenen Netzwerke, also ihren Familien- und Bekanntenkreis, zurückgreifen würden, um für ihre ökonomische Tätigkeit relevante Informationen einzuholen. Die informellen, aber auch die formellen Netzwerke migrantischer Unternehmer_innen sowie deren Wahrnehmung bestehender Unterstützungsangebote werden nachstehend näher beleuchtet.

Netzwerke und Unterstützungsangebote

Mit Blick auf die Wahrnehmung und Inanspruchnahme der Angebote öffentlicher Einrichtungen für (migrantische) Unternehmer_innen betonen die Befragten, dass diese den migrantischen Unternehmer_innen häufig völlig unbekannt sind. Es wird beklagt, dass Informationen über staatlich geförderte Beratungen und Finanzierungsmöglichkeiten nicht zielgruppengerecht kommuniziert werden, was wiederum darauf zurückgeführt wird, dass sich migrantische Organisationen und öffentliche Einrichtungen der lokalen Ebene insgesamt kaum untereinander austauschen. Darüber hinaus sei migrantischen Unternehmer_innen der „Mehrwert“ dieser Angebote häufig nicht bewusst. Eine Unterstützerin führt die geringe Inanspruchnahme von Förder- und Beratungsangeboten seitens der migrantischen Unternehmer_innen außerdem auf ein gewisses Maß an Misstrauen gegenüber öffentlichen Einrichtungen zurück. Dabei betont sie, dass die gegenwärtigen Informationsstrategien kaum geeignet sind, dieses Misstrauen abzubauen:

„Aber natürlich wenn man Behörde hört, vielleicht haben einige schlechte Erfahrungen gemacht und haben ein bisschen Angst, aber das nimmt man ihnen nicht durch Flyer, sondern man nimmt es ihnen durch Erfahrungsaustausch, indem man zum Beispiel zeigt, Herr X ist auch da gewesen, Herr X hat folgende Ergebnisse erzielt, möchten Sie nicht auch solche Ergebnisse? Aber es wird nicht erzielt, indem man versucht penetrant irgendwelche Flyer, die die Menschen nicht ansprechen, weiter zu verteilen“ (15_BS).

Darüber hinaus wird kritisiert, dass viele lokale Akteur_innen den beschriebenen Wandel innerhalb der migrantischen Ökonomien noch nicht vollumfänglich erkannt und in ihre Förderstrukturen und -angebote übersetzt hätten. Demnach werden migrantische Ökonomien noch immer überwiegend mit Klein- und Kleinstunternehmen assoziiert und ihre ökonomischen Potentiale, insbesondere diejenigen von Unternehmer_innen der dritten und vierten Generation von Zugewanderten, nicht erkannt. Dies wird nicht zuletzt mit einer fehlenden interkulturellen Öffnung lokaler Verwaltungen und anderer öffentlicher Einrichtungen in Verbindung gebracht, deren Möglichkeiten einer kultursensiblen Beratung für Personen mit Migrationshintergrund daher stark eingeschränkt seien. Fehlende Flexibilität bzw. eine fehlende Anschlussfähigkeit an unternehmerische Handlungsformen jenseits des „klassischen deutschen Unternehmers“ und damit gleichzeitig eine mangelnde Anerkennung neuer, zeitgemäßer Formen unternehmerischer Tätigkeit sehen die befragten Unterstützer_innen und Unternehmer_innen auch in den Strukturen der Industrie- und Handelskammern, was ebenfalls auf eine fehlende interkulturelle

Öffnung zurückgeführt wird: Migrant_innen seien unter den Funktionär_innen und Mitarbeiter_innen kaum vertreten. Diese alles behindere migrantisches Unternehmertum. Aber auch die generelle Kompetenz einiger Personen, die bei Kammern und anderen Einrichtungen Unternehmer_innen beraten, wird zuweilen in Frage gestellt. Demnach sei auch die fehlende unternehmerische Erfahrung einiger Mitarbeiter_innen von IHKs und anderer Organisationen dafür verantwortlich, dass Beratungs- und Unterstützungsangebote nicht adäquat an die tatsächlichen Bedürfnisse und Problemlagen migrantischer Unternehmer_innen in den unterschiedlichen Phasen ihrer unternehmerischen Tätigkeit angepasst werden könnten. Ein Unternehmer mit Migrationshintergrund führt hierzu aus:

„Da bin ich der Meinung, dass viele die im institutionellen Netzwerk sitzen, sich mit Unternehmern auseinandersetzen und selbst nie unternehmerisch aktiv waren. Und wenn ich nicht unternehmerisch aktiv war und in der IHK sitze und muss dann jemanden betreuen, dann fange ich auch irgendwann an tatsächlich abzustumpfen.“ (16_BS)

Kritisiert wird zudem das hohe Maß an Bürokratisierung von Unterstützungs- und Beratungsstrukturen, welche insbesondere neuzugewanderten Menschen fremd sei. Wie beschrieben, griffen diese deshalb lieber auf ihre Familie oder andere informelle Netzwerke zurück, um Informationen oder finanzielle Unterstützung zu erhalten. Ein hoher Grad an Bürokratisierung kennzeichnet laut den befragten Unterstützer_innen auch die einzelnen Förderinstrumente. Angebote könnten deswegen häufig nicht flexibel an die spezifischen Bedürfnisse der Unternehmer_innen angepasst werden. Zum Beispiel wird beschrieben, welche Hürden sich für Unternehmer_innen, die ihre Mitarbeiter_innen international anwerben, dadurch ergeben, dass der Weg zur Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis dieser Mitarbeiter_innen sowie zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse kostenintensiv und hoch bürokratisiert sind. Das Festhalten an unzeitgemäßen Regularien und Verfahren schränke nicht nur die Aktivitäten migrantischer Unternehmer_innen ein, sondern hemme die wirtschaftliche Innovationskraft der gesamten Region.

Die befragten Unterstützer_innen und Unternehmer_innen betonen, dass die Lösung des Problems der geringen Inanspruchnahme von Beratungs- und Unterstützungsangeboten durch Unternehmer_innen mit Migrationshintergrund nicht zwangsläufig in der Etablierung zielgruppenspezifischer Angebote liegen muss. Ihres Erachtens sollten insbesondere die Kammern viel eher ihre Anstrengungen intensivieren, migrantische Unternehmer_innen für ihre (Regel-) Angebote zu gewinnen. Dabei kritisieren einzelne Unterstützer_innen, dass vor dem Hintergrund des zunehmend spürbaren Fachkräftemangels Personen mit Migrationshintergrund lediglich als Arbeitsmarktressource Aufmerksamkeit erfahren. Unternehmerische Aktivitäten dieses Personenkreises würden auch bei den Kammern hingegen meist nur mit den in den jeweiligen Städten sichtbaren Imbissbuden, Schneidereien oder Gemüseläden in Verbindung gebracht. Daher werde die Bedeutung migrantischer Ökonomien für die Regionalökonomie als gering eingeschätzt und deren aktive Einbindung – nicht zuletzt in die Aktivitäten der IHKs – vernachlässigt. Dabei konstatieren die Befragten, dass die Überwindung derartiger Assoziationsmuster durch die uneinheitliche bzw. unzureichende Datenlage zu ökonomisch aktiven Personen mit Migrationshintergrund erschwert wird. Die Befragten heben aber zugleich die eigene Verant-

wortung migrantischer Unternehmer_innen hervor, Angebote, soweit sie ihnen bekannt sind, stärker in Anspruch zu nehmen.

In Bezug auf die IHKs thematisieren die Befragten, dass migrantischen Unternehmer_innen deren Mehrwert für die eigene unternehmerische Tätigkeit häufig nicht bewusst ist. Dies wird vor dem Hintergrund der Zugehörigkeits- und Beitragspflicht der Unternehmen als Problem wahrgenommen, wie nachstehende Aussage verdeutlicht:

„Direkt von der IHK kam noch keiner hier her, das finde ich auch schade. Wozu brauchen wir die IHK? Soviel Geld zahlen wir als Mitglieder, aber wofür? Das ärgert mich manchmal. Ein paar tausend Euro zahle ich, aber wozu, was macht die IHK für mich? Auch von meinen anderen Kollegen in der Gastronomie, die kleinen Betriebe, was macht die IHK für die Betriebe? Das ist auch das große Problem..., in der Bundesrepublik.“ (14_BS)

Die befragten Unternehmer_innen und Unterstützer_innen sehen gerade aufgrund der Pflichtmitgliedschaft in den Kammern die Gefahr, dass diese die migrantischen Ökonomien gar nicht explizit ansprechen oder vertreten müssen. Wenn die Kammern um ihre Mitglieder werben müssten, böte das hingegen die Chance, dass auch migrantische Unternehmer_innen eine höhere Aufmerksamkeit erfahren.

Bezüglich der Frage, ob für migrantische Unternehmer_innen zielgruppenspezifische Beratungs- und Unterstützungsstrukturen angeboten werden sollten (Sonder- vs. Regelförderung), divergieren die Meinungen unter den befragten Unternehmer_innen und Unterstützer_innen. Manche betonen, dass migrantische Unternehmer_innen keinesfalls anders als deutsche Selbstständige behandelt werden möchten. Andere gehen hingegen davon aus, dass der Migrationshintergrund einer Person eine derart wichtige Determinante in deren Leben und Beruf darstellt, dass spezifische Angebote für migrantische Unternehmer_innen unbedingt erforderlich sind. Die Mehrheit der Unterstützer_innen plädiert dafür, dass diese Frage zeit- und personenspezifisch beantwortet werden muss:

„Also nach meiner Beobachtung bringt es überhaupt nichts, wenn ich ein 08/15-Gründungskonzept, -Gründungsangebot oder -Gründungsbegleitung habe. Dann kann ich dort keine Hilfestellung geben, sondern es muss schon auf diese jeweilige Zielgruppe, wo kommt derjenige oder diejenige her, mit welchem Hintergrund, ob nun interkulturell oder sozial, ob nun auch von den beruflichen Vorkenntnissen her, wo genau steht dieser Mensch, der sich jetzt beruflich verändern will.“ (17_HRS)

Weiter wird ausgeführt, dass eine Balance gefunden werden muss zwischen dem Ziel der gesellschaftlichen Integration migrantischer Unternehmer_innen und der Berücksichtigung ihrer besonderen Unterstützungsbedarfe, beispielsweise im Fall großer sprachlicher Unsicherheit und daraus resultierender Hemmungen im Kontakt mit Nicht-Migrant_innen. Zugleich wird einmal mehr auf die mangelhafte Datenlage verwiesen, aufgrund derer schwer zu beurteilen sei, wie groß der Bedarf an zielgruppenspezifischen Angeboten zur Unterstützung selbstständiger Personen mit Migrationshintergrund tatsächlich sei.

In den vorangegangenen Ausführungen konnten Ursachen dafür identifiziert werden, dass sich migrantische Unternehmer_innen insbesondere in familiären und/oder informellen Netzwerken organisieren. So betonen auch die hier befragten Unternehmer_innen die Bedeutung informeller Netzwerke für ihre ökonomischen Aktivitäten. Diese Netzwerke umfassen neben Familienmitgliedern befreundete Unternehmer_innen mit ähnlicher Migrationsgeschichte, aber auch, nationalitätenübergreifend, befreundete Unternehmer_innen, die in derselben Branche aktiv sind. Die Befragten verweisen des Weiteren auf „ethnische“ Verbände wie den „Bund Türkisch-Europäischer Unternehmer/innen“ (BTEU) oder vereinzelt auch auf branchenspezifische Verbände wie den „Hotel- und Gaststättenverband“ (DEHOGA). Zudem holen sie sich Hilfe und Informationen über Glaubensgemeinschaften und migrantische Vereine. Während informelle Netzwerke als essentiell für den gegenseitigen Informationsaustausch und gegenseitige Hilfestellungen unter migrantischen Unternehmer_innen gelten, wird zugleich der fehlende Einfluss dieser institutionell nicht verankerten und etablierten Netzwerke auf institutionelle Strukturen und politische Entscheidungen problematisiert.

Die Regionen Rostock und Braunschweig werden von den befragten Unternehmer_innen und Unterstützer_innen trotz der identifizierten Herausforderungen hinsichtlich der Beziehungen zu Lokalpolitik und öffentlichen Einrichtungen als grundsätzlich gründungsfreundlich beschrieben. Braunschweig biete Migrant_innen gute Rahmenbedingungen für die Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit, da die Bevölkerung „offen“ und migrantische Unternehmen als Teil der lokalen Wirtschaft akzeptiert seien. Betont wird auch die „Übersichtlichkeit“ der Stadt, welche einen schnellen Informationsaustausch zwischen Unternehmer_innen, Unterstützer_innen und institutionellen Akteuren_innen ermögliche. Hervorgehoben wird zudem das ausgereifte „Gründungsnetzwerk“ in der Region, welches aber noch adäquat kommuniziert und verstärkt in Anspruch genommen werden müsse. Der positive Effekt „kurzer Wege“ wird auch mit Blick auf Rostock und ganz Mecklenburg-Vorpommern erwähnt. Den gut etablierten Integrationsnetzwerken in der Region Rostock wird konzidiert, dass sie maßgeblich zur Schaffung eines gründungsfördernden Klimas für Migrant_innen beitragen.

Zwischenfazit

Durch die Analyse der Binnenperspektive der migrantischen Ökonomien in den IHK-Regionen Braunschweig und Rostock konnten verschiedene Aspekte herausgearbeitet werden, die das Verhältnis zwischen migrantischen Unternehmer_innen und ihrem lokalpolitischen Umfeld prägen. Die Befragten beschreiben zunächst, wie vielfältig die ökonomischen Tätigkeiten von migrantischen Selbstständigen heute sind, und grenzen sich damit von einer Außenwahrnehmung ab, die migrantische Betriebe fast ausschließlich als Klein- und Kleinstunternehmen einordnet. Die Relevanz der Familie und weiterer informeller Netzwerke wird als zentral für den Erfolg eines migrantischen Unternehmens eingeschätzt, und es werden migrantischen Selbstständigen spezifische Fähigkeiten wie eine höhere Risikobereitschaft zugeschrieben. Trotzdem konstatieren die Befragten, dass ein Teil der migrantischen Unternehmensgründungen „aus der Not heraus“ geschieht. Als Folge würden sich spezifische Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe für diese Unternehmen ergeben, die zum Beispiel die Kompensation mangelnder kaufmännischer, betriebswirtschaftlicher und sprachlicher Kenntnisse der betreffenden Unter-

nehmer_innen, aber auch der zurückhaltenden Kreditvergabe an diese Unternehmer_innen durch die Banken betreffen. Auch die Beziehungen zwischen migrantischen Unternehmer_innen und kommunalen Einrichtungen werden überwiegend als nicht ganz einfach beschrieben. Kritisiert wird die fehlende interkulturelle Öffnung dieser Einrichtungen, die mangelnde Repräsentanz von Migrant_innen in diesen sowie das generell hohe Maß an Bürokratisierung, das eine flexible Reaktion auf die Bedürfnisse migrantischer Unternehmer_innen verhindere. Negativ beurteilt wird auch die Pflichtmitgliedschaft in den Kammern. Diese Probleme werden als ursächlich dafür angesehen, dass migrantische Unternehmer_innen Unterstützung in erster Linie in familiären und/oder informellen Netzwerke suchten und insgesamt eher schlecht über vorhandene öffentliche Unterstützungsangebote informiert seien. Weniger ausschlaggebend sei dabei, ob letztere zielgruppenspezifisch ausgerichtet seien; allerdings müssten Kommunikationsstrategien den Arbeits- und Lebensrealitäten von Migrant_innen angepasst werden. Trotz dieser Schwierigkeiten nehmen die befragten Unternehmer_innen die Standorte Rostock und Braunschweig als durchaus positives und beförderndes Umfeld für ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten wahr.

9 Vergleich der Wahrnehmungen

Zusammenfassung

- Lokalpolitische Akteure und Repräsentant_innen der migrantischen Ökonomien sind sich dahingehend einig, dass viele migrantische Unternehmer_innen über einen ausgeprägten Gründungswillen sowie eine besondere hohe Risikobereitschaft verfügen. Beides wird positiv bewertet. Auch wird die Relevanz der Familie und weiterer sozialer Netzwerke für das wirtschaftliche Handeln betont.
- Hinsichtlich der Potentiale migrantischer Ökonomien für die Stadt- und Regionalentwicklung betonen lokalpolitische Akteure vielfach, dass die für migrantische Ökonomien ihres Erachtens charakteristischen Klein- und Kleinstbetriebe eine wichtige Rolle für die Nahversorgung im Quartier übernehmen können. Zwar weisen auch Vertreter_innen der migrantischen Ökonomien auf diesen Aspekt hin, betonen jedoch gleichzeitig die Ausdifferenzierung des Profils migrantischer Ökonomien, die (mittlerweile) beispielsweise auch hochqualifizierte Freie Berufe umfassen.
- Beide Akteursgruppen erkennen eine mangelnde Vernetzung zwischen migrantischen Unternehmer_innen und öffentlichen Einrichtungen. Die Frage, ob für die Unterstützung migrantischer Ökonomien spezifische Angebote geschaffen werden sollten oder ob diese über die vorhandenen Regelangebote gewährleistet werden sollte wird in durchaus ähnlicher Weise diskutiert und abgewogen; insbesondere Vertreter_innen der migrantischen Ökonomien weisen jedoch auf den ihres Erachtens zu hohen Bürokratisierungsgrad vieler Regelangebote hin.

Das folgende Kapitel widmet sich dem Vergleich zwischen den Wahrnehmungen lokalpolitischer Akteure einerseits und migrantischer Unternehmer_innen sowie ihrer Unterstützer_innen andererseits. Es wird danach gefragt, inwiefern hinsichtlich folgender Punkte von übereinstimmenden bzw. abweichenden Wahrnehmungen dieser Akteursgruppen ausgegangen werden muss: (1) hinsichtlich der Wahrnehmung dessen, was überhaupt unter migrantischen Ökonomien zu verstehen ist, (2) hinsichtlich der wahrgenommenen Potentiale migrantischer Ökonomien für die Stadt- und Regionalentwicklung und (3) hinsichtlich der Einschätzung lokaler Unterstützungsstrukturen und -maßnahmen. Dieser Vergleich erfolgt, um herauszufinden, inwiefern migrantische Unternehmer_innen seitens der Lokalpolitik „abgeholt“ und angesprochen werden bzw. ob die gegenseitigen Wahrnehmungen dafür zu sehr voneinander abweichen.

(1) Hinsichtlich dessen, was unter migrantischen Ökonomien verstanden wird, gibt es grundsätzlich viele Übereinstimmungen zwischen den beiden betrachteten Akteursgruppen. Zunächst einmal herrscht die Auffassung vor, dass es ein wirtschaftlich selbstständiges Handeln an sich gibt, für das der migrantische Hintergrund von Unternehmer_innen keine Rolle spielt. Zwar betonen einige migrantischen Unternehmer_innen bzw. ihre Unterstützer_innen stärker als die lokalpolitischen Akteure die spezifische Qualität interkultureller Kompetenzen. So sei es für das

wirtschaftliche Handeln von Vorteil, sich in verschiedenen ökonomischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Kontexten, zum Beispiel einem „türkischen“ und einem „deutschen“, orientieren zu können. Darüber hinaus grenzen sich viele migrantische Unternehmer_innen von einem als „deutsch“ konnotierten Verständnis von Unternehmertum ab, das lediglich das Bestehen eines Unternehmens am Markt als Erfolg werte. Auf der anderen Seite werden migrantischen Unternehmer_innen aber auch von den lokalpolitischen Akteuren ein ausgeprägter Gründungswille sowie eine große Risikobereitschaft zugeschrieben, was positiv bewertet wird. Gleichzeitig wird von beiden Seiten betont, dass einige migrantische Unternehmensgründungen „aus der Not heraus“ erfolgen. Zudem wird von lokalpolitischen Akteur_innen und migrantischen Unternehmer_innen gleichermaßen die Relevanz der Familie und weiterer sozialer Netzwerke betont, die entscheidend zum Erfolg eines Unternehmens beitragen (z.B. hinsichtlich finanzieller Unterstützung und gründungsrelevanter Informationen).

(2) Hinsichtlich der Einschätzung der Potentiale migrantischer Ökonomien für die Stadt- und Regionalentwicklung ist zunächst festzustellen, dass lokalpolitische Akteure migrantische Unternehmen vielfach als Klein- und Kleinstbetriebe einordnen, die zwar weniger innovativ und strukturbildend seien, dafür aber eine besondere Relevanz für die Nahversorgung im Quartier hätten. Dabei werden die Chancen, die darin liegen könnten, dass migrantische Betriebe zur Internationalisierung der regionalen Wirtschaft, zur Akquise ausländischer Direktinvestitionen, zur Erschließung internationaler Absatzmärkte sowie zum Aufbau von Handelsbeziehungen beitragen, weniger erkannt. Migrantische Unternehmer_innen und ihre Unterstützer_innen charakterisieren die Potentiale migrantischer Ökonomien deutlich anders. Auch sie sind der Auffassung, dass migrantische als Teil lokaler Ökonomien schwerpunktmäßig klein- und kleinstgewerbliche Strukturen aufweisen; gleichzeitig verweisen sie aber auf den Wandel der Struktur migrantischer Ökonomien, der längst stattgefunden habe: Es wird ein breites Spektrum migrantischen Unternehmertums konstatiert, das in unterschiedlichsten Zweigen der lokalen und regionalen Wirtschaft präsent sei. Nicht zuletzt aufgrund ihrer spezifischen Gründermentalität gäben migrantische Unternehmer_innen der regionalen Wirtschaftsentwicklung positive Impulse. Einig sind sich die Vertreter_innen beider Akteursgruppen dahingehend, dass migrantische Unternehmer_innen überdurchschnittlich häufig mit mangelnden Deutschkenntnissen sowie mangelnden betriebswirtschaftlichen und kaufmännischen Kenntnissen zu kämpfen hätten, was ihren wirtschaftlichen Erfolg einschränken könne. Einige Interviewte merken an, dass derlei Wissensdefizite nicht dem Migrationshintergrund, sondern dem Bildungsstand der betreffenden Unternehmer_innen geschuldet seien und insofern kein Unterschied zwischen nicht-migrantischen und migrantischen Unternehmer_innen festgestellt werden könne.

(3) Hinsichtlich der Wahrnehmung lokalpolitischer Unterstützungsstrukturen und -maßnahmen sowie hinsichtlich ihrer gegenseitigen Zusammenarbeit und Vernetzung lassen sich ebenfalls Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen lokalpolitischen Akteur_innen einerseits und migrantischen Unternehmer_innen sowie ihren Unterstützer_innen andererseits feststellen. Eine mangelnde Vernetzung wird von beiden Gruppen erkannt – etwas stärker von den migrantischen Unternehmer_innen, von denen mehrere darauf hinweisen, dass sie kaum über Beziehungen zu Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen verfügten. Zudem beklagen sie eine mangelnde Repräsentanz von Migrant_innen in Behörden, öffentlichen Einrichtungen und Kammern. Aber auch die Vertreter_innen lokaler Einrichtungen thematisieren die

hohen Hemmschwellen, die migrantische Unternehmer_innen mit Blick auf Unterstützungsangebote und Förderstrukturen häufig wahrnehmen, und äußern die Bereitschaft, hier entsprechend zu reagieren – z.B. über eine Veränderung ihrer Kommunikationsstrategien. Sowohl für Braunschweig als auch für Rostock wird von Expert_innen angemerkt, dass seitens der migrantischen Communities teils wenig Interesse an spezifischen Informations-, Bildungs- und Beratungsangeboten gezeigt wird. Migrantische Unternehmer_innen und ihre Unterstützer_innen führen diesen Umstand vor allem auf die unter Migrant_innen verbreitete Angst vor öffentlichen Institutionen zurück. Einen weiteren Grund für diesen Umstand sehen beide betrachtete Akteursgruppen darin, dass manche Angebote einfach unbekannt seien bzw. nicht in einer den Lebensrealitäten von Migrant_innen entsprechenden Weise beworben würden. Die Frage, ob migrantischen Unternehmer_innen zielgruppenspezifische Beratungs- und Unterstützungsangebote unterbreitet werden sollten (Sonder- vs. Regelförderung) wird in beiden Akteursgruppen ähnlich kontrovers diskutiert: In beiden reichen die Ansichten hierzu von der Auffassung, dass eine spezifische Förderung nicht notwendig sei, vielmehr eine Form positiver Diskriminierung darstelle, bis hin zu der Feststellung, dass diese Frage nur bezogen auf jeweils individuelle Unternehmer_innen und deren Bedürfnisse sachhaltig beantwortet werden könne. Besonders die befragten migrantischen Unternehmer_innen nehmen jedoch einen insgesamt hohen Grad an Bürokratisierung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten wahr. Er verhindere, dass Institutionen flexibel auf die Bedürfnisse migrantischer Unternehmer_innen reagieren könnten, was letztlich auch zum Verlust an Innovationskraft zum Nachteil der Region führe. Teils wird diese Einschätzung durch lokalpolitische Akteure bestätigt.

Insgesamt wird deutlich, dass migrantische Ökonomien sehr verschieden wahrgenommen werden und insofern bestenfalls ein diffuses kommunalpolitisches Themenfeld konstituieren. So zeichnen sich nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der beiden betrachteten Akteursgruppen – lokalpolitischen Akteuren einerseits und migrantischen Unternehmer_innen sowie ihren Unterstützer_innen andererseits – unterschiedliche Haltungen und Auffassungen zu den Charakteristika, den Potentialen und den Bedarfen migrantischer Ökonomien ab. Es wird kein konsistenter gemeinsamer Interpretationsrahmen erkennbar, innerhalb dessen die mit migrantischen Ökonomien befassten Akteure deren Potentiale und deren Einbindung in die lokale und regionale Wirtschaft verhandeln könnten.

10 Exkurs: Polnische Unternehmer_innen in Braunschweig

Piotr Sosinski

Zusammenfassung

- Die polnischen Unternehmer_innen in Braunschweig gehen sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Tätigkeiten nach und sehen sich mit ganz verschiedenen Problemlagen und Herausforderungen konfrontiert.
- Eine spezifische konzeptionelle Herausforderung in der Untersuchung und Thematisierung migrantischer Ökonomien besteht im Phänomen der sogenannten Scheinselbstständigkeit.

Einleitung

Im Folgenden werden die Ergebnisse einer explorativen Untersuchung polnischen Unternehmertums in Braunschweig vorgestellt. Dieser Blick auf eine bestimmte Gruppe von Selbstständigen mit Migrationshintergrund soll einen vertieften Einblick in die Dynamik des ‚migrantischen Gründungsgeschehens‘ sowie in die aus der Binnenperspektive migrantischer Ökonomien heraus wahrgenommenen Herausforderungen und Problemlagen ermöglichen. Die Untersuchung beruht auf einem Mix aus quantitativen und qualitativen Analysemethoden. So wurden statistische Daten zum Bestand und zur Entwicklung polnischer Gewerbetreibender ausgewertet und insgesamt sieben qualitative Interviews mit Wirtschaftsexpert_innen, Vereinsmitgliedern sowie Unternehmer_innen mit polnischem Migrationshintergrund geführt. Auf dieser Grundlage wurden die spezifischen Herausforderungen, mit denen sich polnische Unternehmer_innen in Braunschweig konfrontiert sehen, herausgearbeitet. Diese spiegeln im Wesentlichen die Narrative der befragten Unternehmer_innen und Expert_innen wider und geben einen Einblick in deren Binnen- und Außenwahrnehmungen. Die folgenden Ausführungen erheben insofern keinen Anspruch auf Übertragbarkeit auf alle in Braunschweig selbstständig tätigen Personen mit (polnischem) Migrationshintergrund.

Pol_innen in Braunschweig

Im Jahr 2014 lebten 3.118 Personen mit polnischer Staatsbürgerschaft in Braunschweig, was einem Anteil von 14,4 % aller als „Ausländer_innen“ in der Stadt gemeldeten Personen entsprach (vgl. Tab. 9). Unter allen Personen mit Migrationshintergrund bildeten Personen mit polnischem Migrationshintergrund mit 24,5 % die größte Gruppe (vgl. Tabelle 10). Polnische Migrant_innen stellten damit eine der größten „nicht-deutschen“ Bevölkerungsgruppen in Braunschweig dar.

Tab. 9: Größte Ausländer_innengruppen der Stadt Braunschweig nach erster Staatsangehörigkeit 2014 (Quelle: Piotr Sosinski nach Stadt Braunschweig (Referat Stadtentwicklung Statistik) 2015a: 2)

	Ausländer_innen in Braunschweig	
Ausländer_innen insg.	100,00%	21.981
Türkei	23,30%	5.089
Polen	14,40%	3.118
Italien	5,60%	1.222

Tab. 10: Größte Gruppen von Personen mit Migrationshintergrund nach erster und zweiter Staatsangehörigkeit in Braunschweig 2014 (Quelle: Piotr Sosinski nach Stadt Braunschweig (Referat Stadtentwicklung Statistik) 2015b: 2f, 11)

	Personen mit Migrationshintergrund in Braunschweig	
Insgesamt	100,00%	38.773
Polen	24,50%	14.894
Türkei	15,80%	9.597
Russische Föderation	7,10%	4.342
Kasachstan	6,50%	3.940
Italien	3,30%	2.032

Insbesondere in den 1990er Jahren sowie zu Beginn der 2000er Jahre stieg die Zahl polnischer Migrant_innen in Braunschweig stark an. Dies kann auf europa- und bundespolitische Maßnahmen zurückgeführt werden: die Abschaffung der Visumpflicht für polnische Staatsbürger_innen infolge der Umsetzung des Schengener Abkommens im Jahr 1990 sowie Polens Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 2004. Auf ihrem „Weg in Richtung Westen“ war Braunschweig für viele Pol_innen die erste Station, da die neuen Bundesländer als weniger attraktive Destination wahrgenommen wurden. Auch die gute Verkehrsverbindung zwischen Braunschweig und Polen über die Autobahn A2 trug zur Attraktivität der Stadt für polnische Migrant_innen bei.

Als ‚Zentrum‘ der polnischen Community Braunschweigs gilt der südwestliche Teil der Weststadt. Dort befindet sich die im Jahr 1979 gegründete Kirche der „Polnischen Katholischen Mission“, die als älteste polnische Institution der Stadt bezeichnet werden kann. In Braunschweig finden sich zudem zwei polnische Verbände, der „Polnische Kulturverein“ sowie der „Polnisch-Deutsche Hilfsverein“. Letzterer kümmert sich neben Aktivitäten im Bereich Kultur und Ausbildung auch um die Vermittlung zwischen Behörden und polnisch-stämmigen Braunschweiger_innen, die noch nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen.

Polnische migrantische Ökonomie in Braunschweig

Nach Angaben der Abteilung „Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten“ der Stadtverwaltung Braunschweig gründeten polnische Staatsangehörige in den Jahren 2006 bis 2013 1.310 Unternehmen (vgl. Abb. 16). Ihren Höhepunkt erreichten diese Gründungen im Jahr 2007 als 207

neue Unternehmen angemeldet wurden. Diese Zahl sank dann bis 2009, stagnierte bis 2012 bei etwa 150 Gründungen pro Jahr und stieg anschließend wieder leicht an. Allerdings gilt es zu beachten, dass in jedem dieser Jahre beinahe genauso viele von Pol_innen geführte Unternehmen abgemeldet wie neugegründet wurden. So existierte Ende 2013 mit 389 von Pol_innen geführten Unternehmen nur noch weniger als ein Drittel der in den Jahren zuvor gegründeten Betriebe. Die Branchen, in denen die meisten polnischen Unternehmer_innen tätig sind bzw. waren, sind Fliesenlegen und Trockenbau, gefolgt von Gartenarbeiten, Gebäudereinigung und Putzarbeiten (vgl. Tab. 11).

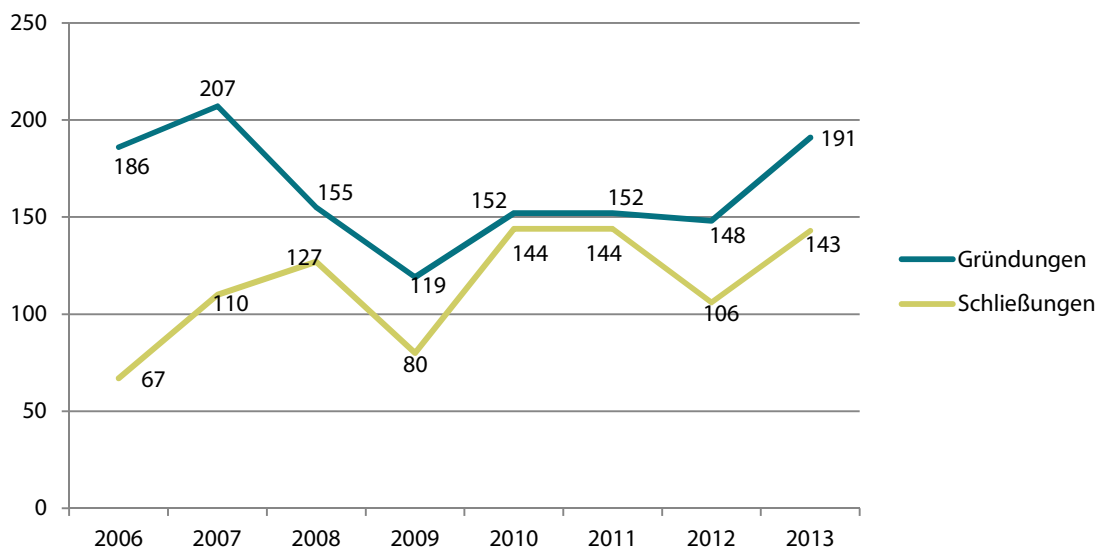


Abb. 16: Gründungen und Schließungen von polnischen Unternehmen in Braunschweig 2006-2013 (Quelle: Stadt Braunschweig, Fachbereich Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit, Abteilung Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten, Berechnungen: Piotr Sosinski)

Tab. 11: Häufigste gewählte Tätigkeiten der polnischen Unternehmer_innen in Braunschweig 2006-2013 (Quelle: Stadt Braunschweig, Fachbereich Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit, Abteilung Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten, Berechnungen: Piotr Sosinski)

Tätigkeit	Anzahl der 2006-2013 gegründeten Unternehmen
Fliesenleger	287
Trockenbau	248
Gartenarbeiten	163
Gebäudereinigung	153
Handel	44
Putzarbeiten	20
Betreuung von Kinder und Senioren	15

Nur sehr wenige der von Pol_innen geführten Unternehmen in Braunschweig sind explizit auf polnische Kund_innen ausgerichtet. Die Kund_innen beziehungsweise Auftraggeber_innen sind vor allem deutsche Staatsangehörige. In Braunschweig finden sich beispielsweise zwei Ge-

schäfte mit polnischen Lebensmitteln. Im Gegensatz zu großen „polnischen“ Zentren in anderen Städten beispielsweise in Großbritannien oder Irland, sind Geschäfte von Pol_innen im Stadtbild von Braunschweig kaum sichtbar. Dies kann über die regelmäßigen Kontakte polnischer Migrant_innen in ihr Herkunftsland und die damit verbundene Möglichkeit zur selbstständigen Warenbeschaffung, insbesondere von Lebensmitteln, erklärt werden.

Herausforderungen für polnische Unternehmer_innen in Braunschweig

Notlösungen und Scheinselbstständigheiten

Die hohe Zahl an Gewerbeanmeldungen durch polnische Staatsangehörige wird vor allem mit der Beschränkung der Freizügigkeit für diese Personengruppe innerhalb der EU in den ersten Jahren nach dem polnischen EU-Beitritt (d.h. in den Jahren 2004 bis 2011) in Zusammenhang gebracht. Vor allem für Pol_innen mit geringem Ausbildungsniveau oder fehlenden Sprachkenntnissen stellte die Anmeldung eines Gewerbes häufig die einzige Möglichkeit dar, legal in Deutschland zu arbeiten bzw. ihren Aufenthalt dort zu legalisieren. Ein erster Kontakt zum deutschen Arbeitsmarkt erfolgte laut den Befragten häufig über „prosperierende Unternehmen“, die von schon seit Langem in Deutschland bzw. Braunschweig lebenden polnischen Zuwanderer_innen gegründet worden waren. Eine wichtige Rolle spielte dabei die informelle Vernetzung. So wurde beschrieben, wie neue Mitarbeiter_innen in von Pol_innen geführten Unternehmen von den Betreiber_innen direkt in Polen angeworben wurden. Im Zusammenhang mit der selbstständigen wirtschaftlichen Tätigkeit polnischer Staatsangehöriger wird in den mit Expert_innen und Unternehmer_innen geführten Gesprächen insbesondere die sogenannte Scheinselbstständigkeit als drängendes Problem genannt. Demnach melden neu nach Braunschweig zugezogene Pol_innen häufig ein „Scheingewerbe“ an und entheben damit das Unternehmen, für das sie tatsächlich arbeiten, von der Verpflichtung Sozialversicherungsabgaben zu zahlen. Dadurch entfällt einerseits die Absicherung durch das deutsche Sozialversicherungssystem, andererseits verbleibt die volle Haftung für die ausgeübten Tätigkeiten bei den scheinselbstständigen Arbeitnehmer_innen, so dass sich deren individuelle Vulnerabilität massiv erhöht. Die Befragten gehen davon aus, dass auch gegenwärtig – trotz mittlerweile gewährter voller Personenfreizügigkeit für Pol_innen innerhalb der EU – ein großer Teil der in Braunschweig von polnischen Staatsangehörigen gegründeten Unternehmen dem Phänomen der Scheinselbstständigkeit zuzurechnen sind. Ein Gesprächspartner beschreibt die Situation wie folgt:

„Diejenigen, die hier länger sind holen sich Jungs aus Polen. Die wohnen alle zusammen, sprechen kein Deutsch, brauchen sich keine Sorgen zu machen – die müssen nur um 7 Uhr auf der Baustelle sein. Für jeden wird natürlich ein Gewerbe geöffnet. Es tut mir sehr Leid für sie, weil die richtig ausgenutzt werden. Der Chef kriegt für sie etwa 20 Euro pro Stunde, bezahlt ihnen aber nur 8 Euro.“

Immerhin benennen die Befragten auch einen positiven Effekt der Scheinselbstständigkeit: Die Zahl sogenannter „Schwarzarbeiter_innen“ sinke stetig.

Fehlende Sprachkenntnisse

Als weitere Herausforderung für eine erfolgreiche Integration polnischer Zuwanderer_innen in den Braunschweiger Arbeitsmarkt nennen die Befragten fehlende Sprachkenntnisse. Auch diejenigen, die bereits in der Schule Deutschunterricht hatten, verfügen demnach oft nicht über die für eine adäquate Erwerbsarbeit erforderlichen Deutschkenntnisse. Als Folge müssten sie häufig unter ihrem eigentlichen Qualifikationsniveau liegende Tätigkeiten ausüben. In diesem Sinne stellt ein Interviewpartner fest:

„Ich komme aus Swiebodzin – das ist ein kleines Städtchen, nicht weit von der Grenze. Da gibt es viele Unternehmen, die Fachkräfte brauchen. Die sind aber alle weg. Ich finde das sehr traurig, dass die jungen Menschen mit dem Universitätsabschluss alles spontan einpacken, sie nehmen ihre Kinder mit, kommen nach Deutschland und nehmen eine Tätigkeit in den niedrigsten Stellen an – die Mädchen häufig als Putzfrauen.“

Insbesondere für die Kommunikation mit Behörden erachten die Befragten die mangelnden Deutschkenntnisse vieler polnischer Unternehmer_innen als nachteilig. Während sie keinerlei Bedarfe für gezielte Förderprogramme für migrantische Ökonomien äußern – die polnischen Existenzgründer_innen und Unternehmer_innen lehnen eine Sonderbehandlung ab –, heben sie hervor, dass die Existenz polnischsprachiger Ansprechpartner_innen bei Stadtverwaltung und IHK eine erhebliche Unterstützung darstellen würde. Diese Unterstützung wird bisher teilweise durch ehrenamtlich Tätige von Vereinen der polnischen Community geleistet. Diesen mangelt es aber häufig an finanziellen Mitteln und Expert_innenwissen, so dass sie meist nur unspezifische Hilfestellungen leisten können, etwa beim Ausfüllen von amtlichen Dokumenten. Insbesondere die Unterstützungsbedarfe, die sich aus dem hohen Grad an Formalisierung und Bürokratisierung in Deutschland ergeben, vermögen sie hingegen kaum abzudecken – ebenso wenig wie sie das Problem der Nichtanerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und Bildungsabschlüssen zu lösen vermögen, das vor allem bei Hauptschul- und Realschulabsolvent_innen auftritt (während die Anerkennung von Hochschulabschlüssen über das Bologna-Verfahren einheitlich geregelt ist).

Binnen- und Außenwahrnehmung polnischer Migrant_innen

Mangelnde Sprachkenntnisse werden im Rahmen der geführten Interviews auch mit einer mangelnden Integration der polnischen Zuwanderer_innen in Braunschweig assoziiert. Diese wiederum sei zum einen auf die Verbreitung moderner Kommunikationstechnologien zurückzuführen, worüber ein ständiger Kontakt zu Familie, Freund_innen im Herkunftsland sowie die ungehinderte Rezeption polnischer Massenmedien ermöglicht wird. Zum anderen konstatieren die Befragten, dass die polnischen Zuwanderer_innen untereinander oftmals sehr enge Communities bilden. Eine Interviewpartnerin beschreibt dies wie folgt:

„Du kannst hier mittlerweile fast alles auf Polnisch haben – den polnischen Laden, die Friseurin, den Arzt, den Gottesdienst, das Fernsehen. Durch Facebook und Skype hast du ständig Kontakt mit deinen Freunden in der Heimat. Wenn man noch dazu bei den Polen und mit den

Polen arbeitet, dann braucht man gar kein Deutsch – und deswegen lernt man langsamer oder gar nicht.“

Bezüglich ihrer Außenwahrnehmung in Deutschland, merken die befragten polnischen Zuwanderer_innen kritisch an, dass sie immer noch in erster Linie als günstige Arbeitskräfte wahrgenommen würden. Dies führen sie darauf zurück, dass die Menschen in Deutschland kaum etwas über Lebensrealitäten von Pol_innen wissen. Auch bestehe das Vorurteil, dass Polen ein wenig entwickeltes Land mit billigen Arbeitskräften sei, was zu ‚Wahrnehmungskonflikten‘ mit den vor Ort tätigen Pol_innen führen könne – mit zuweilen ganz handfesten Konsequenzen, wie der nachstehende Interviewausschnitt illustriert:

„Wie werden langsam zu teuer – mein Mann hat letztens ein Haus saniert [...]. Wenn der Arbeitgeber den Preis gehört hat, sagte er, dass es zu viel war. Er hatte letztens zwei Rumänen [...] und jedem hat er für den ganzen Tag schwieriger, physischer Arbeit 30 Euro gegeben – unglaublich!“

Fazit

Das wohl drängendste Problem polnischen Unternehmertums in Braunschweig besteht in der sogenannten Scheinselbstständigkeit, mit der eine massiv erhöhte Vulnerabilität der betreffenden Arbeitnehmer_innen einhergeht. Darüber hinaus zeigt sich auch am Beispiel der polnischen Unternehmer_innen in Braunschweig, welche große Bedeutung soziale Netzwerke innerhalb einer Community gerade auch in Bezug auf ökonomische Tätigkeiten spielen. In einer tiefergehenden Untersuchung müsste genauer geklärt werden, welche Rolle verschiedene Netzwerke für einzelne migrantische Unternehmer_innen haben, in welchen Hinsichten sie unternehmerisches Handeln unterstützen und fördern, aber auch inwiefern sie eine unternehmerische Entfaltung gegebenenfalls behindern.

11 Exkurs: Migrantisches Geschäftsmilieu im Westlichen Ringgebiet?

Valeska Mildenberger

Zusammenfassung

- Die Untersuchung migrantischen Unternehmertums im Westlichen Ringgebiet in Braunschweig zeigt, dass dort nicht von der Konstituierung eines migrantisch geprägten Wirtschaftsmilieus ausgegangen werden kann, obwohl Ansätze dazu erkennbar sind.
- Auch das vor Ort implementierte Programm Soziale Stadt hatte keinen weiteren Einfluss auf die Entwicklung der migrantischen Ökonomien und war vielen lokalen Unternehmer_innen sogar gänzlich unbekannt.

Einleitung

Mit der Untersuchung des Zusammenhangs von migrantischen Ökonomien und Quartiersentwicklung im Rahmen einer zweiten explorativen Fallstudie in Braunschweig wird die – bis zu diesem Punkt weitgehend vernachlässigte – kleinräumige Untersuchungsebene in den Blick genommen. Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, inwiefern sich im Westlichen Ringgebiet in Braunschweig ein migrantisch geprägtes Geschäftsmilieu konstituiert hat bzw. inwiefern in diesem Quartier das Potential für die Herausbildung einer migrantisch geprägten Quartiersökonomie zu erkennen ist. Des Weiteren wird thematisiert, welchen Einfluss das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt auf die Entwicklung der migrantischen Ökonomien vor Ort hatte. Die Analyse basiert auf einem Methodenmix: Kombiniert wurden Kartierungen, fünf leitfadengestützte Interviews mit Vertreter_innen des Quartiersmanagements und des Sozialreferats der Stadt sowie sieben leitfadengestützte Unternehmer_inneninterviews. Rahmengebend für die Analyse ist das Milieu-Konzept der GREMI-Schule, das nach den „Ursachen [und Faktoren], welche die unterschiedliche Innovationsfähigkeit und -tätigkeit verschiedener Regionen [beeinflussen]“ (Fromhold-Eisebith 1995: 31), fragt. Mit diesem Ansatz lassen sich vornehmlich Netzwerke und Beziehungsverflechtungen kleiner und mittlerer Unternehmen untersuchen, welche „unter spezifischen Bedingungen bspw. über Arbeitsmärkte, Technologie- und Wissensflüsse sowie Materialverflechtungen in Form eines spezifischen Milieus miteinander verknüpft sind“ (Bathelt & Glückler 2012: 43; Camagni 1995). Neben den ‚klassischen‘ Standortfaktoren wird damit auch den Beziehungen zwischen den Akteur_innen einer Region als unternehmerischer Ressource Aufmerksamkeit geschenkt. Dabei wird vor allem nach der Existenz informeller Beziehungsgeflechte innerhalb einer lokalen Ökonomie in einem spezifischen Quartier gefragt. Damit werden die (Klein-) Unternehmer_innen vor Ort zunächst unabhängig von ihrem potentiellen Migrationshintergrund in den Blick genommen – jedoch ohne dabei die mögliche Bedeutung von familiären oder ethnisch begründeten Vernetzungen als die Selbstständigkeit bzw. das gesamte ökonomische Handeln begünstigende Faktoren aus den Augen zu verlieren (vgl. Tolciu

& Schaland 2008: 537; Kloosterman et al. 1999). Die Analyse zielt darauf ab festzustellen, inwiefern die kleinräumliche Verankerung migrantischer Ökonomien in einem bestimmten Stadtquartier Ansatzpunkte dafür bietet, deren Potentiale (noch) besser zu aktivieren und zu fördern – dies vor dem Hintergrund der Annahme, dass migrantische Ökonomien möglicherweise nicht nur zur Stabilisierung von Stadtteilen beitragen, sondern auch über die Grenzen des „Milieus“ hinaus einen positiven Effekt auf die regionale Wirtschaft haben können.

Das Untersuchungsgebiet Westliches Ringgebiet in Braunschweig

Das untersuchte Quartier befindet sich im Stadtteil Westliches Ringgebiet, einem von insgesamt 19 Bezirken Braunschweigs. Es wurde deswegen ausgewählt, weil in Informationsmaterialien und Berichten der Stadt Braunschweig immer wieder darauf verwiesen wird, dass das Westliche Ringgebiet stark von Zuwanderung aus dem Ausland geprägt ist und einen hohen Anteil an Bewohner_innen mit Migrationshintergrund aufweist. So leben 7.072 der insgesamt 44.375 Braunschweiger_innen mit Migrationshintergrund im Westlichen Ringgebiet (Stand 31.12.2013), womit 20,6 % der Bewohner_innen des Stadtteils über einen Migrationshintergrund verfügen (Braunschweig: 17,9 %) (vgl. Stadt Braunschweig 2014). Die räumliche Struktur und Entwicklung des Stadtteils wurde vor allem durch die Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzende Industrialisierung geprägt; seine Bevölkerungsdichte ist dementsprechend überdurchschnittlich hoch.

Mit dem Ziel, die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Stadtteil zu verbessern, wurde das Westliche Ringgebiet „als einem der letzten preisgünstigen sowie zentrumsnahen Wohnstandorte“ (Stadt Braunschweig 2011: 5) im Jahr 2001 in das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt aufgenommen. Das in diesem Zusammenhang erstellte „Integrierte Handlungskonzept“ aus dem Jahr 2003 nennt explizit die Förderung der „regionalen Migrantenökonomie“ als einen der zentralen Handlungsschwerpunkte im Stadtteil.¹⁴ Durch die Stärkung der lokalen Ökonomie sollten neben der Sicherung der Grundversorgung im Stadtteil und einer Erweiterung des Konsumangebotes auch Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden (Stadt Braunschweig & Plankontor Stadt und Gesellschaft GmbH 2003: 58). Mit der gleichen Zielsetzung wurde ebenfalls im Jahr 2003 mit LOS-Fördermitteln („Lokales Kapital für Soziale Zwecke“) das Projekt „Unterstützung der Migrantenökonomie im Stadtteil“ initiiert. Ziele waren die Stabilisierung der Betriebe und die Verbesserung der Beschäftigungspotentiale migrantischer Unternehmer_innen. Darüber hinaus sollten konkrete Unterstützungs- und Beratungsbedarfe eruiert sowie die lokale Vernetzung der Unternehmer_innen gefördert werden (vgl. Stadt Braunschweig o.J.). Dieses Beispielprojekt wurde nach seinem Auslaufen jedoch nicht fortge-

¹⁴ Insbesondere in Gebieten mit sogenanntem „besonderem Entwicklungsbedarf“ bergen migrantische Unternehmer_innen und Existenzgründer_innen mit ihren wirtschaftlichen Aktivitäten ein Potential für die soziale und auch wirtschaftliche Integration und somit auch für die Stabilisierung der Gebiete – so zumindest eine Grundannahme des Städtebauförderprogramms Soziale Stadt. Da die Stagnation lokaler Versorgungs- und Wirtschaftsstrukturen zu den größten Herausforderungen „benachteiligter Stadtteile“ gehört, wird die Stärkung der lokalen Ökonomie, und der migrantischen als integraler Bestandteil derselben, zunehmend als erfolgversprechende Strategie zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in einem Stadtteil erachtet (vgl. Difu 2001; Difu 2006: 3-5).

führt. Ebenso wird im neugefassten „Integrierten Handlungskonzept“ von 2013 die Förderung migrantischer lokaler Ökonomien nicht mehr explizit betont. Als eines der Instrumente des Programms Soziale Stadt wurden im – dazu in zwei Teilräume gegliederten – Westlichen Ringgebiet zwei Quartiersmanagements eingerichtet, deren Hauptaufgaben die Information, Beteiligung und ‚Aktivierung‘ der Bewohner_innen und Gewerbetreibenden (bspw. via Plakaten, Flyern und der Stadtteilzeitung „Neue Westpost“) sind (vgl. Stadt Braunschweig & Plankontor Stadt und Gesellschaft GmbH 2013: 76).

Migrantische Ökonomien in Kartierungen

Mittels einer Kartierung wurde ermittelt, wie sich die Nutzungs- bzw. Geschäftsstrukturen im – wie in Abbildung 17 dargestellt eingegrenzten – Untersuchungsgebiet darstellen und ob dort eine Konzentration von von Migrant_innen geführten Unternehmen festzustellen ist. Die Unternehmen des Gebiets wurden hierzu nach Branchenkategorien unterschieden, denen jeweils Punktsignaturen unterschiedlicher Farbe zugewiesen wurden (vgl. Tab. 12).

Tab. 12: Kartierung migrantischer und nicht-migrantischer Ökonomien (Quelle: Valeska Mildemberger)





Signatur	Kategorie	Beschreibung
	Migrantisch	Umfasst alle nicht befragten, als migrantisch identifizierten Unternehmen
	Migrantisch (befragt)	Umfasst alle befragten, als migrantisch identifizierten Unternehmen
	Nicht-migrantisch	Umfasst alle Unternehmen, die als nicht-migrantisch identifiziert wurden
	Zuordnung nicht möglich	Anhand der verwendeten Kriterien konnte das Unternehmen nicht als migrantisch oder nicht-migrantisch identifiziert werden



Abb. 17: Kartierung migrantischer und nicht-migrantischer Ökonomien im Untersuchungsgebiet Westliches Ringgebiet Braunschweig (Quelle: Valeska Mildenerger; Kartengrundlagen: Katasterkarten 1:5000 der Stadt Braunschweig; Stadt Braunschweig - Open GeoData, <2014/2015>)

Im Untersuchungsgebiet wurden 43 Unternehmen als nicht-migrantisch geführt und 18 als migrantisch geführt klassifiziert, bei 27 weiteren Unternehmen wurde auf eine Zuordnung verzichtet. Trotz aller Unschärfen, die mit einer Erhebung migrantischer Ökonomien aufgrund bloßer Inaugenscheinnahme verbunden sind, kann damit festgehalten werden, dass es auch in diesem Braunschweiger Stadtteil mit einem hohen Anteil mit Migrant_innen keine Dominanz migrant_innengeführter Betriebe gibt. Auffällig sind gleichwohl kleinere Konzentrationen an bestimmten Standorten, die darauf hinweisen könnten, dass innerhalb bestehender Netzwerke Informationen über direkt an den eigenen Betrieb angrenzende, leerstehende Ladengeschäfte weitergegeben wurden. Dies bezieht sich aber nicht allein auf die lokale migrantische Ökonomie. Die vorfindlichen migrantischen Ökonomien bestehen vorrangig aus Klein- und Kleinstbetrieben. Mehrheitlich handelt es sich um Gastgewerbe wie Schnellimbisse und Restaurants. Des

Weiteren wurden zwei Frisörsalons, eine Spielhalle, ein Kiosk sowie eine Änderungsschneiderei erfasst.

Migrantische Unternehmer_innen im Westlichen Ringgebiet

Die Unternehmen, über die mit Hilfe eines Interviews Näheres in Erfahrung gebracht werden konnte, bestehen zwischen vier und sechzehn Jahren im Westlichen Ringgebiet, wobei unterschiedliche Gründe dafür ausschlaggebend waren, sich gerade dort niederzulassen: Vier der sieben befragten Unternehmer_innen gaben die Tatsache, dass sie selbst im Stadtteil wohnhaft sind, als Grund der Standortwahl an, drei betonten die trotz Zentrumsnähe verhältnismäßig günstigen Mieten und zwei wiesen darauf hin, dass sie bereits früher im selben Geschäft gearbeitet hatten und dieses dann später übernahmen. Die Befragten legten dar, dass ihre Kundschaft sowohl aus der direkten Nachbarschaft als auch aus anderen Stadtteilen stammt. Zur Frage, ob eine relative Konzentration und Vernetzung migrantisch geführter Unternehmen im Stadtteil zu erkennen sei, gehen die Einschätzungen der Befragten auseinander. Überwiegend gaben sie an, andere Unternehmer_innen vor Ort zu kennen, ohne dass sich daraus spezifische Geschäftsbeziehungen ergeben würden. Nur eine Minderheit teilte mit, bei anderen migrantischen Unternehmer_innen vor Ort Produkte einzukaufen, so dass auch in dieser Hinsicht keine ausgeprägte Vernetzung der migrantischen Ökonomien im Quartier zu erkennen ist.

Bezüglich der Frage, welche Probleme und Herausforderungen für migrantische Unternehmer_innen in Braunschweig bestehen, machte die überwiegende Mehrheit der Befragten keine klaren Angaben. Einer betonte, dass die „Selbstständigkeit schwer“ sei und dass er beim Eintritt in selbige keinerlei Unterstützung von Seiten der Stadt erhalten habe. Eine andere Unternehmerin erkennt im „schlechten Milieu“ im Stadtteil ein großes Problem, da es an Kaufkraft für die Etablierung nahräumlich orientierter Dienstleistungsunternehmen fehle. Insgesamt wurden Probleme und Herausforderungen im Hinblick auf die ökonomische Selbstständigkeit weniger auf den individuellen Migrationshintergrund als auf die generellen Herausforderungen, denen sich Klein- und Kleinstunternehmen gegenübersehen, zurückgeführt. Nur einer der Befragten betonte explizit die besonderen Schwierigkeiten für „Ausländer_innen“ bei der Unternehmensgründung. Bemerkenswert ist, dass ganze sechs der insgesamt sieben Befragten weder das Programm Soziale Stadt noch das lokale Quartiersmanagement kannten. Zwar nahmen einige Unternehmer_innen positive Veränderungen im Quartier wahr, brachten diese jedoch nicht ursächlich mit der „Sozialen Stadt“ in Verbindung.

Migrantische Ökonomien im Westlichen Ringgebiet aus Expert_innensicht

Auch die befragten Expert_innen verneinten, dass im Westlichen Ringgebiet die Entwicklung eines migrantischen Geschäftsmilieus festzustellen sei. Hinsichtlich der Vernetzung unter den migrantischen Unternehmer_innen gingen die Expert_innen jedoch, ohne es konkret bestätigen zu können, davon aus, dass diese mit großer Wahrscheinlichkeit vorhanden sei.

Die quartiersbezogene Förderung migrantischer Ökonomien bildet gegenwärtig keinen Schwerpunkt der Braunschweiger Stadtentwicklungspolitik (mehr) – weder im Westlichen Ringgebiet noch andernorts. Der Fokus liegt eher auf der Unterstützung größerer Unternehmen – nicht zuletzt, da diese mit Fördermaßnahmen weit besser zu erreichen seien als die meisten migrantisch geführten Klein- und Kleinstunternehmen. Deren Ansprache habe sich im Rahmen der LOS-Förderung als nicht einfach erwiesen. Hinsichtlich des konkreten Einflusses des Programms Soziale Stadt auf die lokale Wirtschaft äußerten sich die Expert_innen unterschiedlich. Es wurde darauf hingewiesen, dass die zur Verfügung stehenden Fördermittel und -möglichkeiten eine längerfristige Unterstützung von Unternehmen nicht ermöglichen würden. Eine Mitarbeiterin des Quartiersmanagements betonte allerdings, dass es im Stadtteil viele gründungswillige Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gebe, die sich ratsuchend an das Quartiersmanagement wenden würden. Weitergehende Unterstützungsmaßnahmen für die lokale Ökonomie seien daher notwendig.

Zusammenfassung

Die eingangs gestellte Frage, ob sich im Westlichen Ringgebiet in Braunschweig ein migrantisch geprägtes Geschäftsmilieu konstituiert hat, kann abschließend nicht grundsätzlich bejaht werden. Ein solches Milieu ist allenfalls in Ansätzen zu erkennen. Dabei müssen jedoch zwei Ebenen unterschieden werden: eine „sichtbare“ (vgl. Kartierung), auf der kein migrantisch geprägtes Geschäftsmilieu nachweisbar ist, und eine „unsichtbare“, die die Ausprägung von quartiersspezifischen ökonomischen Netzwerkbeziehungen betrifft und auf der zumindest in Ansätzen von einer Milieu-Konstituierung gesprochen werden kann. Zwar scheinen die unter den befragten migrantischen Unternehmer_innen zu bestehenden Beziehungen eher persönlicher Art zu sein; sie werden aber auch für Geschäftliches genutzt. Obwohl insofern einige Potentiale zur Herausbildung eines spezifischen Geschäftsmilieus zu erkennen sind, müssen jedoch auch die vorhandenen und nicht von der Hand zu weisenden Herausforderungen beachtet werden.

Bezüglich des seit 2001 im Westlichen Ringgebiet implementierten Programms Soziale Stadt ist festzuhalten, dass es die Entwicklung eines migrantisch geprägten Geschäftsmilieus nicht erkennbar befördert hat. Fast keiner der Befragten kannte das Programm oder das Quartiersmanagement. Insofern klaffen Anspruch und Wirklichkeit hinsichtlich der Ansprache quartiersbezogener Unternehmen im Rahmen der „Sozialen Stadt“ auseinander.

Abschließend muss festgehalten werden, dass nur ein relativ kleines Gebiet untersucht wurde, so dass die gewonnenen Ergebnisse kaum verallgemeinert werden können. Eine breiter angelegte Untersuchung gerade auch unter Einbeziehung anderer Wirtschaftsakteure und anderer Stadtteile erscheint daher erforderlich, um die angestellten Beobachtungen zu überprüfen und gegebenenfalls verifizieren zu können. Damit würde auch der explizite Fokus auf migrantische Unternehmer_innen aufgelöst; sie würden vielmehr als integraler Bestandteil der lokalen Ökonomie betrachtet.

12 Fazit und Ausblick

Das Projekt „Migrantische Ökonomie als Potential für die Stadt- und Regionalentwicklung“ widmete sich am Beispiel der IHK-Regionen Braunschweig und Rostock den Fragen, inwiefern aus der Perspektive der räumlichen Entwicklung migrantische Ökonomien in den Blick genommen und durch welche Faktoren die Inwertsetzung der Potentiale migrantischer Ökonomien behindert oder gefördert werden. Dazu wurde untersucht, welche Unterstützungsstrukturen und -maßnahmen für migrantische Unternehmer_innen in den beiden Fallstudienregionen existieren und wie zentrale Akteure bzw. Akteursgruppen der lokalen Governance-Arenen von Migrant_innen geführte Unternehmen und deren Einbindung in die lokale Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wahrnehmen und bewerten. Damit wurden – in Abgrenzung zu den meisten anderen Untersuchungen zum „migrant entrepreneurship“ –, migrantische Ökonomien primär als lokalpolitischer Gegenstand in den Blick genommen. Abschließend werden im Folgenden fünf zentrale Ergebnisse der Forschung dargestellt.

(1) Der lokale Kontext ist entscheidend für die Relevanz migrantischer Ökonomien für die Stadt- und Regionalentwicklung.

Ein zentrales Ergebnis des Projekts besteht in der Erkenntnis, dass der jeweilige lokal-räumliche Kontext ausgesprochen wichtig für die Rolle ist, die migrantisches Unternehmertum in einer Kommune spielt. Dabei beeinflussen ganz verschiedene Faktoren – beispielweise die lokale Migrations- und Integrationsgeschichte, die Repräsentanz der verschiedenen migrantischen Communities in Wirtschaft und Gesellschaft, die lokale Arbeitsmarktsituation und/oder das politische Klima in einer Stadt – sowohl die Position migrantischer Unternehmer_innen in der lokalen Wirtschaft als auch das Ausmaß, in dem Selbstständigkeit eine Option für Migrant_innen darstellt. Darüber hinaus ist es relevant, ob und, wenn ja, wie migrantische Ökonomien von städtischen Politiken adressiert werden. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass die Entwicklung migrantischer Ökonomien in spezifischen räumlichen Kontexten in erheblichem Maße auch durch regionale, nationale und internationale Faktoren beeinflusst wird.

(2) „Migrantische Ökonomien“ stellen derzeit kein etabliertes lokalpolitisches Themenfeld dar.

Auch wenn migrantische Unternehmer_innen zumindest sporadisch zum Gegenstand kommunaler Aktivitäten und kommunalpolitischer Debatten werden und auch wenn migrantische Ökonomien nicht mehr nur unter rein integrationspolitischen Gesichtspunkten adressiert werden, ist zu konstatieren, dass migrantische Ökonomien (bislang noch) nicht als eigenständiges lokalpolitisches Themenfeld etabliert sind. Die „selbständige wirtschaftliche Tätigkeit von Personen mit Migrationshintergrund“ steht derzeit hinter anderen Themen aus dem übergreifenden Bereich „Migration und Arbeitsmarkt“ zurück. Allerdings spiegeln sich in der Art und Weise, wie mit der spezifischen Thematik der migrantischen Ökonomien im lokalpolitischen Alltag umgegangen wird, die Logiken und Relevanzen, die generell den Zugang zu Fragen der Integra-

tion (auch) auf lokaler Ebene bestimmen (z.B. das Prinzip des „Förderns und Forderns“), sowie die Herausforderungen, die die Aufgabe der gesellschaftlichen Integration mit sich bringt (z.B. interkulturelle Öffnung).

(3) *Die divergierenden Wahrnehmungen bzw. Einschätzungen migrantischer Ökonomien durch lokalpolitische Akteure bzw. Akteursgruppen erschweren das lokale Agenda-Setting.*

Anders als es wissenschaftliche Definitionen versprechen lassen sich migrantische Ökonomien in der Realität meist nicht klar abgrenzen und stellen nicht zuletzt deshalb einen eher diffusen Debattengegenstand dar, sobald sie im Rahmen lokalpolitischer Ansätze oder Diskussionen zum Thema werden. Die Analyse der Wahrnehmungen lokaler Akteure zeigt, dass ganz unterschiedliche Deutungen zum Tragen kommen – nicht nur zwischen, sondern gerade auch innerhalb der verschiedenen Akteursgruppen. Es existiert somit kein gemeinsamer Interpretationsrahmen, innerhalb dessen die Potentiale migrantischer Ökonomien und deren Einbindung in die lokale bzw. regionale Wirtschaft verhandelt werden könnten. Dies ist auch dadurch bedingt, dass migrantische Ökonomien in unterschiedlichen, mehr oder weniger etablierter kommunalen Politikfeldern adressiert werden (könnten) und somit ein klassisches Querschnittsthema darstellen. Die Funktionen, die migrantische Ökonomien im Rahmen der Stadt- und Regionalentwicklung potentiell übernehmen können – beschäftigungspolitische, gesellschaftspolitische, ökonomische, quartiersbelebende und imagebildende Funktion –, werden nicht alle von allen Akteuren vor Ort benannt. Nichtsdestotrotz zeigen lokalpolitische Akteure in der Regel ein hohes Maß an Sensibilität für die vielfältigen Herausforderungen, mit denen auch – aber keineswegs nur – Migrant_innen im Existenzgründungsprozess konfrontiert sind.

(4) *Der lokalpolitische ‚Zugriff‘ auf migrantische Ökonomien gestaltet sich aufgrund der Vielfältigkeit des Gegenstands und der seiner begrifflichen Bestimmung inhärenten Zuschreibung von (ethnischer) Differenz als recht komplex.*

Mit dem Ansatz einer Inwertsetzung migrantischer Ökonomien sind zwei Herausforderungen verbunden: Zum einen setzt er einen wie auch immer gearteten Begriff migrantischer Ökonomien voraus, der über das Adjektiv „migrantisch“ zwangsläufig eine Differenz zum „Nicht-migrantischen“ markiert und somit Grenzen und Unterschiede (zwischen Gruppen re-) produziert. Zum anderen erschwert dieses konzeptionelle Dilemma empirische Untersuchungen auch ganz praktisch. Denn „im Feld“ ist sehr viel weniger als im wissenschaftlichen Diskurs eindeutig definierbar, welche Akteure und Unternehmen den migrantischen Ökonomien zuzurechnen sind und welche nicht – ganz davon abgesehen, dass die „Produktion“ von migrantischer Gruppenzugehörigkeit auch deshalb oft problematisch ist, weil aus der (scheinbar migrantischen) Binnensicht eine solche Zugehörigkeit häufig gar nicht besteht.

(5) *Künftige Untersuchungen migrantischer Ökonomien im lokalen Kontext sollten einerseits die in verschiedenen Stadttypen gegebenen unterschiedlichen Rahmenbedingun-*

gen noch stärker herausarbeiten und andererseits stets auch kritisch ihr jeweiliges Erkenntnisinteresse und die mit ihm potentiell verbundene ‚Verwertungslogik‘ hinterfragen.

Studien zum Zusammenhang von migrantischem Unternehmertum und Stadtentwicklung, die in einigen (internationalen) Großstädten bereits durchgeführt wurden, zeigen, dass sich die Rahmenbedingungen für das wirtschaftliche Handeln von Migrant_innen in den untersuchten Metropolen doch erheblich von denjenigen unterscheiden, die in den hier untersuchten IHK-Regionen Rostock und Braunschweig vorzufinden sind. Insofern sind auch die Potentiale, die migrantische Ökonomien für die Stadt- und Regionalentwicklung in kleineren Großstädten und Großstadtregionen übernehmen können, anders gelagert als in großen Großstädten. Um sie genauer zu bestimmen, wäre es sinnvoll, den Zusammenhang von migrantischen Ökonomien und räumlicher Entwicklung in einer Mehrebenen-Perspektive zu untersuchen. Relevant sind sowohl Prozesse, die stadtteilbezogen ablaufen (z.B. Netzwerkiniciativen), als auch solche, die global stattfinden (z.B. der internationale Städtewettbewerb). Darüber hinaus gilt es zu beachten, dass das Interesse am Potential migrantischer Ökonomien immer auch mit der Gefahr verbunden ist, letztere – über Gebühr – zu instrumentalisieren. Es sollte daher mit einer kritischen (Gegen-) Perspektive verbunden sein, die nicht zuletzt reflektiert, ob und, wenn ja, warum bestimmte Ressourcen im Feld von „Arbeitsmarkt, Bildung und Migration“ als wertvoll anerkannt werden, während anderen eine Wertigkeit abgesprochen wird.

Literaturverzeichnis

- Allianz für die Region (2017a): Wirtschaftsförderung und Ansiedlung. URL: <https://www.allianz-fuer-die-region.de/handlungsfelder/wirtschaftsfoerderung-und-ansiedlung.html> (letzter Zugriff am 08.07.2017).
- Allianz für die Region (2017b): Fachkräftebündnis SüdOstNiedersachsen. URL: https://www.allianz-fuer-die-region.de/nc/handlungsfelder/wirtschaftsfoerderung-und-ansiedlung/fachkraeftebuendnis-suedostniedersachsen.html?sword_list%5B%5D=fachkr%C3%A4fteb%C3%BCndnis (letzter Zugriff am 08.07.2017).
- Althoff, M. (1998): Die soziale Konstruktion von Fremdenfeindlichkeit. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Aytar, V., Rath, J. (Hrsg.) (2011): Selling Ethnic Neighborhoods: The Rise of Neighborhoods as Places of Leisure and Consumption. London: Routledge.
- Bartelheimer, P., Pagels, N. (2009): Kommunale Integrationspolitik und lokaler Arbeitsmarkt. In: Gesemann, F., Roth, R. (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden: VS Verlag, 469-495.
- Bathelt, H., Glückler, J. (2012): Wirtschaftsgeographie. Ökonomische Beziehungen in räumlicher Perspektive. Stuttgart: UTB.
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (Hrsg.) (2008): Migration/Integration und Stadtteilpolitik (= ExWoSt-Informationen 34/1). Bonn.
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (Hrsg.) (2009): Migration/Integration und Stadtteilpolitik (= ExWoSt-Informationen 34/2). Bonn.
- Berding, U. (2007): Migration – ein Thema der Stadtentwicklungspolitik? Dissertation, Fakultät für Architektur der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen.
- Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ (2001): Zuwanderung gestalten Integration fördern. Berlin. URL: http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/123148/publicationFile/9075/Zuwanderungsbericht_pdf.pdf (letzter Zugriff am 06.12.2012).
- Boissevain, J., Blaschke, J., Grotenberg, H., Joseph, I., Light, I., Sway, M., Waldinger, R., Werenere, P. (1990): Ethnic Entrepreneurs and Ethnic Strategies. In: Waldinger, R., Aldrich, H., Ward, R. (Hrsg.): Ethnic Entrepreneurs. Newbury Park: Sage, 131-156.
- Bommes, M. (1997): Von ‚Gastarbeitern‘ zu Einwanderern. Arbeitsmigration in Niedersachsen. In: Bade, K. J. (Hrsg.): Fremde im Land: Zuwanderung und Eingliederung im Raum Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg. Osnabrück: Univ.-Verl. Rasch, 249-322.
- Bonacich, E. (1973): A Theory of Middleman Minorities. In: American Sociological Review 38 (5), 583-594.
- Bonkowski, D. (2003): Braunschweig in Bewegung. In: Betrifft: Zeitschrift des Ausländerbeauftragten des Landes Niedersachsen 1, 8-10.
- Braun, G., French, M., Goletzke, S., Warszycki, P. (2013): Regiopole Rostock. Gutachten des Hanseatic Institute for Entrepreneurship and Regional Development at the University of Rostock zu

- stadtreionalen Kooperationen in Deutschland. Organisationsstrukturen und Finanzierungsmodelle. Rostock. URL: http://www.regiopole.de/fileadmin/seiteninhalte/regiopolen_deutschland/Downloads/Ergebnisutachten-Untersuchung_Stadtreionale_Kooperationen_2013_10_04-kleinformatig.pdf (letzter Zugriff am 08.07.2017).
- Braunschweig Zukunft (2015): Braunschweig erneut unter den Top Ten der dynamischsten Städte Deutschlands. URL: http://www.braunschweig-zukunft.de/bsz/de/presse/pm_bsz_wiwo_staedteranking_2015.html (letzter Zugriff am 04.02.2016).
- Bundesagentur für Arbeit (2017): Finanzielle Hilfen für Existenzgründerinnen und Existenzgründer. URL: <https://www3.arbeitsagentur.de/web/content/DE/BuergerinnenUndBuerger/ArbeitundBeruf/Existenzgruendung/FinanzielleHilfen/index.htm> (letzter Zugriff am 08.07.2017).
- Butterwegge, C. (2009): Globalisierung als Spaltpilz und sozialer Sprengsatz. In: Butterwegge, C., Hentges, G. (Hrsg.): *Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung*. Wiesbaden: VS Verlag, 55-102.
- Camagni, R. P. (1995): The Concept of Innovative Milieu and its Relevance for Public Policies in European Lagging Regions. In: *Papers in Regional Science. The Journal of the RSAI* 74, 317-340.
- Di Bella, J. 2013: *Unternehmerische Protektion. Potenziale für die Gründungsberatung von Migrantinnen und Migranten. Empirische Einblicke und neue Handlungsimpulse. Diskussionspapier*. Bonn. URL: http://www.netzwerk-iq.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/IQ_Publikationen/Thema_Migranten%C3%B6konomie/2013_Unternehmerische_Protektion_web.pdf (letzter Zugriff 10.03.2016).
- Diên Hồng (2014) *Rückblick: Geschichte und Entwicklung des Vereins*. URL: <http://www.dienhong.de/rueckblick/> (letzter Zugriff am 08.10.2016).
- Difu (Deutsches Institut für Urbanistik) (Hrsg.) (2006): *Lokale Ökonomie in benachteiligten Stadtteilen – ein Blick in fünf europäische Länder (= Soziale Stadt info 19)*. Berlin. URL: http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/SharedDocs/Publikationen/StBauF/SozialeStadt/SozStadtInfo/SozInfo_19.pdf;jsessionid=ECD2F7717AA7CFA69CA88E85FACC3EBA.live21304?__blob=publicationFile&v=1 (letzter Zugriff am 08.07.2017).
- Difu (Deutsches Institut für Urbanistik) (Hrsg.) (2001): *Lokale Ökonomie (= Soziale Stadt info 5)*. Berlin. URL: http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/SharedDocs/Publikationen/StBauF/SozialeStadt/SozStadtInfo/SozInfo_05.pdf;jsessionid=ECD2F7717AA7CFA69CA88E85FACC3EBA.live21304?__blob=publicationFile&v=1 (letzter Zugriff am 08.07.2017).
- Dinnie, K. (Hrsg.) (2011): *City Branding*. Houndmills Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Donald, S. H., Kofman, E., Kevin, C. (Hrsg.) (2009): *Branding Cities. Cosmopolitanism, Parochialism and Social Change*. London: Routledge.
- Engel, S. (2013): *Migrations- und Integrationspotenziale im ländlichen Raum Deutschlands*. In: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie* 1, 84-97.
- Fischer, I. (2001): *Ethnische Ökonomie zur Stabilisierung benachteiligter Stadtteile?* Diplomarbeit, Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund.

- Fischer-Krapohl, I. (2011): Über die benachteiligten Stadtteile hinaus? Entwicklungsdynamiken der Migranten-Ökonomien in Dortmund. In: *RaumPlanung* 155, 73-77.
- Floeting, H. (2009): Selbständigkeit von Migranten und informelle Netzwerke als Ressource für die Stadtentwicklung. In: Yildiz, E., Mattausch, B. (Hrsg.): *Urban Recycling*. Basel: Birkhäuser, 52-62.
- Florida, R. (2002): *The Rise of the Creative Class*. New York: Basic Books.
- Forschungsflughafen (2016): Standort. URL: <http://www.forschungsflughafen.de/cms/pages/de/standort.php> (letzter Zugriff am 08.10.2016).
- Fromhold-Eisebith, M. (1995): Das „kreative Milieu“ als Motor regionalwirtschaftlicher Entwicklung. *Forschungstrends und Erfassungsmöglichkeiten*. In: *Geographische Zeitschrift* 83 (1), 30-47.
- Gans, P. (2011): *Bevölkerung, Entwicklung und Demographie unserer Gesellschaft*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Gans, P., Horn, M. (2006): Demographische Alterung und Heterogenisierung der Bevölkerungsstruktur als Herausforderungen an die Stadtentwicklung. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 31 (3-4), 507-536.
- Gesemann, F., Roth, R. (Hrsg.) (2009): *Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Gläser, J., Laudel, G. (2010): *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Glick Schiller, N., Çağlar, A. (2011): Downscaled Cities and Migrant Pathways. Locality and Agency without an Ethnic Lens. In: Dies. (Hrsg.): *Locating Migration. Rescaling Cities and Migrants*. Ithaca, London: Cornell University Press, 190-212.
- Glick Schiller, N., Çağlar, A. (2009): Towards a Comparative Theory of Locality in Migration Studies. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 35 (2), 177-202.
- Goebel, D., Pries, L. (2006): Transnationalismus oder ethnische Mobilitätsfalle? Das Beispiel des „ethnischen Unternehmertums“. In: Kreutzer, F., Roth, S. (Hrsg.): *Transnationale Karrieren*. Wiesbaden: VS Verlag, 260-282.
- Hansestadt Rostock (2014): Integrationskonzept der Hansestadt Rostock “Zukunft in Vielfalt”. Rostock. URL: http://rathaus.rostock.de/sixcms/media.php/1068/Integrationskonzept_HRO.pdf (letzter Zugriff am 08.10.2016).
- Hansestadt Rostock (2015): Statistisches Jahrbuch 2015. Rostock. URL: http://rathaus.rostock.de/sixcms/media.php/594/HRO_Jahrbuch%202015.pdf (letzter Zugriff am 08.10.2016).
- Hansestadt Rostock (2016): Rostock 2025: Leitlinien zur Stadtentwicklung. URL: http://rathaus.rostock.de/sixcms/media.php/1068/Brosch%C3%BCre%20Leitlinien%2010.4.13_komplett.pdf (letzter Zugriff am 08.10.2016).
- Hansestadt Rostock (o.J.): Wirtschaftsbranchen in Rostock. URL: <https://www.rostock.de/wirtschaft-verkehr/wirtschaftsbranchen.html> (letzter Zugriff am 26.06.2017).
- Haus der Kulturen Braunschweig e.V. (o.J.): Über uns. URL: http://www.hdk-bs.de/index.php?article_id=4&clang=0 (letzter Zugriff am 26.06.2017).

- Heckmann, F. (1998): Ethnische Kolonien: Schonraum für Integration oder Verstärker der Ausgrenzung? In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Ghettos oder ethnische Kolonien?. Bonn (= Gesprächskreis Arbeit und Soziales 85), 29-41.
- Henn, S., Behling, M. (Hrsg.) (2010): Aspekte integrierter Stadtteilentwicklung. Ergebnisse und Erfahrungen aus dem Leipziger Osten. Berlin: Frank & Timme.
- Hess, K. (2008): Migration und Integration in Mecklenburg-Vorpommern. Hamburg: Kovač.
- Hillmann, F., Sommer, E. (2011): Döner und Bulette revisited oder: was man über migrantische Ökonomien genau wissen kann. In: Hillmann, F. (Hrsg.): Marginale Urbanität. Migrantisches Unternehmertum und Stadtentwicklung. Bielefeld: Transcript, 23-86.
- Husseini de Araújo, S., Weber, F. (2011): Erfolgreiche Wirtschaftsförderung oder Stigmatisierung? Die Unterstützung von „Migrantenökonomien“ aus der Perspektive von stadtpolitischen Institutionen und Selbstständigen mit Migrationshintergrund in Nürnberg. In: Diefenbacher, M., Zahlaus, S. M. (Hrsg.): Dageblieben! Nürnberg: Stadtarchiv, 261-274.
- Husseini de Araújo, S., Weber, F. (2014): „Migrantenökonomien“ zwischen Wirtschaftsförderung und Diskriminierung – eine empirische Fallstudie am Beispiel der Stadt Nürnberg. In: Gans, P. (Hrsg.): Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration. Hannover (= Forschungsberichte der ARL 3), 365-380. URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-07540> (letzter Zugriff am 08.07.2017).
- Idik, E., Schnetger, M. (2004): Barrieren einer Migrantenökonomie und Bedingungen einer geeigneten Förderstruktur. In: Hanesch, W., Krüger-Konrad, K. (Hrsg.): Lokale Beschäftigung und Ökonomie. Herausforderungen für die „Soziale Stadt“. Wiesbaden: VS Verlag, 163-184.
- IHK zu Rostock (o.J.): Gewerbeanmeldung durch Nicht-EU-Ausländer. URL: https://www.rostock.ihk24.de/starthilfe/unternehmensgruendung/basisinfo_gruendung/Aus_Selbst/2647230 (letzter Zugriff am 26.06.2017).
- Sturmoswki, A. (2013): Die Regiopole Rostock als Wirtschaftsraum. Workshop potenzieller Regiopolestädte und stadtreionaler Kooperationen Berlin, 4. März 2013. Powerpoint-Präsentation der IHK zu Rostock. URL: http://www.regiopole.de/fileadmin/seiteninhalte/regiopolen_deutschland/Downloads/I_V3_Sturmoswki_Rostock.pdf (letzter Zugriff am 26.06.2017).
- intEx e.V. (o.J.): Wir Leben Vielfalt! URL: <http://www.basar-zeitung.de/philosophie/> (letzter Zugriff am 08.07.2017).
- Ipsen, D., Debik, J., Glasauer, H., Mussel, C., Weichler, H. (2005): Toronto - Migration als Ressource der Stadtentwicklung. Arbeitsberichte Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung 160. Universität Kassel.
- Ism (Institut für sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.) (2012): Fachkommentar. Neue Chancen für Selbstständige im Leistungsbezug. URL: http://www.netzwerk-iq.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Fachstelle_Migrantenoekonomie/Brosch%C3%BCren/Fachkommentar_SGB_II_Selbststaendige_im_Leistungsbezug__16c.pdf (letzter Zugriff am 28.03.2017).
- IQ Netzwerk Brandenburg (Hrsg.) (2014): Migrantisches Unternehmertum im Land Brandenburg. Potsdam, Osnabrück. URL: http://www.netzwerk-iq.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/IQ_Publikationen/Thema_Migranten%C3%B6konomie/Studie_Unternehmertum_Brandenburg_2014.pdf (letzter Zugriff am 02.05.2016).
- Kavaratzis, M., Ashworth, G. J. (2005): City Branding: An Effective Assertion of Identity or a Transitory Marketing Trick? In: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie 96 (5), 506-514.

- Kayser, P., Preusse, F., Riedel, J., Umbreit, B. (2008): *Ethnische Ökonomie als Chance der Standortentwicklung*. Berlin: Fachhochschule für Technik und Wirtschaft.
- Kelle, U., Kluge, S. (2010): *Vom Einzelfall zum Typus: Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kloosterman, R., van der Leun, J., Rath, J. (1999): *Mixed Embeddedness: (In)formal Economic Activities and Immigrant Business in the Netherlands*. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 23 (2), 253-267.
- Kresta, E. (2006): *Die mutigeren Deutschen*. In: *Die Tageszeitung* (vom 06.09.2006). URL: <http://www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2006/09/06/a0128i> (letzter Zugriff am 28.04.2010).
- Kuckartz, U. (2014): *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Lamnek, S. (2010): *Qualitative Sozialforschung*. Weinheim u.a.: Beltz.
- Landeshauptstadt München (Referat für Arbeit und Wirtschaft) (Hrsg.) (2015): *Brücken bauen: Migrantenunternehmen in München. Eine explorative Studie*. URL: <http://www.wirtschaftsmuenchen.de/publikationen/pdfs/migrantenstudie.pdf> (letzter Zugriff am 02.05.2016).
- Landeshauptstadt Stuttgart (Abteilung Integration in Verbindung mit dem Statistischen Amt) (Hrsg.) (2014): *Stuttgarter Unternehmer mit Migrationshintergrund. Eine Studie zur Stuttgarter Migrantenökonomie*. Stuttgart. URL: <http://www.stuttgart.de/img/mdb/publ/24739/103276.pdf> (letzter Zugriff am 02.05.2016).
- Landkreis Helmstedt (2010): *5. Gründungstag Braunschweig - der Landkreis Helmstedt ist dabei* (vom 03.06.2010). URL: <https://www.helmstedt.de/magazin/artikel.php?artikel=909&menuid=410&topmenu=625&date=2010-06-05> (letzter Zugriff am 08.07.2019).
- Leicht, R., Di Bella, J., Langhauser, M., Leiß, M., Philipp, R., Volkert, M., Werner, L. (2012): *Schöpferische Kraft der Vielfalt: Zugewanderte und ihre Unternehmen. Bedeutung, Triebkräfte und Leistungen von Migrantenunternehmen in Baden-Württemberg (und Deutschland)*. Mannheim: Universität Mannheim.
- Leicht, R., Langhauser, M. (2014): *Ökonomische Bedeutung und Leistungspotenziale von Migrantenunternehmen in Deutschland*. Bonn (= WISO Diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung). URL: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10948.pdf> (letzter Zugriff am 08.07.2017).
- Light, I. (1972): *Ethnic Enterprise in America*. Berkeley, Los Angeles: University of California Press.
- Loeffelholz, H.-D. von (2011): *Demographischer Wandel und Migration als Megatrends*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 10-11, 34-40.
- Luk, C. M., Phan, M. B. (2005): *Ethnic Enclave Reconfiguration: A 'New' Chinatown in the Making*. In: *GeoJournal* 64 (1), 17-30.
- Lüken-Klaßen, D., Pohl, F. (2010): *Unternehmertum von Personen mit Migrationshintergrund in Frankfurt am Main. Bericht im Rahmen des europäischen Städtenetzwerkes CLIP: Cities for Local Integration Policies*. Bamberg. URL: https://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/CLIP_Unternehmertum.pdf (letzter Zugriff am 08.07.2017).

- Marschalck, P. (1997): Bevölkerung und Wanderung im Raum Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg. In: Bade, K. J. (Hrsg.): Fremde im Land: Zuwanderung und Eingliederung im Raum Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg. Osnabrück: Univ.-Verl. Rasch, 45-76.
- Mattissek, A., Reuber, P., Pfaffenbach, C. (2013): Methoden der empirischen Humangeographie. Braunschweig: Westermann.
- Mayring, P. (2008): Qualitative Inhaltsanalyse. Basel, Weinheim: Beltz Verlag.
- Mestres, J. (2010): Migrant Entrepreneurship in OECD Countries and its Contribution to Employment. In: OECD (Hrsg.): Open for Business. Migrant Entrepreneurship in OECD Countries, OECD Publishing, 23-62. <http://dx.doi.org/10.1787/9789264095830-en> (letzter Zugriff am 08.07.2016).
- Müller, B. (1996): Ausländer im Osten Deutschlands. Eine Rostocker Studie. Köln: ISP.
- Münch, S., Kirchhoff, G. (2009): 'Soziale und ethnische Mischung' – Zur Persistenz eines wohnungspolitischen Leitbildes. In: Gesemann, F., Roth, R. (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag, 517-531.
- Nuissl, H., Schmiz, A. (2013): Migration als Potenzial der kommunalen Entwicklung – Lokale Ansätze zur Unterstützung von ökonomischen Akteuren mit Migrationshintergrund. In: Raumforschung und Raumordnung 71, 181-193.
- Nuissl, H., Schmiz, A. (2015): Die migrantische Ökonomie als Potential der räumlichen Entwicklung. In: Geographische Rundschau 4, 26-32.
- Portes, A., Haller, W., Guarnizo, L. E. (2002): Transnational Entrepreneurs: An Alternative Form of Immigrant Economic Adaptation. In: American Sociological Review 67 (2), 278-298.
- Prenzel, T. (2012): Rostock-Lichtenhagen im Kontext der Debatte um die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl. In: Ders. (Hrsg.): 20 Jahre Rostock Lichtenhagen: Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt. Universität Rostock, 9-29.
- Preston, V., Lo, L. (2009): Ethnic Enclaves in Multicultural Cities: New Retailing Patterns and New Planning Dilemmas. In: Canadian Institute of Planners (Hrsg.): Plan Canada Special issue. Welcoming Communities: Planning for Diverse Populations, 72-74. URL: http://canada.metropolis.net/pdfs/fow_16aug10_e.pdf (letzter Zugriff am 10.07.2017).
- Przyborski, A., Wohlrab-Sahr, M. (2014): Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch. München: Oldenbourg.
- Pütz, R. (2003): Berliner Unternehmer türkischer Herkunft: „Ethnic“ Business? In: Die Erde 134 (3), 257-275.
- Qadeer, M. A. (2007): Pluralistic Planning for Multicultural Cities: The Canadian Practice. In: Journal of the American Planning Association 63 (4), 481-494.
- Rath, J., Eurofound (2011): Promoting Ethnic Entrepreneurship in European Cities. Publications Office of the European Union. Luxembourg. URL: https://www.coe.int/t/democracy/migration/Source/migration/congress_public_3.pdf (letzter Zugriff am 08.07.2019).
- Reimann, B., Schuleri-Hartje U. (2009): Selbstständigkeit von Migranten – ein Motor für die Integration? Bedingungen und Perspektiven. In: Gesemann, F., Roth, R. (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden: VS Verlag, 497-515.

- Risch, W., Vogel, C. (Hrsg.) (2011): Migrantinnen und Migranten als selbstständige Wirtschaftsakteure in Sachsen Eine Analyse der lokalen Migrantenökonomie in den städtischen Ballungsbieten. Chemnitz. URL: http://www.leipzig-os-ten.de/fileadmin/UserFileMounts/Redakteure/Inhaltsbilder/Stadtteil_im_Blick/Projekte/MigraS AX/Studie_kurz_gesamt.pdf (letzter Zugriff am 08.07.2017).
- Schader-Stiftung (Hrsg.) (2011): Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Darmstadt. URL: https://www.schaderstiftung.de/fileadmin/content/Abschlusspublikation__komprimiert_.pdf (letzter Zugriff am 10.07.2017).
- Schmiz, A. (2011a): Transnationalität als Ressource? Netzwerke vietnamesischer Migrantinnen und Migranten zwischen Berlin und Vietnam. Bielefeld: Transcript.
- Schmiz, A. (2011b): Marginale Ökonomie. In: Hillmann, F. (Hrsg.): Marginale Urbanität. Migrantisches Unternehmertum und Stadtentwicklung. Bielefeld: Transcript, 155-179.
- Schöne, H. (2003): Die teilnehmende Beobachtung als Datenerhebungsmethode in der Politikwissenschaft. In: Forum Qualitative Sozialforschung 4 (2). URL: <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/2-03/2-03schoene-d.htm> (letzter Zugriff am 24.10.2012).
- Schuleri-Hartje, U.-K., Floeting, H., Reimann, B. (2005): Ethnische Ökonomie. Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab. Darmstadt, Berlin: Schader-Stiftung, Deutsches Institut für Urbanistik.
- Şen, F., Sauer, M. (2005): Türkische Unternehmer in Berlin. Eine Analyse der Stiftung Zentrum für Türkeistudien im Auftrag des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration.). Berlin (= Berliner Beiträge zur Integration und Migration, hrsg. v. Der Beauftragte des Senats für Migration und Integration). URL: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:109-opus-129522> (letzter Zugriff am 10.07.2017).
- Shaw, S. J., Bagwell, S., Karmowska, J. (2004): Ethnoscapes as Spectacle. In: Urban Studies 41 (10), 1983-2000.
- Sommer, E. (2012): Russischsprachige Zuwanderer und ihre Ökonomie in Düsseldorf. In: Kraas, F., Bork, T. (Hrsg.): Urbanisierung und internationale Migration. Baden-Baden: Nomos, 45-57.
- Stadt Braunschweig (2008): Maßnahmenkatalog des Planungsprozesses. Maßnahmen in den einzelnen Handlungsfeldern. URL: http://www.braunschweig.de/leben/soziales/migration/zum_handlungskonzept.html (letzter Zugriff 27.06.2017).
- Stadt Braunschweig (2016d): Dynamischer Wirtschaftsstandort mit Tradition. URL: https://www.braunschweig.de/wirtschaft_wissenschaft/index.html (letzter Zugriff am 04.02.2016).
- Stadt Braunschweig (2017a): Interkulturelle Stadtführungen. URL: http://www.braunschweig.de/leben/soziales/migration/interkulturelle_stadtfuehrungen.html (letzter Zugriff am 26.06.2017).
- Stadt Braunschweig (2017b): Wirtschaft in Braunschweig. URL: https://braunschweig.de/wirtschaft_wissenschaft/wirtschaftsstandort/wirtschaftsstruktur.html (letzter Zugriff am 26.06.2017).

- Stadt Braunschweig (2017c): Fördermöglichkeiten ausloten. URL: http://www.braunschweig.de/wirtschaft_wissenschaft/foerdermittel/foerderung_kmu.html (letzter Zugriff am 04.07.2017).
- Stadt Braunschweig (Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz) (2016e): Denk Deine Stadt. Das Zukunftsbild für Braunschweig. URL: http://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/fb_institutionen/fachbereiche_referate/ref0120/stadtentwicklung/1_Zukunftsbild_Braunschweig_2030_kurz.pdf (letzter Zugriff am 26.06.2017).
- Stadt Braunschweig (Hrsg.) (2011): Städtebauliche Sanierungsmaßnahme, Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf. Die Soziale Stadt: „Westliches Ringgebiet – Süd“. 10 Jahre – kurz gefasst. Braunschweig. URL: https://m.braunschweig.de/leben/stadtplanung_bauen/stadterneuerung/FaltblattEdit2011_150dpi.pdf (letzter Zugriff am 26.06.2017).
- Stadt Braunschweig (Referat Stadtentwicklung Statistik) (2014): Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Braunschweig am 31.12.2013 (= Stadtforschung aktuell 4, 23. Januar 2014). URL: https://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/fb_institutionen/fachbereiche_referate/ref0120/stadtforschung/infonline_stafo_2014_04_Migration_2013.pdf (letzter Zugriff am 04.07.2017).
- Stadt Braunschweig (Referat Stadtentwicklung Statistik) (2015a): Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Braunschweig am 31.12.2014 (= Stadtforschung aktuell 4, 12. März 2015): 2. URL: http://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/fb_institutionen/fachbereiche_referate/ref0120/stadtforschung/Infonline_stafo_2015_04_Staatsangehoerigkeiten_2014.pdf (letzter Zugriff am 12.07.2017).
- Stadt Braunschweig (Referat Stadtentwicklung Statistik) (2015b): Bevölkerung mit erweitertem Migrationshintergrund in Braunschweig am 31.12.2014 (= Stadtforschung aktuell 6, 24. März 2015): 2f., 11. URL: https://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/fb_institutionen/fachbereiche_referate/ref0120/stadtforschung/infonline_stafo_2014_04_Migration_2013.pdf (letzter Zugriff am 12.07.2017).
- Stadt Braunschweig (Referat Stadtentwicklung und Statistik) (2016a): Bevölkerung mit erweitertem Migrationshintergrund in Braunschweig am 31.12.2015 (= Stadtforschung aktuell 6, 4. Februar 2016). URL: http://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/fb_institutionen/fachbereiche_referate/ref0120/stadtforschung/Infonline_Stafo_2016_06_MIGRAPRO_2015.pdf (letzter Zugriff am 08.10.2016).
- Stadt Braunschweig (Referat Stadtentwicklung und Statistik) (2016b): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in der Region Braunschweig nach Hauptwirtschaftsbereichen. URL: http://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/statistik/jahrbuch/jahrbuch/04_02m.pdf (letzter Zugriff am 08.10.2016).
- Stadt Braunschweig (Referat Stadtentwicklung und Statistik) (2016c): Arbeitslosenquoten in den Kreisfreien Städten und Landkreisen der Region Braunschweig. URL: http://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/statistik/jahrbuch/jahrbuch/04_06m.pdf (letzter Zugriff am 30.09.2016).
- Stadt Braunschweig (Sozialreferat, Büro für Migrationsfragen) (o.J.): Unterstützung der Migrantenökonomie im Stadtteil. URL: https://www.braunschweig.de/leben/soziales/migration/seite_14-15.pdf (letzter Zugriff am 27.06.2017).

- Stadt Braunschweig, Plankontor Stadt und Gesellschaft GmbH (Hrsg.) (2003): Stadt Braunschweig. Integriertes Handlungskonzept für das Westliche Ringgebiet im Rahmen des Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ für das Jahr 2003. Braunschweig. edoc.difu.de/edoc.php?id=OWH3TN6V.
- Stadt Braunschweig, Plankontor Stadt und Gesellschaft GmbH (Hrsg.) (2013): Integriertes Handlungskonzept Westliche Ringgebiet im Rahmen des Programms „Soziale Stadt- Investitionen im Quartier“ für das Jahr 2013. Braunschweig.
- Statista (2016): Arbeitslosenquote in Deutschland im Jahresdurchschnitt von 1995 bis 2016. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1224/umfrage/arbeitslosenquote-in-deutschland-seit-1995/> (letzter Zugriff am 08.10.2016).
- Statistische Bundesamt (2016): Erläuterungen zur Gewerbeanzeigenstatistik. URL: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/UnternehmenHandwerk/Gewerbemeldungen/Methodisches.html;jsessionid=8AB5474A5A1C354FA0A03406E6DD9E24.cae4> (letzter Zugriff am 02.05.2016).
- Statistische Bundesamt (2017): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015 (= Fachserie 1, Reihe 2.2). URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220157004.pdf?__blob=publicationFile (letzter Zugriff 20.02.2017).
- Staubach, R. (2005): Migranten als Kunden. Zum Umgang der Wohnungswirtschaft mit ethnisch-kultureller Vielfalt. In: *RaumPlanung* 122, 208-212.
- Stock, M. (2012): Die Imbiss-Avantgarde. Arabische Unternehmer und urbane Aufwertungsprozesse in Berlin. In: Dabringer, M., Trupp, A. (Hrsg.): *Wirtschaften mit Migrationshintergrund*. Innsbruck u.a.: Studien Verlag, 15-29.
- SVR (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration) (2010): *Wirtschaftliche Selbstständigkeit als Integrationsstrategie – eine Bestandsaufnahme der Strukturen der Integrationsförderung in Deutschland*. Berlin. URL: http://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Leistungen/Gutachten/100826_SVR-Boschbericht.pdf (letzter Zugriff am 18.12.2012).
- Tolciu, A., Schaland, A.-J. (2008): Selbstständige Migranten in Deutschland. In: *Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 88 (8), 536-542.
- Van der Horst, H., Ouwehand, A. (2012): ‘Multicultural Planning’ as a Contested Device in Urban Renewal and Housing. In: *Urban Studies* 49 (4), 861-875.
- Waldinger, R., Aldrich, H., Ward, R. (1990): *Ethnic Entrepreneurs: Immigrant Business in Industrial Societies*. Newbury Park: Sage.
- Weber, H. (1993): *Eingewandert: Geschichte und Lebenssituation von ArbeitsmigrantInnen in Braunschweig*. Braunschweig: Arbeitskreis Andere Geschichte.
- Weiss, K. (2013): Migration und Integration in den neuen Bundesländern. In: Brinkmann, H.U., Uslucan, H.-H. (Hrsg.): *Dabeisein und Dazugehören: Integration in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS, 383-395.
- Welcome Center (2016): *Region/Netzwerk*. URL: <http://welcome-center-der-region.de/welcome-center/regionnetzwerk/> (letzter Zugriff am 08.10.2016).

- Witzel, A. (2000): Das problemzentrierte Interview. In: Forum Qualitative Sozialforschung 1 (1) 1, Art. 22. URL: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0001228> (letzter Zugriff am 30.09.2016).
- Woellert, F., Kröhnert, S., Sippel, L., Klingholz, R. (2009): Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. URL: http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Zuwanderung/Integration_RZ_online.pdf (letzter Zugriff am 10.07.2017).
- Yildiz, E. (2008): Urbaner Wandel durch Migration. In: Hillmann, F., Windzio, M. (Hrsg.): Migration und städtischer Raum. Chancen und Risiken der Segregation und Integration. Leverkusen-Opladen: Budrich Uni Press, 233-245.
- Yildiz, E. (2011): Stadt und migrantische Ökonomie: Kultur der Selbstständigkeit. Hillmann, F. (Hrsg.): Marginale Urbanität. Migrantisches Unternehmertum und Stadtentwicklung. Bielefeld: Transcript, 119-129.
- Yildiz, E., Mattausch, U. (2009): Urban Recycling. Migration als Großstadt-Ressource. Basel: Birkhäuser.
- Zhuang, Z. C. (2008): Ethnic Retailing and the Role of Municipal Planning. PhD-Dissertation, University of Waterloo. URL: <http://uwspace.uwaterloo.ca/bitstream/10012/3647/1/final%20thesis.pdf> (letzter Zugriff am 22.08.2011).

Anhang

Richtlinien der Transkription

Um die aufgezeichneten Interviews und Gruppendiskussionen für eine Analyse und für Dritte zugänglich zu machen, wurden diese als wissenschaftliche Transkripte in eine schriftliche Form übertragen. Angelehnt an die von Kuckartz (2014) formulierten Transkriptionsregeln für inhaltsanalytische Auswertungsverfahren, wurde wörtlich transkribiert und vorhandene Dialekte wurden, wenn für die Verständlichkeit der Aussage nötig, ins Hochdeutsche übersetzt. Sprache und Interpunktion wurden leicht geglättet, also an das Schriftdeutsch angenähert.

Expert_inneninterviews und problemzentrierte Interviews

IHK-Region Braunschweig

Institution/Person	Datum
IHK Braunschweig, Bereich Existenzgründung	10.04.14
BAMF, Außenstelle Braunschweig, Regionalkoordination	10.04.14
VHS Braunschweig	11.04.14
(Erwachsenen-) Bildung (freischaffend)	
Sozialreferat Braunschweig, Büro für Migrationsfragen Braunschweig Zukunft GmbH, Bereich Existenzgründung	02.06.14
Handwerkskammer Braunschweig, Bereich Nachfolgemoderation, Betriebsberatung	02.06.14
Allianz für die Region, Bereich Wirtschaftsförderung und Ansiedlung	02.06.14
AWO Braunschweig, „Netzwerk Integration Braunschweig“, Migrationsberatung	16.06.14
Stadt Braunschweig, Referat Stadtentwicklung und Statistik; Stelle Stadtentwicklung und EU-Angelegenheiten, Braunschweig	17.06.14
Hannover Impuls, Gründungswerkstatt	06.10.14
Migrantischer Unternehmer	07.10.14
WIS. Wirtschafts- und Innovationsförderung Salzgitter, Bereiche Existenzgründung und Citymanagement / Innenstadtmarketing	08.10.14
Bund türkisch-europäischer Unternehmer in Braunschweig	09.10.14
Migrantischer Unternehmer	10.12.14
Zeitschrift „Basar“	11.12.14
Gründungsmanager GmbH	11.12.14
Haus der Kulturen Braunschweig	12.12.14
Stadt Braunschweig, Sozialreferat Braunschweig	12.12.14
VHS Braunschweig, Bereiche Internationales	21.07.15
DGB SüdOstNiedersachsen	22.07.15
Unternehmensberatung	22.07.15
Amt für Stadtentwicklung Salzgitter	23.07.15
Integrationsbeauftragte Salzgitter	24.07.15
Agentur für Arbeit Braunschweig-Goslar, Geschäftsführung	24.07.15

IHK-Region Rostock

Institution/Person	Datum
Migranet-MV, Migrantenrat, Fabro e.V., Talide e.V.	20.03.14
Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH, Quartiersmanagement Schmarl	21.03.14
Diên Hồng und Migra e.V.	23.04.14
Gesellschaft für Gesundheit und Pädagogik mbH Rostock	16.05.14
IHK Rostock, Existenzgründung und Unternehmensförderung	03.07.14
Migrantischer Unternehmer	03.07.14
Hansestadt Rostock, Amt für Stadtentwicklung	09.09.14
Gesellschaft für Gesundheit und Pädagogik mbH Rostock, ehemaliger Integrationsbeauftragter Rostock	10.09.14
Bildungswerk der Wirtschaft, Schwerin, „Existenzgründung“	10.09.14
Migra e.V.	11.09.14
Büro für Integrationsfragen für Migrantinnen und Migranten, Hansestadt Rostock	11.09.14
Universität Rostock, Lehrstuhl für Wirtschafts- und Gründungspädagogik	11.09.14
Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH	12.09.14
IQ-Netzwerk Mecklenburg-Vorpommern, Teilprojekt: "Wissenschaft trifft Interkulturalität, Hochschule Wismar	15.09.14
Wirtschaftsförderung Landkreis Rostock	16.09.14
AWO Rügen	16.12.14
Upcycling Atelier – Rostock Frauen in die Wirtschaft	17.12.14
Jurte der Kulturen e.V.	30.04.15
Landkreis Vorpommern-Rügen, Integrationsbeauftragte	30.04.15
Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing Stralsund	11.05.15
Migra e.V.	27.05.15
Diên Hồng	28.05.15
Regionalzentrum für Demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern	16.11.15

Anmerkungen zur statistischen Erhebung

1) Gruppierung der Staatsangehörigkeiten

Die Gruppierung ist aus Gründen der Übersichtlichkeit notwendig und gewährleistet die statistische Aussagekraft für Nationalitäten mit geringen Fallzahlen. Folgen Nationalitäten verbergen sich hinter den acht definierten Gruppen:

BRD:

Deutsch

EU 15 ohne BRD:

dänisch, belgisch, finnisch, französisch, griechisch, irisch, italienisch, luxemburgisch, niederländisch, österreichisch, portugiesisch, schwedisch, spanisch, britisch

EU 13 Neu (mit bzw. nach erster Osterweiterung 2004):

Bulgarisch, estnisch, kroatisch, slowenisch, lettisch, litauisch, maltesisch, polnisch, rumänisch, slowakisch, ungarisch, tschechisch, zyprisch

Europa Ost:

Albanisch, bosnisch-herzegowinisch, serbisch-montenegrinisch, montenegrinisch, mazedonisch, moldauisch, kosovarisch, russisch, ukrainisch, weißrussisch, belarussisch, serbisch

Afrika:

Algerisch, angolisch, eritreisch, äthiopisch, lesothisch, botsuanisch, beninisch, dschibutisch, ivoirisch, nigerianisch, simbabwisch, gabunisch, gambisch, ghanaisch, mauretanisch, kapverdisch, kenianisch, komorisch, kongolesisch, kongolesisch, liberianisch, libysch, madagassisch, malisch, marokkanisch, mauritisch, mosambikanisch, nigrisch, malawisch, sambisch, burkinisch, guinea-bissauisch, guineisch, kamerunisch, südafrikanisch, ruandisch, namibisch, san-tomeisch, senegalesisch, seychellisch, sierra-leonisch, somalisch, äquatorialguineisch, sudanesisch, swasiländisch, tansanisch, togoisch, tschadisch, tunesisch, ugandisch, ägyptisch, zentralafrikanisch, burundisch, Britisch abhängige Gebiete in Afrika, Mayotte, Reunion, übriges Afrika

Vorder- und Zentralasien:

Türkisch, jemenitisch, armenisch, afghanisch, bahrainisch, aserbajdschanisch, georgisch, irakisch, iranisch, israelisch, kasachisch, jordanisch, katarisch, kuwaitisch, kirgisch, libanesisch, omanisch, Der Vereinigten Arabischen Emirate, tadschikisch, turkmenisch, saudi-arabisch, syrisch, usbekisch

Asien:

Bhutanisch, myanmarisch, bruneiisch, sri-lankisch, vietnamesisch, koreanisch, indisch, indonesisch, japanisch, kambodschanisch, laotisch, maledivisch, mongolisch, nepalesisch, bangladeschisch, pakistanisch, philippinisch, taiwanisch, koreanisch, singapurisch, thailändisch, chinesisches, malaysisch, Von Timor-Leste, Übriges Asien

Sonstige (inklusive ungeklärt, keine/ohne Angabe):

Andorranisch, isländisch, liechtensteinisch, monegasch, norwegisch, san-marinesisch, schweizerisch, vatikanisch, Britisch abhängige Gebiete in Europa, übriges Europa, antiguanisch, barbadisch, argentinisch, bahamaisch, bolivianisch, brasilianisch, guyanisch, belizisch, chilenisch, dominicanisch, costaricanisch, dominikanisch, ecuadorianisch, salvadorianisch, grenadisch, guatemalteckisch, haitianisch, honduranisch, kanadisch, kolumbianisch, kubanisch, mexikanisch, nicaraguanisch, jamaikanisch, panamaisch, paraguayisch, peruanisch, surinamisch, uruguayisch, lucianisch, venezolanisch, amerikanisch, vincentisch, Von St. Kitts und Nevis, Von Trinidad und Tobago, Britisch abhängige Gebiete in Amerika, Grönland, ..., übriges Amerika; australisch, salomonisch, fidschianisch, Von den Cookinseln, kiribatisch, nauruisch, vanuatuisch, niueanisch, neuseeländisch, palauisch, papua-neuguineisch, tuvaluisch, tongaisch, samoanisch, marshallisch, mikronesisch, Britisch abhängige Gebiete in Australien oder Ozeanien, Amerik.-Samoa, ..., übriges Ozeanien; von, nach See; unbekanntes Ausland, staatenlos, ungeklärt, ohne Angabe, keine Angabe

2) Fallstudienregionen

In der Auswertung der Gewerbeanzeigenstatistik wurden die Daten der Fallstudienregionen über die amtliche Gemeindekennzahl gefiltert. Daher gilt der generierte Output für die gesamte Fallstudienregion und lässt keine Differenzierung nach Größe der Raumeinheiten zu. Selbstverständlich ist aber nicht von einer Gleichverteilung der Unternehmen auf die gesamte Region auszugehen. Folgen Städte und Landkreise verbergen sich hinter den definierten Regionen:

IHK Region Braunschweig - Niedersachsen: Kreisfreie Stadt Braunschweig, Kreisfreie Stadt Salzgitter, Landkreis Peine, Landkreis Wolfenbüttel, Landkreis Helmstedt, Landkreis Goslar

IHK Region Rostock - Mecklenburg-Vorpommern: Hansestadt Rostock, Landkreis Rostock, Landkreis Vorpommern-Rügen

ARBEITSBERICHTE
Geographisches Institut, Humboldt-Universität zu Berlin
ISSN 0947-0360

Heft 178	Peter Dannenberg , Elmar Kulke , Neil Reid (Hrsg.)	Dynamics in Food and Agriculture based Supply Chains – Abstracts of the IGU Mini-conference in Berlin 2013, Berlin 2013
Heft 179	Elmar Kulke , Wilfried Endlicher , Lech Suwala (Hrsg.)	Bericht zur Hauptexkursion Kuba 2013, Berlin 2013
Heft 180	Wilfried Endlicher , Katrin Burkart , Reinhard Kleßen , Marcel Langner (Hrsg.)	Geländeklimatologisches Studienprojekt Klein Walsertal – Konzeptionen und Ergebnisse, Berlin 2013
Heft 181	Maria Velte , Tilman Versch (Hrsg.)	Hostels und Ferienwohnungen in Berlin-Kreuzberg. Eine kartographische und statistische Analyse. Berlin 2014
Heft 182	Holger Wilcke	Transnationale Träume. Wie Bilder aus Europa Migrationsprozesse aus Ghana beeinflussen. Berlin 2014
Heft 183	Takashi Kasagami , Charles Vacher , Elmar Kulke , Lech Suwala (Hrsg.)	Japan - Bericht zur Hauptexkursion 2013. Berlin 2014.
Heft 184	Lech Suwala , Elmar Kulke (Hrsg.)	Bolivien – Bericht zur Hauptexkursion 2014. Berlin 2014
Heft 185	Hilmar Schröder , Philipp Schmeling (Hrsg.)	Tansania / Malawi - Bericht zur Hauptexkursion 2015. Berlin 2015
Heft 186	Madlen Krone , Gilbert M. Nduru , Maria C. Velte (Hrsg.)	Horticulture in the Mt. Kenya Region - Dynamics and Challenges in the Context of Globalization. Experiences of an Intercultural Study Project. Berlin 2016
Heft 187	Eva Fraedrich , Rita Cyganski , Ingo Wolf , Barbara Lenz (Hrsg.)	User perspectives on Autonomous Driving. A Use-Case-Study in Germany. Berlin 2016
Heft 188	Ilse Helbrecht , Ulrike Mackrodt , Sebastian Schlüter	Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum und planerische Mediationsverfahren in Berlin Friedrichshain-Kreuzberg. Wissenschaftliche Begleitforschung zum Projekt <i>local leben. Netzwerk für Standortlösungen</i> . Berlin 2016
Heft 189	Jan Hachmann , Reinhard Kleßen (Hrsg.)	Studentischer Exkursionsführer - Physische Geographie der Harzregion, Berlin 2016
Heft 190	Henning Füller , Ilse Helbrecht (Hrsg.)	Städtische Transitionen Athen und Thessaloniki – Empirie und Methodendiskussion im Rahmen der Hauptexkursion Griechenland 2016, Berlin 2016
Heft 191	Lech Suwala , Elmar Kulke (Hrsg.)	Hispaniola (Haiti, Dominikanische Republik) - Bericht zur Hauptexkursion 2015, Berlin 2016
Heft 192	Isabella Stingl , Simon A. Wieland (Hrsg.)	Die Governance von Rechten irregulärer Migrant_innen in der Stadt – Eine Analyse am Beispiel der medizinischen Versorgung in Berlin, Berlin 2017